Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.30 Mark; durch die Post bezogen 2.00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Pfennig für den Millimeter Höhe und Spalte; 70 Pfennig für Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 21045, 21047, 22251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- und Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 10 Pf. | **Halle, Montag, 19. September 1927** | **7. Jahrgang * Nr. 220**

Tannenberg: Die Feier des Massenmordens

Unsere Antwort = Parteiaufgebot

Von Joh. Schröter

Trustherren und Großagrarier, Bank- und Börsenjobber, Polizei und Klassenjustiz, Minister des Bürgerblocks und der Preußenkoalition, alle Parteien, von den Völkischen bis zu den Sozialdemokraten, haben sich zu einem heiligen Kriege zusammengetan. Es gilt, dem Boschewismus den Garaus zu machen, die KPD. zu vernichten. Was ist die Ursache zu diesem brutalen Feldzug?

Trotz guter Konjunktur, trotz riesenhafter Gewinne, trotzdem es den Kapitalisten möglich war, ihre schon zusammenbrechende Wirtschaftsordnung wieder recht und schlecht auf Kosten der breiten Massen in Gang zu bringen, will der alte „Segen" nicht wieder einziehen. Die Fabriken laufen mit Hochdruck, neue gewaltige Produktionsstätten werden aus dem Boden gestampft, die neuesten Erfindungen auf allen Gebieten, mit der raffiniertesten Technik verbunden, kapitalistisch ausgeschlachtet. Eins aber fehlt. Absatzmärkte, wo die in immer größeren Mengen erzeugten Waren abgesetzt, in Geld verwandelt werden können. Der Innenmarkt, der heute die wichtigste Absatzstätte ist, verengt sich bedrohlich. Versuche weiterer Lohnkürzungen müssen diesen Kreis noch weiter zusammendrängen. **Die Gefahr einer gewaltigen Krise** rückt somit in immer bedrohlichere Nähe, wenn der Ausweg nicht gefunden wird.

Der Ausweg besteht — und die Politik der deutschen Bürgerblockregierung zielt konsequent darauf ab — in der Gewinnung neuer Absatzmärkte. Also eine neue imperialistische Politik, eine Neuaufteilung der Welt — **ein neues Völkermorden.**

Noch wird dieser Kampf mit den sogenannten „friedlichen" Mitteln ausgetragen. Die Konkurrenz aber verschärft einmal die Gegensätze aller kapitalistischen Staaten untereinander, verschärft aber auch zugleich den Gegensatz zwischen Kapitalisten und Werktätigen. Dieser Konkurrenzkampf bedingt in steigendem Maße den **Lohndruck** und die Versuche, die Arbeitszeit zu verlängern. Er liefert somit die Arbeiterklasse immer größerem Elend aus. Die Parole der deutschen Industrie auf der Tagung in Frankfurt war ja „Qualitätsarbeit", der geschickt umschriebene Ausdruck für den Kampf auf dem Weltmarkt für deutsche Waren.

Gegen wen muß sich der Stoß aller imperialistischen Staaten in erster Linie richten? **Gegen Sowjet-Rußland,** gegen den Staat der proletarischen Diktatur, der durch den Aufbau des Sozialismus die kapitalistischen Gegensätze der Welt vertieft und erweitert. Der Staat, der aber zugleich das revolutionäre Zentrum aller Bewegungen in den kapitalistischen Ländern darstellt, der Staat des Schutzes aller Ausgebeuteten und Unterdrückten.

Genf, die Tagung des Völkerbundes, hat den letzten Schleier gelüftet. **Krieg gegen Sowjet-Rußland** war das Thema aller Verhandlungen hinter den Kulissen, war der Gegenstand der Besprechungen der Minister Chamberlain, Briand, Stresemann.

Die deutsche **Bürgerblockregierung** läßt heute keinen Zweifel über ihre Stellung. Ihr rücksichtsloser Kurs gegen die Arbeiterschaft ist die notwendige Begleiterscheinung zu ihrer Außenpolitik. Aber die Arbeiterschaft rebelliert in immer stärkerer Weise gegen die wirtschaftlichen Unterdrückungsmaßnahmen und die politische Reaktion. Diese Linksschwenkung des Proletariats fand ihren Ausdruck in der gewaltigen Beteiligung an den Kampagnen der KPD. gegen Kriegsgefahr, für die chinesische Revolution, für die Befreiung der Revolutionäre Sacco und Vanzetti. Die **Kommunistische Partei** ist es, die den Kampf gegen diese Regierung des Krieges und des Hungers organisiert, die die Arbeiter zum Sturze dieser Regierung mobilisiert. Die KPD. ist es, die Lohnbewegungen der Arbeiterschaft konsequent unterstützt. Die KPD. ist es, die den Kampf gegen die reaktionären Gesetze aufgenommen hat, das werktätige Volk über die Pläne der Trustherren und Großagrarier aufklärt und zum Widerstand auffordert.

Die Wahlen stehen vor der Tür. Es gilt, der Arbeiterschaft eine entscheidende Niederlage beizubringen, der Einfluß der KPD. muß zurückgedrängt werden. Der Plan der Bourgeoisie ist klar und durchsichtig. Die Methoden desto rücksichtsloser. Als treuer Verbündeter der Bourgeoisie entpuppt sich auch diesmal die **Sozialdemokratie,** wo es gilt, dem Proletariat eine neue Niederlage beizubringen.

Schon hat der Angriff eingesetzt. Die **Demonstrationsverbote** für die KPD. und die revolutionären Arbeiterorganisationen sind der Anfang. Die Justizmaschine wird in unerhörter Weise gegen Anhänger dieser Organisationen angewendet. Der **Zentrale-Prozeß** soll steigen. Die Presse wird mit Prozessen überhäuft. Sozialdemokratische Minister, Oberpräsidenten, Präsidenten, Landräte und Polizeibeamte geben Anweisung zur Niederhaltung der Arbeiterschaft bei Kämpfen um auskömmlichen Lohn und den Achtstundentag.

In dieser Situation ruft deshalb die Partei die Gesamtmitgliedschaft auf, eine breite, systematische, ernste und zähe

Kampagne für die KPD. und den „Klassenkampf"

aufzunehmen. Die Partei wendet sich an alle Arbeiter. Sie müssen erkennen, daß der Kampf nur dann erfolgreich geführt werden kann, wenn sie die Partei des Kampfes gegen Ausbeutung und Unterdrückung organisatorisch stärken. Es genügt bei weitem nicht, für die KPD. eine Sympathieerklärung abzugeben und zu versichern: „Nun, wenn ich gebraucht werde, dann stehe ich schon meinen Mann."

Wir zweifeln nicht an dem ehrlichen Willen dieser Arbeiter, aber hilft eine solche Erklärung der Partei, die Massen zu mobilisieren und im Ernstfalle stark genug zu sein, um auch die Führung des Gesamtproletariats übernehmen zu können? Es fehlt der Partei die **genügende Zahl der Kämpfer, die entschlossen** und auch auf Grund ihrer klassenmäßigen Einsicht und Erfahrung imstande sind, den Abwehrkampf des Proletariats zu leiten. Die Partei ist heute noch lange nicht in allen Werkstätten, Fabriken und Dörfern verankert, um auch den letzten Arbeiter im Falle der Gefahr aufrütteln zu können.

Das aber zwingt uns, die **Partei organisatorisch zu stärken.** Deshalb, Genossen in den Betriebszellen, an die Arbeit, führt der Partei neue Kämpfer zu! Ihr, in den Straßenzellen, werbt neue Mitglieder, rüttelt besonders die Frauen auf! Macht ihnen klar, daß sie ebenfalls an der Seite ihrer Männer in der KPD. mitkämpfen müssen. Auf dem Lande gilt es, an die Landarbeiter und Kleinbauern heranzukommen und auch hier die bestehenden Ortsgruppen zu stärken, neue zu bilden.

Millionen unserer Klassengenossen gehören den verschiedenen proletarischen Massenorganisationen an. **Freidenker, Mieter, Sport- und Kulturorganisationen** werden durch die Politik des Bürgerblocks in den Mittelpunkt politischer Kämpfe gestellt. Hier gilt es, Bresche zu schlagen, indem diesen Arbeitern begreiflich gemacht wird, daß der Kampf gegen Reichsschulgesetz, gegen Mieterhöhung, um freie sportliche Betätigung und Gewährung der dazu notwendigen Zeit und Anlagen nicht nur eine Angelegenheit dieser Organisationen ist. Die Forderungen dieser Organisationen können nur Erfüllung finden, wenn die Mitglieder begreifen, daß ihre Kämpfe sich richten müssen **gegen die Bürgerblockregierung unter Führung der KPD.,** daß die Voraussetzung zum erfolgreichen Kampf, eben die organisatorische Stärkung der KPD., notwendig ist, die konsequent den Sturz dieser Bürgerblockregierung anstrebt.

Die wichtigste Waffe in dem Abwehrkampfe der Arbeiterschaft ist unsere **revolutionäre Presse.** Heute noch kommen Hunderttausende bürgerlicher, sozialdemokratischer Zeitungen in die Wohnungen der Proletarier. Täglich wird durch diese Pressen der Geist der Klassenversöhnung, des Reformismus als zersetzendes Gift Hunderttausenden von Proletarierhirnen eingeflößt. Auch hier gilt es entscheidend vorzustoßen, Tausende neuer Leser für unseren „Klassenkampf" zu werben. Je größer unser ideologischer Einfluß, je stärker unsere politische Aktionskraft, um so leichter die Verbreiterung unserer organisatorischen Basis. Besonders der bevorstehende Wahlkampf legt uns die dringende Pflicht auf, den Anschauungen der KPD. einen möglichst breiten Einflußkreis zu verschaffen.

Gelingt uns diese Aufgabe, dann ist es die beste Antwort auf den Vernichtungsfeldzug der Feinde der Werktätigen, der Kriegstreiber von Chamberlain bis Stresemann, dann ist dies das beste Geschenk, welches wir unseren russischen Brüdern zur Feier des zehnjährigen Bestehens der Sowjetunion machen können. Es ist die einzig mögliche Sicherung gegen neue unerhörte Ausbeutung.

Deshalb heraus zum Herbstaufgebot!

Aufmarsch der Militaristenfront von Ludendorff bis zur Preußen-Regierung

(Eig. Drahtm.) Hohenstein b. Königsberg, 19. Sept.

Die Einweihungsfeierlichkeiten zum Tannenberg-Nationaldenkmal wurden zu einer chauvinistischen Hetzankündigung sondergleichen. Die Kriegervereine Ostpreußens, die faschistischen Organisationen (insbesondere der Jungdeutsche Orden) und die gesamten wilhelminischen Generale hatten sich auf dem Denkmalsplatz in der Nähe Hohensteins zusammengefunden. Neben Hindenburg waren der Bürgerblock-Kanzler Marx, der Reichswehrminister Geßler und der deutschnationale Innenminister von Keudell anwesend. Unter den Generalen saß man auch den faschistischen Putschführer Ludendorff. Der sozialdemokratische Innenminister Grzesinski schien im letzten Augenblick abgesagt zu haben, er wurde durch den ostpreußischen Oberpräsidenten vertreten. Eine offizielle Vertretung der preußischen Koalition war also bei dieser nationalistischen Parade des neuen deutschen Imperialismus doch anwesend.

Das Denkmal ist ein riesengroßer, ungehobelter Kasten mit acht Firnen. Aus den Firnen wehen die Fahnen des jungdeutschen Ordens, die dieser von den alten deutschen Rittern übernommen hat. Die schwarzweißrote Paradefront der Faschisten wurde von Hindenburg diesmal nicht abgeschritten, sondern in einem vierspännigen Wagen abgefahren. Ludendorff und Mackensen, der Vertrauensmann Wilhelms II., fuhren im nächsten Wagen hinter Hindenburg.

Hindenburg wurde durch eine nationalistische Rede des Generalmajors a. D. Kahn begrüßt, der den Tag der Enthüllung des Denkmals, an dem der Geist des imperialistischen Mordens wieder geboren wird, eine Schicksalswende nannte. Hindenburg hielt dann die von den Deutschnationalen angekündigte Rede zur Kriegsschuldfrage. Er erklärte:

„Die Anklage, daß Deutschland schuld sei an diesem größten aller Kriege, weisen wir, weist das deutsche Volk in allen seinen Schichten einmütig zurück."

Im Anschluß daran brachte Hindenburg, ganz im Stile Wilhelms II., die Phrasen von der Welt von Feinden, die Deutschland umgeben und warf als günstige Parole des neuen deutschen Imperialismus die Untersuchung der Kriegsschuldfrage durch unparteiische Richter in die Debatte.

Im Anschluß an die Oeffnung der Pforte des Denkmals fand ein Feldgottesdienst statt, bei dem der evangelische Divisionspfarrer Müller und der katholische Oberkreispfarrer Rakowski sich gegenseitig in der Verherrlichung des militaristischen Massenmordens übten.

Die katholische Pfarrerrede hatte etwa folgenden Inhalt:

„Wir dürfen die großen Taten unserer Armee nicht vergessen. Durch Lug und Trug haben wir deutsche Länder verloren, aber wir werden wieder kämpfen, wieder zu Felde reiten und unsere Saat wird aufgehen. Gott wird uns unter einer starken Hand einigen, damit wir dem Ruhm des alten Heeres neuen hinzufügen und unsere Retter und Befreier Hindenburg, der das gewaltige russische Heer geschlagen hat, wird uns dann vorangehen. Wir halten fest und treu zum Alten."

*

Sind sie Gespenster, oder leben sie?

Ja, sie leben, die Massenmörder von 1914. Sie marschieren auf, werden gefeiert als Retter und Führer des deutschen Volkes. Sie, die den Tod von Millionen und Millionen Arbeitern und Werktätigen verschuldet haben, paradieren und kommandieren wieder. Hindenburg, der „Sieger von Tannenberg", der am Sieg einen so großen Anteil hatte, daß er nach der Aeußerung des Obersten Bauer gar nicht wußte, wo die Armeekorps standen. Ludendorff, der Mann mit der Brille, der nicht nur zurzeit seiner Flucht, sondern während des ganzen Krieges schon ein bebrillter General war, und durch seine wahnsinnigen Offensivpläne im Sommer 1918 gezeigt hat, daß er von der richtigen Einschätzung der Kräfte keine Ahnung hatte. Mackensen, der „Sieger" von Gorlitze, der die Gelegenheit der Einkreisung der Russenarmee in Galizien glänzend verpaßt hat, und den Durchbruch der rumänischen Front mit dreimal so viel Opfern erzwungen hat als es bei einer geschickten Strategie nötig gewesen wäre.

Der Paradeaufmarsch der Führer der geschlagenen deutschen Weltkriegsarmee bezweckt keine Auffrischung historischer Erinnerungen. Man spricht von der Vergangenheit, aber man meint die Zukunft. Das Säbelrasseln in Tannenberg ist die Begleitmusik zu den versteckt-imperialistischen Reden auf dem Verbandstag der deutschen Industriellen und zu den Geheimverhandlungen Stresemanns mit Chamberlain und Mussolini in Genf.

Man wagt noch nicht mit klaren Parolen aufzutreten. Dazu ist der deutsche Militarismus noch nicht stark genug. Und so wurden auch gestern bei der Parade in Tannenberg-Hohenstein keine Reden gehalten, die die Wiederherstellung der alten Militärmonarchie oder Deutschlands Teilnahme an neuen imperialistischen Kriegen offen gefordert hätten. Wer darauf wartet, um aufgerüttelt zu werden, kann lange warten. Nicht die abgeleierten Grammophonplatten der üblichen Hindenburg-Reden machen den Hauptinhalt der Tannenberg-Parade aus. Was die Kriegsschuldfrage betrifft, ist es ja längst bewiesen, daß das wilhelminische Deutschland, das zaristische Rußland, die höfisch-militärischen Cliquen der morschen österreich-ungarischen Monarchie und das Poincaré-Frankreich den gleichen Anteil an der Kriegsschuld tragen. Aber die Schuld der deutschen Kriegstreiber und Massenmörder wird dadurch nicht geringer.

Nicht die Reden, der Aufmarsch und die militärischen Feierlichkeiten haben gezeigt, wohin die Reise geht. Kapital,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270919-12/fragment/page=0001

Kirche und Militär haben in Tannenberg das alte Bündnis erneuert. Es ist kein Zufall, daß auf dem Feldgottesdienst gerade die übelsten militaristischen Hetzreden geschwungen wurden. Kapital, Kirche und Militär — das ist das Bündnis, wie es im Bürgerblock zum Ausdruck kommt. Das ist die Zukunft des imperialistischen Deutschlands, wenn das Proletariat nicht alle Kräfte aufbietet, um ein neues 1914 zu verhindern.

Ein neues 1914, an dem die Sozialdemokratie sich ebenso beteiligen würde, wie zurzeit als der Weltkrieg ausbrach! Denn die SPD.-Führer fühlen sich mit dem Imperialismus noch mehr verbunden denn je. Wohl hat Grzesinski nicht gewagt, mit Ludendorff gemeinsam aufzumarschieren. Aber in der Person des Vertreters der preußischen Koalitionsregierung war auch die Sozialdemokratie an der Feier des Massenmordes würdig vertreten. Und wenn es noch Zweifel über die Haltung der SDP.-Führer gibt, so werden sie durch einen Leitartikel Stampfers im „Vorwärts" vom 18. September zerstreut. Der „Vorwärts" schreibt: „Eine schrankenlose Verherrlichung der militärischen Führung Deutschlands im Kriege muß man daher im Interesse der geschichtlichen Wahrheit ablehnen." Also nur eine schrankenlose Verherrlichung! Eine gemäßigte Verherrlichung liegt in der Linie des „Vorwärts" selbst.

Wichtiger ist noch, daß der „Vorwärts" den Krieg von 1914 als einen Verteidigungskrieg darzustellen versucht. Damit bekennen sich die Stampfer-Leute zum Geist des Militarismus von 1914. Gab es je eine Macht, die zugegeben hat, daß sie angreift? Hat man nicht immer vom Verteidigungskrieg gesprochen, wenn es galt, Vorwände zum imperialistischen Angriff zu finden?

Die SPD. steht in der Front der Militaristen. Nicht die sozialdemokratischen Arbeiter, aber die Sozialdemokratie. Das ist nichts Neues. Rosa Luxemburg, Klara Zetkin, Liebknecht kämpften vor 1914 gegen den zunehmenden Militarismus in der SPD. So heldenmütig dieser Kampf auch geführt wurde, konnte er nicht zum Erfolg führen. Die Parteibureaukratie verstand es, diesen Kampf abzuwürgen. Es fehlte auch der Anschauungsunterricht für die Masse.

Und heute? Die Militaristen feiern in Tannenberg den „Geist von 1914". Ist der Geist von 1914 in der deutschen Arbeiterschaft auch wieder im Erwachen begriffen? Oder hat sich seit 1914 nichts verändert?

Der weltgeschichtliche Unterschied zwischen 1914 und 1927 besteht darin, daß das Proletariat heute eine Führung hat, die es nicht verraten wird, daß im Osten ein Arbeiter- und Bauernstaat besteht, der den Sozialismus baut, daß in Deutschland die Kommunistische Partei gegen den Imperialismus, gegen ein neues 1914, gegen die Massenmörder, für den Sturz der Bürgerblockregierung, für den Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie, für die Diktatur des Proletariats kämpft.

Dem Geist von Tannenberg stellen wir den Geist der russischen proletarischen Revolution gegenüber!

Ein Kompromißangebot an die Schulreaktion

Wir haben wiederholt auf die in reformistischen Kreisen bestehende Absicht hingewiesen, mit dem Bürgerblock über den Keudellschen Reichsschulgesetzentwurf zu einem Kompromiß zu kommen. Wir erinnern nur daran, daß der „Vorwärts" den Entwurf nur „in dieser Form" ablehnt. Nunmehr veröffentlicht die „Freie weltliche Schule", organ des „Bundes der Freien Schulgesellschaften", in Nr. 17 einen solchen Gegenentwurf des Bundesvorstandes, wie ja bedauerlicherweise auch die Arbeitsgemeinschaft der Freigeistigen Verbände in Leipzig einen solchen Gegengesetzentwurf angekündigt hat.

Wer das Verpfaffungsgesetz Marx-Mummscher Prägung auch nur oberflächlich kennt, wird sich erstaunt fragen: Was ist denn an dieser Mißgeburt zu „verbessern"? Hat doch selbst der bürgerliche Deutsche Lehrerverein ohne jede Konzession ostentativ erklärt: Dieser Entwurf darf nicht Gesetz werden! Für jeden Gegner der Bürgerblockregierung müßte es selbstverständliches Ziel auch dieses Kampfes sein: Die Blockbrüder dürfen nicht den Triumph eines von ihnen geschaffenen Schulgesetzes erringen! Und nun, bevor überhaupt noch um die Ablehnung des Gesetzes der Kampf auf der ganzen Linie entbrannt ist, bietet ausgerechnet das Organ der weltlichen Schulen Verbesserungsvorschläge an! Glaubt man im Ernst, daß die Gegner eine solche „Opposition" ernst nehmen werden? Sie werden aufhorchen und bestiedigt feststellen, daß es „radikale" Kreise gibt, die zur Kapitulation im Ganzen bereit sind für ein paar Zugeständnisse im Einzelnen.

Aber vielleicht ist es ganz gut, daß dieser Versuch einmal gemacht ist, damit endgültig klar wird, was bei solcher Verschönerungsprozedur an dem schwarzen Unhold herauskommt.

Uns Leben darf man ihm nicht. Also bleiben gerade die ungeheuerlichsten Bestimmungen des Keudell-Entwurfes unangetastet.

Der „Bundesvorstand der Freien Schulgesellschaften" hat nichts einzuwenden gegen die Aufteilung der Volksschule in vier Schulformen (§ 2), er gibt die Einheitlichkeit der Volksschule glatt preis.

Daß er fordert, die Gemeinschaftsschule solle zur „Regelschule" erklärt werden — nun, es dürfte nachgerade jedem klar sein, daß dieser papierne Akt an der Tatsache der Vorherrschaft der Bekenntnisschule nichts ändern würde. Aber weiter: auch gegen die entscheidende Forderung des § 4, daß „Lehrpläne, Lehr- und Lernbücher der Eigenart der Bekenntnisschule anzupassen sind", also gegen den Kernsatz der Schulverpfaffung wird nichts eingewendet. Ebenso enthält der Gegenentwurf kein Wort gegen die Absicht, schon 40 Erziehungsberechtigten das Antragsrecht zu geben; und ebenso wird stillschweigend der § 9 geschluckt, wonach bereits eine Schule mit einer einzigen, ungeteilten Klasse in allen Gemeinden rechtlich zulässig sein soll.

Wie aber kommen ausgerechnet die „Vorkämpfer" der weltlichen Schulen zu einer so ungeheuerlichen Begünstigung der Zerschlagung, Verpfaffung und pädagogischen Verkrüppelung der Volksschule? Weil sie nichts anderes im Sinne haben, als für die paar weltlichen Schulen dieselben Vorteile herauszuschlagen wie für die christlichen Schulen. Das ist der Grundgedanke dieses Gegenentwurfs! Gewiß, in einigen Punkten hat Herr v. Keudell die Dissidenten offenbar benachteiligt, aber der Bundesvorstand merkt gar nicht, daß es sich hier wahrscheinlich um Lücken handelt, die als Köder für den Kuhhandel absichtlich offengelassen sind.

Ganz entschieden muß aber noch dagegen Protest erhoben werden, daß der Bundesvorstand die Grundsätze der weltlichen Schule, wie sie 1925 in Dortmund aufgestellt wurden, preisgibt. In Dortmund erklärte man:

„Die weltliche Schule reiht sich in den Emanzipationskampf des Proletariats und leistet Pionierdienst für die klassenlose Gesellschaft."

Dieser Beschluß wurde nach einem Bekenntnis zum Sozialismus gefaßt. Ist das keine bestimmte Weltauffassung? Aber der Bund der Freien Schulgesellschaften begrüßt es ganz besonders, daß der Keudellsche Entwurf der weltlichen Schulen als Schulen „ohne weltanschauliche Bindung" erklärt. In dem Gesetzentwurf gehen diese seltsamen Selbstkastraten soweit, daß sie beantragen, die Bekenntnisschulen als „Weltanschauungsschulen" zu bezeichnen. Das ist die Bescheinigung durch die Gegner, nur den religiösen Ideologien kommt die Bezeichnung Weltanschauung zu. Damit haben sich die „Führer" der weltlichen Schulbewegung noch hinter die sonst so geheiligte Weimarer Verfassung zurückentwickelt: Diese spricht gerade von „Weltanschauung" im Hinblick auf die weltlichen Schulen.

Wir begnügen uns für heute mit diesen Ausführungen. Der Gegenentwurf des Bundesvorstandes der Freien Schulgesellschaften zeigt erschreckend, was herauskommt, wenn man vom Baum des Weimarer Kompromisses mit Herrn Keudell und Herrn Marx zusammen Kirschen essen will.

Die Freien Schulgesellschaften aber müssen auf ihrer Bundestagung am 1. Oktober in Magdeburg sich endlich von jener verderblichen Losung befreien, die diesen Gegenentwurf geboren hat:

Besser ein schlechtes Reichsschulgesetz als gar keins!

Alle Gegner des Schulverpfaffungsgesetzes müssen jetzt erkennen, daß es Kompromisse mit dem Bürgerblock nicht geben kann. Die Losung muß vielmehr sein:

Kein neues Weimarer Schulkompromiß!

Die mitteldeutsche Unternehmerpresse für sofortige Wahlen

Die „Allgemeine Zeitung" für Mitteldeutschland („Saale-Zeitung") tritt in ihrer Nummer vom 18. September für sofortige Wahlen ein. Die Beweisführung ist die folgende: Heute haben noch die Bürgerblockparteien eine einheitliche Parole: „Für die christliche, gegen die atheistische Schule." In diesem Wahlkampf würden Zentrum und Deutschnationale zusammengehen, aber niemand weiß, was das Zentrum tun wird nach Annahme des Reichsschulgesetzes. Die Angst der Deutschnationalen vor einer Schwenkung, die das Zentrum unter dem Drucke der christlichen Arbeiter vornehmen müßte, geht aus dieser Argumentation deutlich hervor. Der Artikelschreiber Elze meint, daß die Aussichten für die Ordnungsparteien jetzt günstig wären, während für die Linke das Frühjahr die beste Wahlkampfzeit wäre. Warum? „Weil das Frühjahr erfahrungsgemäß die Zeit der größten Arbeitslosigkeit, und dieses Mal voraussichtlich eine Zeit schweren Preis-, Lohn- und Steuerdruckes ist."

Dieses unfreiwillige Bekenntnis ist wertvoll. Das Blatt der mitteldeutschen Unternehmer gibt also offen zu, daß der Lohndruck steigen, die Arbeitslosigkeit voraussichtlich zunehmen, daß die Lage der arbeitenden Klasse sich verschlechtern wird!

Auch sonst ist der Artikel an ähnlichen unfreiwilligen Bekenntnissen reich. Für uns ist die Tatsache wichtig, daß hinter den Losungen der Zeitung ganz bestimmte Pläne der Deutschnationalen stecken und daß die Möglichkeit von Wahlen schon vor dem Frühjahr gar nicht ausgeschlossen ist.

Eisenbahner, erweitert Euren Kampf!

Bei der am Freitag, dem 16. September 1927, abgehaltenen Betriebsversammlung der Bahnmeisterei 4 in Halle, welche sehr stark besucht war, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die Versammelten stellen an die Reichsbahnverwaltung folgende Forderungen:

1. **Sofortige Erhöhung der Ortszulage auf mindestens 25 Prozent, rückwirkend zu zahlen ab 1. August.**
2. **Beseitigung der Lohngruppen 5 bis 8.**
3. **Sofortige Aufnahme von Verhandlungen über Abänderung der Dienstdauervorschriften und strikte Durchführung des Achtstundentages.**
4. **Beseitigung des Zeitarbeitersystems und dementsprechende Erhöhung des Stammarbeiterstats.**
5. **Beseitigung der Gedingearbeit, da durch die niedrige Festsetzung der Stückzeiten ein Mehrverdienst absolut nicht erzielt werden kann.**

•

Täglich veröffentlicht der „Klassenkampf" die Forderungen der Eisenbahner der verschiedensten Betriebe und Orte. Wir begrüßen die in den aufgestellten Forderungen zum Ausdruck kommende Kampfentschlossenheit, müssen aber immer wieder betonen, daß es nicht genügt, nur die Forderungen zu erheben und allgemein deren Durchführung zu verlangen. Im Interesse der wirklichen Durchführung aller Maßnahmen zur Erringung des Geforderten ist es notwendig, daß der Reichsbahnhauptverwaltung ein bestimmter Zeitpunkt bis zur ablehnenden oder zustimmenden Antwort gestellt wird, daß darüber hinaus bestimmte zeitlich-begrenzte Kampfmaßnahmen zur Erkämpfung der aufgestellten Forderungen festgelegt werden. In diesem Sinne müssen die Eisenbahner jetzt über die augenblicklich von ihnen eingenommene Kampfstellung hinaus weiter vorstoßen.

Der Hamburger Hafenarbeiterkampf abgewürgt

(WTB.) **Hamburg**, 17. September.

Der Schiedsspruch für die Hafenarbeiter, der eine Lohnerhöhung von 7,60 auf 8,20 Mark vorsieht, ist von beiden Parteien angenommen worden.

Bergarbeiter wegen Unterschriftensammlung für die Kündigung fristlos entlassen

Verlangt die Wiedereinstellung der Kameraden — Begegnet dem Unternehmerterror mit beschleunigter Kampfaufnahme

Mit jedem Tage näher dem Augenblick des Kampfausbruches im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau versuchen die Grubengewaltigen mit allen Mitteln schon jetzt sich auf diesen Kampf vorzubereiten und den Schlag der Arbeiterschaft zu parieren. Darüber täuschen auch solche Scheinheiligkeiten wie das am letzten Donnerstag bzw. Freitag herausgegebene Flugblatt des Unternehmerverbandes nicht hinweg. Mit den brutalsten Mitteln soll versucht werden, die Kampffront der Bergarbeiter zu schwächen und zu zerstören.

Am Sonnabendmorgen um 7 Uhr wurde der Kamerad Adolf Lehmann, beschäftigt auf dem Abraum der Beunaer Kohlenwerke im Geißeltal,

fristlos entlassen.

Als Grund wurde ihm mündlich mitgeteilt, daß er die Arbeiter im sogenannten Ledigenheim „belästigt" habe. Der Kamerad Lehmann hatte, entsprechend der Aufforderung des BAV., am Freitagabend im Ledigenheim für die Kündigungsaktion geworben und von zirka 100 dort wohnenden Arbeitern 75 Kündigungen unterschrieben erhalten. Von den übrigen Arbeitern war ein Teil Stahlhelmer und es ist anzunehmen, daß einer von diesem Gesindel bei der Direktion Beschwerde über die Agitation des Kameraden geführt hat.

Auf der, der J. G. Farbenindustrie gehörenden Grube Antonie bei Sandersdorf im Bitterfelder Revier wurde dem Kameraden Schulze durch den Direktor Hickethier persönlich gekündigt, weil er im Werk für die Kündigungsaktion des BAV. eingetreten war und Unterschriften gesammelt hatte.

Die Bergarbeiter müssen in den nächsten Stunden und Tagen zu diesen verschärften Maßnahmen des Unternehmertums Stellung nehmen und vom Bergarbeiterverband und den übrigen freien Gewerkschaften verlangen, daß

sofort entsprechende Gegenmaßnahmen

ergriffen werden. Es darf nicht angehen, daß die Unternehmer die ihnen jetzt noch bis zum 3. Oktober zur Verfügung stehende Zeit ausnutzen, um die besten und revolutionärsten Elemente aus den Betrieben zu entfernen und so die Bergarbeiterschaft ihrer führenden Kameraden zu berauben. Die Bergarbeiter müssen verlangen, daß die Gewerkschaften die organisierte Kraft der Kumpels einsetzen, um die

Wiedereinstellung der entlassenen Kameraden

zu erzwingen. Darüber hinaus muß gefordert werden, daß diese mit der Kündigungsaktion unweigerlich verbundene Schwäche der Stoßkraft der Bergarbeiter sofort aufgehoben wird durch die verstärkte Durchführung der Unterschriftensammlung und die damit ermöglichte

Abkürzung der Kündigungsaktion und die beschleunigte Aufnahme des Kampfes.

Die Maßregelung der Kameraden Lehmann und Schulze muß für die Bergarbeiter Mitteldeutschlands ein Signal sein, sich noch fester als vordem zusammenzuschließen, um so die Kampfkraft zu erhöhen und den Kampf beschleunigt zum siegreichen Ende zu führen.

Neue Beschlagnahme der „Nordbayrischen Volkszeitung"

Nachdem durch einen amtsgerichtlichen Beschluß bereits eine Ausgabe der „Nordbayrischen Volkszeitung" wegen Veröffentlichungen über Konnersreuth beschlagnahmt worden war, erschien wiederum die Polizei, um die Beschlagnahme der nächstfolgenden Ausgabe vorzunehmen. Mit allen Mitteln versucht die Nürnberger Polizei Hand in Hand mit der Justiz die „Nordbayrische Volkszeitung", die die Wahrheit über Konnersreuth berichtete, mundtot zu machen. In fürchterlichster Nachzucht stürzt man sich auf die oppositionelle Presse, um jede Volksaufklärung zu verhindern. Treu und einig haben sich zur Abwehr die Repräsentanten des bürgerlichen Staates, Kirche, Justiz und Polizei zusammengefunden, um jede weitere Aufklärung unmöglich zu machen. Unser Hieb sitzt. Sie werden ihn nicht mehr verschmerzen. Mitten im Zentrum sitzt die Kugel.

Dresdener Metallarbeiter fordern Zwischentarif

Die am 15. September in Dresden stattgefundene Betriebsräte-Vollversammlung der Dresdener Metallarbeiter nahm Stellung zur Lebensmittelteuerung und Mietssteigerung. Einmütig wurde beschlossen, daß die Forderungen auf eine zwischentarifliche Lösung in der Lohnfrage für die Metallarbeiter, wie sie von den Anträgen der Funktionäre von Seidel & Naumann, Anton Reiche A.-G. und Sachsenwerk an die Ortsverwaltung des DMV. gefordert wird, durch die bestehende und fortdauernde Teuerung berechtigt sind. Die Betriebsräte-Vollversammlung verlangt daher von der Ortsverwaltung des DMV., daß sie sofort alle notwendigen Schritte einleitet, um eine Erhöhung der Löhne zu erreichen.

Politische Randbemerkungen

Hermine und Harry auf der Dawes-Bahn

Der Bahnamtmann Bayer hat, als Hermine Hohenzollern, die Frau des Exkaisers, nach Bad Kissingen kam, sie am Bahnsteig feierlich empfangen. Auf eine Beschwerde der Schwarzrotgoldenen antwortete die Reichsbahndirektion Würzburg mit folgendem Bescheid:

„Reichbahnamtmann Bayer hatte zwar von der Reichsbahndirektion keinen Auftrag, wir billigen es aber durchaus, wenn die Vorstände wichtiger Bahnhöfe, zu denen der des Weltbades Kissingen ohne Zweifel zählt, prominenten Persönlichkeiten im richtig verstandenen Interesse der Reichsbahn besondere Aufmerksamkeiten erweisen."

Also Hermine, die durch die Veröffentlichung ihrer Memoiren kürzlich einen unbestrittenen Heiterkeitserfolg errang, ist eine „prominente Persönlichkeit" für die Reichsbahndirektion unserer sogenannten Republik. Man erinnere sich daran, daß auch Harry Domela am Anhalter Bahnhof in Berlin sowie in Halle und Gotha von diensteifrigen monarchistischen Bahnbeamten feierlich begrüßt wurde. Für ein beschränktes Untertanengehirn ist es egal, ob da Hermine oder ein männlicher oder weiblicher Domela sticht, wenn nur der monarchistische Lakai ganz ergebenst einen tiefen Bückling machen darf!

Die „Republikaner" aber werden ihre Beschwerde weitertragen und sich nunmehr an die Gruppenverwaltung der Reichsbahn in München wenden. Ausgerechnet — nach München!

Da hat er wirklich recht

Reichskanzler a. D. und Zentrumsmann Wirth hat wieder mal geredet. Es ist zwar nicht immer kluges Zeug, aber diesmal hat er doch den Nagel auf den Kopf getroffen. Es war in Soest, wo er am Freitag in öffentlicher Kundgebung ausführte, daß „die Deutschnationalen in der Regierung ohne die republikanischen Pioniere Ebert, Erzberger, Rathenau niemals Lorbeeren hätten pflücken können". Da hat er recht! Ohne den Vertrat der Ebert, Scheidemann, Noske, Wels säße die Reaktion nicht im Sattel, sondern die Arbeiterklasse herrschte und errichtete den Sozialismus.

Keine Angst, er regiert noch

WTB. meldet: Die im Auslande verbreiteten Nachrichten, daß ein Attentat gegen den König von Spanien verübt sein soll und daß die Telephonverbindungen mit Spanien unterbrochen seien, beruhen auf freier Erfindung. Der Telephonverkehr zwischen Paris und Spanien funktioniert in normaler Weise. Die „Havas" aus Barcelona erfährt, besuchte der König von Spanien heute die Regatta in San Sebastian. Am Nachmittag wohnte er Tennis kämpfen in Zarauz, einem kleinen Badeort etwa 20 Kilometer von San Sebastian entfernt, bei. — Was wollt ihr also! Dieser Landesvater betätigt sich nach wie vor im Interesse seines Volkes...

Ein SPD.-Mann Statthalter der Bourgoisie. Der Provinzialausschuß von Hannover hat nach einer Blättermeldung mit sieben gegen sechs Stimmen dem Vorschlag des preußischen Staatsministeriums zugestimmt, den früheren sozialdemokratischen Finanzminister Hermann Lüdemann zum Regierungspräsidenten zu ernennen.

Das Reichskabinett hat in seiner Sonnabend-Beratung den Entwurf zum Besoldungsgesetz endgültig verabschiedet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270919-12/fragment/page=0002

Vorläufig noch kein Bruch zwischen Paris und Moskau

Rakowski soll dennoch gehen — Genfer Nachklänge — Aufgeschoben, nicht aufgehoben

(WTB.) **Paris**, 17. September

In Rambouillet hat heute vormittag unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik ein Ministerrat stattgefunden. Wie das amtliche Kommuniqué besagt, hat der Ministerrat die Frage der Beziehungen zu Rußland geprüft. Es wurde beschlossen, nicht auf den Vorschlag des von der Sowjetregierung formulierten Nichteinmischungspaktes zu antworten, da die Sowjetregierung ja in dieser Hinsicht bereits am 29. Oktober 1924 eine unbedingte und absolute Verpflichtung übernommen hätte, deren Einhaltung die französische Regierung zu überwachen sich vorbehalte. Der Ministerrat war andererseits der Ansicht, daß in keiner Weise gegenwärtig ein Abbruch der diplomatischen Beziehungen gerechtfertigt ist, und hat den russischen Vorschlag eines Nichtangriffpaktes, der der Politik Frankreichs wie auch dem Sicherheitsbedürfnis seiner Alliierten im Osten entspricht, zur weiteren Prüfung zurückgestellt. Der Ministerrat hat infolgedessen den Minister des Aeußeren beauftragt, diese Verhandlungen fortzusetzen, sich aber im voraus hinsichtlich der Verwirklichung aller Bedingungen zu sichern, die geeignet sind, diese Verhandlungen zu ermöglichen.

Ueber den Sowjetbotschafter Rakowski wird im Kommuniqué nichts gesagt, die regierungsoffiziöse Havas-Agentur schrieb aber vor dem Ministerrat: „Der Ministerrat müsse sich die Frage vorlegen, ob der Sowjetbotschafter Rakowski noch qulifiziert sei, sein Land in Paris zu vertreten. Wahrscheinlich werde der Ministerrat diese Frage verneinen, da die Minister im Verlaufe ihrer früheren Beratungen bereits gerade im Interesse der guten Beziehungen zwischen den beiden Mächten die Ersetzung Rakowskis für wünschenswert gehalten hätten."

Wie weiter der „Matin" mitzuteilen weiß, hat der heutige französische Ministerrat beschlossen, in der höflichsten diplomatischen Form der Sowjetregierung bekanntzugeben, daß es der französischen Regierung angenehm wäre, wenn Rakowski so schnell als möglich durch eine andere Persönlichkeit ersetzt werden würde. Weiterhin glaubt der „Matin" zu wissen, daß Rakowski persönlich dieser Wunsch des französischen Ministerrats ausgesprochen werden wird.

Dieser Beschluß hängt ohne weiteres mit den Genfer Ereignissen zusammen und ist nicht geboren worden aus der Liebe der französischen Diplomatie zum Frieden. Im Gegenteil! Jetzt hält sie den Moment zum Bruch für äußerst ungünstig, denn erstens ist Frankreichs Stellung in Genf gegenüber England nicht sehr stark gewesen und es wäre darum unklug von Briand, wollte er ohne weiteres den Bruch mit der Sowjetunion heraufbeschwören, der ihn auf die Linie der englischen Außenpolitik und damit in große Abhängigkeit von England treiben mußte.

Frankreich will die Möglichkeit des diplomatischen Friedens mit der Sowjetunion zur Verstärkung seiner Stellung gegenüber England ausnutzen. Ein Frankreich, das mit der Sowjetunion im Frieden lebt, muß von den Kriegshetzern Englands mit fetteren Ködern gelockt werden als eines, das mit Rußland den Bruch vollzogen hat. In dem Beschluß von Rambouillet spiegeln sich also die englisch-französischen Gegensätze.

Außerdem soll Frankreich der Sowjetunion die Bedingung auferlegt haben, mit Polen einen Nichtangriffspakt abzuschließen. Hiermit spielt sich Frankreich als der Freund der kleinen Saaten auf und will — auch gegen England — seine Positioen stärken. Durch diesen Schachzug kann man ferner, sollte der Bruch mit der Sowjetunion sich doch noch in diesem Zeitabschnitte ergeben, bequem die historische Schuld der Sowjetunion in die Schuhe schieben.

Manöver, wohin wir blicken. Nur bei der Sowjetunion der ernste und ehrliche Wille zur Erhaltung des Friedens, nur in den Aktionen der Massen gegen Imperialisten und Kriegshetzer liegen die Garantien des Friedens.

Die Manöver der Sowjetarmee in Südrußland

Moskau, 16. September.

Die bevorstehenden Manöver in der Umgebung von Odessa gewinnen dadurch besonderes Interesse, daß auf ihnen die gemeinsame Tätigkeit großer Truppenteile mit Luftstreitkräften unter Beteiligung der Schwarzmeerflotte erprobt wird. Diese Manöver sollen auch, nach einer Erklärung Dybenkos, des Intendanten der Roten Armee, zur Erprobung der Organisation der Rückendeckung dienen.

Hungerunruhen in Mussolinien

(Eig. Meld.) **Rom**, 17. September.

In Mantua kam es angesichts der rapide wachsenden Arbeitslosigkeit und immer drückender werdenden Steuerlasten zu blutigen Erwerbslosendemonstrationen. Eine durch faschistische Provokateure erbitterte Menge drang nach einer Straßendemonstration, bei der es zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei kam, in das Rathaus ein, holte den Bürgermeister heraus und erschlug ihn auf der Straße. Darauf zog die Menge vor das Gebäude der faschistischen Parteileitung und steckte es in Brand. Polizeiverstärkungen aus der Umgegend konnten erst nach mehreren Stunden die Ruhe wieder herstellen.

In der Gegend von Ferrara kam es zu ernsten Bauernunruhen. In Montagna, Saleto, Molaadino S. Vitale und anderen Orten wandten sich die Bauern gegen die Absichten der faschistischen Verwaltungen, die in den Jahren 1919/20 durch die Gemeinden den Bauern übergebenen Ländereien diesen wieder abzunehmen. Tausende von Bauern zogen vor die Rathäuser, nahmen sie im Sturm und mißhandelten die faschistischen Behörden. Auch in Modena und Padua soll es zu Unruhen gekommen sein.

Mussolinis Terrorjustiz

Rom, 17. September.

Im Prozeß gegen 16 kommunistische Jungarbeiter von Brindisi hat das außerordentliche Gericht zum Schutze des Staates neun Angeklagte zu Gefängnisstrafen von drei bis acht Jahren verurteilt und die anderen freigesprochen.

Das Strafgericht von Livorno hat einen Anarchisten zu vier Monaten und 20 Tagen Gefängnis verurteilt, weil er nach der Hinrichtung von Sacco und Vanzetti an den amerikanischen Konsul einen anonymen Brief mit Protesten geschickt hat.

Unterzeichnung des italienisch-litauischen Vertrages

(WTB.) **Rom**, 19. September

Mussolini und Woldemaras haben einen Schlichtungs- und Schiedsgerichtsvertrag zwischen Italien und Litauen unterzeichnet. Der Schiedsvertrag sieht wie viele von Italien mit anderen Staaten abgeschlossenen derartigen Verträge ein Schlichtungsverfahren zur Lösung jeder zwischen den beiden Ländern etwa entstehenden Streitfrage vor. Das Handelsabkommen enthält die Meistbegünstigungsklausel für die Zolltarife und sieht den Abschluß eines Zustandekommens vor, durch das Zollermäßigungen für einige die Ausfuhr Litauens und diejenige Italiens besonders interessierende Erzeugnisse Gesetz werden sollen. Das Abkommen regelt auch die Niederlassungsbedingungen für natürliche und juristische Personen, die Transitfreiheit und die Ausübung der Schiffahrt.

Vormarsch der revolutionären Truppen auf Kanton und Wuhan

(Inprekorr.) **Schanghai**, 18. September.

Pressemeldungen zufolge sind die Operationen des Militärdiktators von Kanton, Lichischens, gegen die revolutionären Yething-Truppen durch die enge Mitarbeit der Bauernbetachements mit den revolutionären Truppen erschwert. In Kanton wurden in großer Anzahl von dem Kwantunger kommunistischen Parteikomitee und von der Kantoner Delegiertenkonferenz unterzeichnete Proklamationen verbreitet, die neue Siege der sich Kanton nähernden Yheting-Armee bekanntgegeben. Die Blätter melden aus Kanton, daß die Kuomintang-Organisationen und die Bauernverbände im Distrikt Kweichow noch immer von Kommunisten geführt werden, die von dort Agitatoren nach Kanton schicken.

Die Truppen, die die Wuhaner Militärbehörden in den Bezirk Puhsi südlich von Hupei zwecks Unterdrückung der Aufstandsbewegung entsendet hatten, sind geschlagen nach Hankau zurückgekehrt. Um Wuhan herum werden von den Regierungstruppen Schützengräben ausgehoben. — Der Verteidigungskommissar von Schanghai, Peichungchi, gab ein Dekret heraus, in dem die Notwendigkeit einer neuen antikommunistischen Kampagne betont wird.

Der Vorsitzende des Kantoner Seeleutevorbandes, Lihsieoniang, ist auf der Straße von unbekannten Tätern ermordet worden.

80 Kommunisten in Kanton hingerichtet

(Eig. Drahtm.) **Schanghai**, 19. September.

In Kanton wurden am 10. September 80 Personen hingerichtet unter der Beschuldigung, daß sie kommunistische Literatur verbreitet und im Zusammenhang mit der Finanzkrise eine Panik hervorzurufen verursachten. Amtlich wurde nur die Hinrichtung von 52 Personen bekanntgegeben.

Imperialistische Mörder an der Arbeit

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 19. September.

Wie aus Batavia berichtet wird, sind wieder vier Kommunisten, die wegen Teilnahme an den letzten Unruhen zum Tode verurteilt waren, hingerichtet worden. Die Meldung stammt aus Amsterdam.

Die täglichen Lügenmeldungen über die Sowjetunion

(Inprekorr.) **Moskau**, 17. September

Die ausländische Presse verbreitete vor kurzem falsche Nachrichten über angebliche Arbeiterunruhe in Minsk, Mogilew und Leningrad. Die Lügenhaftigkeit der Meldungen geht schon aus den angeführten Gründen hervor, die die angeblichen Unruhen verursacht haben sollten. So ist der Grund der angeblichen Unruhen in Weißrußland laut einer Warschauer Meldung, die durch eine englische Nachrichtenagentur verbreitet wurde, die Weigerung der Sowjet-Regierung, den Achtstundentag einzuführen. Die Absurdität der Meldung geht aus der Tatsache hervor, daß der Achtstundentag in der Sowjetunion gesetzlich festgesetzt ist, und daß dessen Ueberschreiten bestraft wird. Ebenso lügenhaft sind die Meldungen über einen Streik der Arbeiter der Leningrader Elektrizitätswerke und über angebliche Zusammenstöße zwischen Streikenden und Soldaten. In Leningrad werden gegenwärtig große Elektrifizierungsarbeiten durchgeführt, ohne Verlust auch nur eines einzigen Arbeitstages, wobei kein Grund für die Unzufriedenheit der Arbeiter vorhanden ist, deren Löhne im Vorjahre sich über das Vorkriegsniveau erhöht haben.

Die Lügenmeldungen über die Arbeiterunruhen sind nur ein Teil der breitangelegten antisowjetistischen Verleumdungskampagne, die in der letzten Zeit im Zusammenhang mit dem Bruch zwischen England und der Sowjetunion und mit der antisowjetistischen Kampagne in Frankreich verstärkt wird.

Die deutschen Arbeiter in der Krim unversehrt

(OE.) **Charkow**, 15. September.

Die deutschen Arbeiter, die zur Erholung in den Kurorten der Krim weilen, sind durch das Erdbeben zwar direkt nicht betroffen worden, doch haben sämtliche Kurorte durch die Katastrophe so schweren Schaden erlitten, daß die Ueberführung der Deutschen in kaukasische Kurorte beschlossen worden ist.

Schwere Gefängnisstrafen für französische Kommunistenführer

(WTB.) **Paris**, 17. September.

Die Strafkammer hat heute wegen Aufreizung von Militärpersonen zum Ungehorsam sieben leitende Persönlichkeiten der Kommunistischen Partei zu Gefängnisstrafen zwischen **drei und sechs Jahren** und 3000 Franken Geldstrafe verurteilt, darunter den Abgeordneten Clamamus, den Generalsekretär der Gewerkschaften Monmousseau, den Geschäftsführer der „Humanité" und zwei Redakteure und einen Geschäftsführer anderer kommunistischer Zeitungen und schließlich den früheren Geschäftsführer der „Humanité", Bellanger, der zu **zehn Jahren Gefängnis** verurteilt wurde!

Bekanntgabe der Beamtenbesoldungsvorlage. Die Veröffentlichung der Besoldungsvorlage für die Beamten wird in den ersten Tagen dieser Woche durch einen längeren Vortrag des Reichsfinanzministers vor der Presse erfolgen.

Entwurf des Strafvollzugsrechtes. Der Reichsjustizminister Hergt hat dem Reichstag den beendeten Entwurf eines Strafvollzugsgesetzes zugehen lassen.

Direktes telephonisches Gespräch Moskau—Berlin. Im Moskauer internationalen Telephonamt fand ein direktes Gespräch zwischen Moskau und Berlin statt. Moskau rief die Sowjetbotschaft in Berlin an. Es war eine gute Verständigung möglich.

Der Gefangene von Potsdam

42] Von **Heinrich Wandt**

Copyright 1927 by Agis-Verlag / Wien-Berlin

Alle Rechte, besonders die des Nachdrucks und der Uebersetzung vorbehalten

Und dann: es werden im menschlichen Leben soviel Versprechen gegeben und so wenige nur gehalten. Andere Zeiten gelten gewöhnlich als die Rechtfertigung eines anderen Benehmens. Damals waren wir Deutschen noch die Herren von Gent, aber jetzt standen die Alliierten an den Ufern unseres Rheines.

Doch die biederen Leute, die ich im Frühjahr 1919 während meines heimlichen Aufenthalts noch nicht zu besuchen gewagt hatte, weil ihr doch in einer der belebtesten Gassen der Stadt gelegenes Heim zu sehr den argwöhnischen Blicken der zahlreichen beamteten und freiwilligen Späher der „Sûreté militaire" ausgesetzt war, zeigten sich trotz allen Wechsels der Zeiten als dieselben braven Menschen von ehedem. Für sie war ich immer noch der, als den sie mich ihren Verwandten und Bekannten stets vorgestellt hatten: „onze vriend, Mijnheer Hendrik!"

Das erwies sich sofort, als ich kurz entschlossen, die Probe aufs Exempel machend, in so gänzlich unerwarteter Weise vor ihren Augen auftauchte.

„Und natürlich wohnen Sie bei uns!" hatte die Frau des Hauses wie ganz selbstverständlich gesagt, als die ersten Worte der gegenseitigen äußerst herzlichen Begrüßung ausgetauscht waren.

Ich willigte nur zu gerne ein, denn wo wäre ich besser untergebracht gewesen, als bei diesen wahren Freunden? Draußen, in dem stillen Tuskulum zu Melle, in dem ich mich 1919 verborgen hielt, wollte ich dieses Mal nicht wieder verweilen, weil meine Zeit zu kurz bemessen war, um sie an das ständige Hin- und Herpendeln zwischen Stadt und Villenvorort verschwenden zu können. Ich hatte ja viel vor und mußte mich sputen, wenn ich in den mir verbleibenden paar Tagen dem dunklen Geheimnis auf die Spur kommen wollte, das über dem plötzlichen und vollständigen Verschwinden meines alten Freundes Schweppenhäuser obwaltete.

Sowie mein Gepäck zur Stelle und der Tabak kauende Dienstmann wieder von dannen war, bat ich um Entschuldigung und eilte spornstreichs auf das zuständige Polizeirevier Ecke der Vorluut- und Tweekamerstraat beim Vrijdagsmarkt, um mich ordnungsmäßig anzumelden. Ich wollte weder meinen blaauschen Bekannten noch mir selbst durch irgendeine Nachlässigkeit eine Unannehmlichkeit verursachen. Und es sollte sich sehr schnell zeigen, wie recht ich mit meiner Eile gehandelt hatte.

Wie ich nämlich einige Stunden später, als ich bereits mit einem guten Dutzend anderer alter Genter Freunde herzliche Händedrücke gewechselt und vor allem auch in der seit über Jahresfrist wieder im Betrieb befindlichen Patisserie Bresou in wahren Gedichten flandrischer Konditorenkunst geschwelgt hatte, das große Hauptpostamt am Koornmarkt betrat, um ein Telegramm nach Berlin aufzugeben, da wartete meiner eine sehr unliebsame Ueberraschung.

Ein Mann, der draußen vor dem Portal herumlungernd unserm lieben Herrgott den Tag wegstahl, hatte mich, ohne daß ich es bemerkte, wiedererkannt, und dieser Mensch war der einzige Genter, ja der einzige Belgier überhaupt, der glauben konnte, mir, wenn auch zu Unrecht, gram sein zu dürfen. Ja, er war eigentlich auch zugleich der erste „Gentenaar", mit dem ich nähere „Bekanntschaft" gemacht hatte.

Allerdings hatte dieselbe bei beiden Teilen keine ungetrübte Freude ausgelöst. Er hatte nämlich im betrunkenen Zustand auf offener Straße, in der sehr belebten Langemunt, seine kleine schwächliche Frau furchtbar mißhandelt, und ich, der unversehens dazukommende deutsche Soldat, hatte ihn, weil er partout nicht von ihr abließ, eben wieder nüchtern geprügelt. Es bringt mich eben einmal nichts so sehr aus meiner Bierruhe, als eine solche ganz gemeine Roheit.

Da ich mich bei dieser Beschäftigung gerade im Ordonnanzanzug befand, so hatte ich statt der Mütze die Pickelhaube auf, und der besoffene Rüpel war daher auf den Gedanken gekommen, daß ich das Amt eines der gefürchteten Militärpolizisten inne hätte.

Auf jeden Fall hatte er mich in einem so „guten Andenken" behalten, daß er mich jetzt, trotz der seither verflossenen fünf Jahre — der Vorfall hatte sich 1916 abgespielt — und trotz meines Zivils sofort wieder erkannte und die Stunde der Vergeltung für gekommen hielt.

Noch hatte ich keine Ahnung von dem drohenden Unheil, das mir der rachgierige Bursche da draußen zusammenbraute. Wohl bemerkte ich, während ich mich mit dem freundlichen Telegraphenbeamten unterhielt, der mich dank meiner Unterschrift gleich als den Verfasser meines in der Genter Presse schon sehr oft besprochenen Buches begrüßte, daß alle Augenblicke die Türe aufging und immer wieder ein anderer Kopf hinter ihr auftauchte, dessen forschendes Augenpaar immer solange nach mir spähte, bis es das meine traf. Ein lauerndes Gesicht nach dem andern machte dem nächsten Platz, und eines verschwand, wenn es sich von mir gesehen fühlte, noch schneller als das zuerst sich gezeigte.

Ich hörte auch das Getuschel: „Ja, das ist er!" Aber ich hielt den ganzen Spuk für ein Spiel von harmlosen Neugierigen, die darauf erpicht waren, einen Blick auf das Antlitz eines Mannes zu werfen, von dem ihnen irgendeine mitteilsame Seele berichtet hatte, daß er einst als feindlicher Soldat unter ihnen weilte.

Aber als ich dann, immer noch nichts Böses vermutend, wieder selbst diese Türe öffnete, um in mein Quartier zurückzukehren, da blieb mir doch die Spucke weg.

Der ganze Platz war von einer aufgeregten und heftig gestikulierenden Menschenmenge angefüllt, die sofort in ein wüstes Pfeifen, Zohlen und Schreien ausbrach, als sie mich gewahrte.

„Gribouille! Gribouille! Slagt hem dood! Slagt hem dood!" brüllten und heulten hundert wütende Stimmen.

Ich versuchte schleunigst, wieder das Innere des Gebäudes zu gewinnen, um den Beistand des liebenswürdigen Beamten anzurufen, der diesen tobenden Haufen, der mir zu Leibe wollte, aufklären konnte, daß ich nicht „Gribouille" war.

„Gribouille! Gribouille!"

So hieß der bekannte und beliebte französische Komiker, der auch in Gent allen Besuchern des „Kientops" an das Herz gewachsen war. Aber der „Gribouille", mit dem mich diese braven Leute, die mich frischfröhlich zu lynchen gedachten, verwechselten, stand bei den Gentenaars in einer nichts weniger als angenehmen Erinnerung.

Er hatte zwar die Statur und die krummen Beine des erwähnten Abgotis des dankbaren Filmpublikums besessen und darum diesen Spitznamen geschenkt erhalten, aber er war der verhaßteste deutsche Militärpolizist gewesen, der jemals das Genter Pflaster unsicher machte.

Es sah schon ganz danach aus, als ob ich harmloser Mensch jetzt für diesen widerwärtigen „Krummstiefel" auf demselben Koornmarkt in Stücke gerissen werden sollte, auf dem mein seliger Genter Vorfahr, der ins niederrheinische Land geflüchtete Weber Johann Jakob Hendrik Wante, um ein Härchen „zur Ehre Gottes und der Heiligen Jungfrau" lebendigen Leibes sein langsam gebraten worden wäre. Hier auf diesem schönen alten Platz wurden nämlich während der schrecklichen „Spanierzeit" die mächtigen Scheiterhaufen aufgeschichtet, deren stinkender Rauch den trotzigen Freiheitssinn der tapferen Gentenaars für Jahrhunderte hinaus erstickte.

Ich konnte nicht mehr die rettende Tür gewinnen. Schon hatte sich zwischen mich und sie eine Anzahl Männer gedrängt, die mir diesen Ausweg versperrten.

Ich machte noch einen jähen Sprung an die Mauer, so daß ich wenigstens nicht hinterrücks niedergeschlagen werden konnte, und dann erwartete ich mit zusammengebissenen Zähnen das Los, das mir Wehrlosem drohte.

Es waren ein ungemütlicher Augenblick, und im Geiste sah ich mich schon zu „Hackepeter" verarbeitet.

„Adieu, „Freie Presse!" Gute Nacht, Staatsanwaltschaftsrat Gerlach: diese aufgereizten Genter hier bringen Sie um Ihren fettesten Bissen!"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270919-12/fragment/page=0003

Ratssitzung in Genf

(Eig. Bericht.) **Genf,** 18. September

In der geheimen Sitzung des Völkerbundsrates mit den neugewählten Mitgliedern nahm Chamberlain seinen Antrag auf Herabsetzung der Zahl der jährlichen Ratstagungen von vier auf drei zurück. Er wird zusammen mit dem deutsch-griechischen Konflikt wegen des Schiffes „Salamis" im Dezember erörtert werden.

Der Rat befaßte sich dann mit dem rumänisch-ungarischen Streitfall, der sich um die Frage dreht, wie weit Rumänien verpflichtet werden soll, in den ihm zugefallenen ehemals ungarischen Gebieten enteignete ungarische Großgrundbesitzer zu entschädigen. Chamberlain als Vorsitzender der Juristenkommission, die den Fall seit langen Monaten „prüft", schlug ein salomonisches Urteil vor, um Horthy-Ungarn nicht abzustoßen und nach Möglichkeit auch Rumänien zu gewinnen. Nach seinem Vorschlage soll die Angelegenheit durch ein ungarisch-rumänisches Schiedsgericht erledigt werden. Der ungarische Vertreter lehnte die Entscheidung ab.

Der rumänische Delegierte stimmte dem Beschluß zu. Nach Reden Chamberlains und Boncours vertrat Stresemann den ungarischen Standpunkt. Benesch hat in einem Memorandum an den Völkerbundsrat die Rechte Rumäniens verteidigt.

Eine Rede Stresemanns im Kreise der Pressevertreter, in der er die „friedlichen Absichten Deutschlands" betonte, und die Berichte über die Ausrüstung der Reichswehr als Lügen bezeichnete, wird als Ankündigung eines deutschen Schrittes der Abrüstungskommission für die deutsche Aufrüstung betrachtet.

Vor neuen inneren Kämpfen in Polen

(Ost-Expreß.) **Warschau,** 17. September.

Die außerordentliche Session beginnt für den Sejm am 19. September und für den Senat am 22. September. Die Frage des Selbstauflösungsrechts des Parlaments steht dabei im Vordergrunde. Damit wird der Konflikt mit der Regierung unvermeidlich. Die Vertreter des Sejms und des Senats haben sich gestern in einer Konferenz dahin geeinigt, das Selbstauflösungsrecht zu beschließen, es jedoch nur den gegenwärtig tagenden beiden Kammern zuzubilligen. Diese zeitliche Beschränkung verschärft natürlich den demonstrativen Charakter eines derartigen Beschlusses, dessen Spitze sich deutlich gegen die Pilsudski-Regierung richtet. Die Regierungspresse spricht denn auch schon von einem „mittelbaren Mißtrauensvotum". Pilsudski wird am 22. September nach Warschau zurückkehren.

Vor einem Generalstreik in Kanton?

(Inprekorr.) **Schanghai,** 18. September.

Die Arbeiter der Eisenbahnen Kanton—Kowlung und Kanton—Hankau richteten an die Provinzregierung Forderungen auf Lohnerhöhung und Verbesserung der Arbeitsverhältnisse. Sie forderten insbesondere, daß ihre Löhne den Löhnen der Arbeiter der Eisenbahn Kanton—Samshui gleichgestellt werden. Die Regierung antwortete, daß sie den **unter dem Druck der Kommunisten** abgeschlossenen Kollektivvertrag der Kanton—Samshui-Eisenbahner revidieren wird. Daraufhin forderten die Arbeiter der Kanton—Samshui-Eisenbahn die Eisenbahner von Kanton—Hankau zur gemeinsamen Protestaktion auf. Die Arbeiter bereiten einen Aufruf vor mit der Aufforderung zum Generalstreik, falls die Regierung die Revision des Kollektivvertrages durchzuführen versuchte.

Die Wahlen in Irland

(WTB.) **London,** 18. September

Aus Dublin liegen zurzeit folgende Ergebnisse der bis 10.30 Uhr abends vorgenommen Stimmzählungen vor: 38 Mitglieder der Regierungspartei, 36 Republikaner, 9 Arbeiterpartei, 8 Unabhängige, 6 Mitglieder anderer Parteien. Es standen noch 35 Sitze aus.

Chinesische Uniformen für japanische Truppen

(Inprekorr.) **Schanghai,** 18. September.

Der Kommissar für Auswärtiges der Nankinger Regierung in Kiangsu richtete an den Schanghaier japanischen Konsul eine Note, in der er ihn auf einen der Nanking-Regierung durch die Agenten des Nachrichtendienstes der Nanking-Armee in Tsingtau zugekommenen Bericht aufmerksam macht, wonach die japanischen Militärbehörden in Tsingtau bei der Mukdener Armee dringend **7000 chinesische Uniformen** und Munition für japanische Truppen bestellt haben.

Werbt für den „Klassenkampf"!

Nur 4 Pfennig kostet MAGGI^s Fleischbrüh-Würfel

Achtung auf den Namen MAGGI und die gelb-rote Packung

Einfach in gut 1/4 Liter kochendem Wasser aufgelöst, gibt der Würfel kräftige Fleischbrühe zum Trinken und Kochen, zum Verbessern oder Verlängern von Suppen und Soßen aller Art

Letzte **Rennen in Halle**

Mittw., den 21. Sept. nachm. 2 Uhr,
Sonntag, den 25. Sept. nachmittags 2 Uhr
8 Flach- und 6 Hindernisrennen
41 000 Mk. Geldpreise und 14 Ehrenpreise

Volkspark
Morgen, Dienstag, abends 8 Uhr:
2. Herbst-Konzert
Schütze-Orchester, Leipzig

Stadt-Theater
Heute 2516
Montag, 8 Uhr Richard der Zweite
Dienstag 8 Uhr Ein besserer Herr

Kauft nur bei unseren Inserenten

Walhalla
Anfang 7.45 Uhr
Der größte Erfolg des Jahres
Wien und die Wiener
Original Wiener Ausstattungs-Revue in 25 Bildern
Musik von Karl May
60 Mitwirkende
500 Kostüme
Gewöhnliche Preise

Guterhaltener gr. **Kinderwagen** f. 15.- M z. verk. Voigt, Trothaer Str. 1

Wenn Sie der Schuh drückt,
so kommen Sie zu uns. Wir weiten bis zu 2 Nummern. Auf- u. Umfärb., Besohlen.
Bestes Material, billigste Preise
Schuh-Klinik Halle a. d. S., Herrenstr. 10

Militärtuch, feldgrau, 140 cm breit, verkauft billig. Otto Müller, Albrechtst. 46, II rechts

Alle Bücher empfehlen die **Buchhandlungen** Lerchenfeldst. 14 Harz 42/44

Zuverlässiger **Zeitungsträger** für Heiligental-Lochwitz gesucht
Meldungen beim Gen. Friedrich Schmelzer, Lochwitz

Kammerlichtspiele Merseburg
Unübertroffen stehen unsere heutigen Darbietungen da!
Ein fabelhaftes Doppelprogramm
Eine Perle deutscher Gesangskunst
Die prachtvolle Filmoperette
Ich hab Dich lieb
Ein reizendes Film-Singspiel in 5 Akten
Ein Kranz deutscher herrlicher Lieder wird meisterhaft gesungen unter persönlicher Mitwirkung erster Gesangskräfte 2601
Auf vielseitigen Wunsch
Ein Lustspiel mit der jetzigen Original-Revue des großen Pariser Revue-Theaters in naturfarbiger Wiedergabe
Die Frauen von Folies Bergere
Ein Lobgesang auf alle schönen Frauen
Kassenöffnung 6 Uhr. Anfang 1/27 u. 1/29 Uhr
Die ersten Vorstellungen sichern gute Plätze

Werbt f. d. Klassenkampf

Ab Dienstag gelangt ein großer Posten
Pullover für Kinder u. Damen
Futterschlüpfer mit kleinen Fehlern
weit unter Preis zum Verkauf
Nur solange Vorrat
Carl Wunderlich Weißenfels nur Jüdenstraße 41
2598

Konsum- u. Produktivverein, Zeitz e. G. m. b. H.
Wir suchen **Lagerhalter**
Die Bewerbungen sind bis Freitag, den 23. d. M. in unserem Kontor, Auestr. 16, einzureichen. Die Anstellung erfolgt nach den Bedingungen, welche zwischen dem Zentralverband der Angestellten und der Genossenschaft vereinbart worden sind
*2600 Der Vorstand

Konsum- und Spargenossenschaft für Merseburg und Umg. e. G. m. b. H.
Für unsere neu zu errichtende Verteilungsstelle in Lützen suchen wir zum Antritt am 15. Oktober d. J. einen tüchtigen, zuverlässigen
Lagerhalter
Bewerbungen bitten wir bis 24. September d. J. an den Vorstand einzureichen [*2599

Photographisches Atelier E. Obigt Weißenfels, Promenade 19
empfiehlt sich zur Anfertigung von sämtl. photogr. und Amateur-Arbeiten

Wilhelm Schmidt, Weißenfels
Marienstr. empfiehlt täglich Marienstr.
frische Fleisch- und Wurstwaren

Fahrräder
Reinhold Dimke
Weißenfels, Jüdenstr. 8
Reparaturwerkstatt

Jeder aufgeklärte Arbeiter, Angestellte und Beamte verkehrt nur im
Gewerkschaftshaus, Weißenfels
Prima Speisen und Getränke — Vorzügliche Küche
Mittagstisch im Abonnement 70 Pf. — Vereinszimmer

Möbel auf Teilzahlung
Schlafzimmer, Küchen
Bettstellen, Matratzen
Schränke, Federbetten, Vertikos
Ratenzahlung nach Wunsch
S. Osswald
Zweigniederl. Weißenfels
Große Kalandstr. 21

Hausschlacht. Wurst- Kolonial- u. Seilerwaren sowie Tabak kauft man preiswert bei
A. Dinger, Weißenfels
Leipziger Straße 62

J. Bätz
Weißenfels, Georgenberg 31
Kolonial- und ff. hausschl. Wurstwaren
Freitags Schlachtefest

Milchhandlung
Wilhelm Haupt
Weißenfels, Beuditzstr. 4a
empfiehlt
ff. hausschl. Wurstwaren
täglich frische grüne Ware

Bayerische Biere
Lagerbiere
hell oder dunkel
Flaschen — Siphons — Faß
Louis Schütze
Weißenfels
Feldstr. 16, Fernruf 229

Friedrich Schönemeyer
Weißenfels, Merseburger Str. 28
Das Schuhhaus für alle
Reparatur — Maßarbeit
Reparatur

Stadt-Theater
Weißenfels Telephon 990
empfiehlt seine renov. freundl. Lokalitäten
Vereinszimmer, Festsaal und Wintergarten für Vereins- und Privatfestlichkeiten
Freundliche saub. Fremdenzimmer
Anerkannt vorzügl. preisw. Küche
Speisen zu jeder Tageszeit
Bestgepfl. Biere u. Weine

Empfehle mein reichhaltiges Lager in Hüten, Mützen, Hosenträgern Regenschirmen, Stoff- und Lederhandschuhen, Damen-Strümpfen und Herren-Socken sämtl. Herrenwäsche usw.
zu billigsten Preisen
Erich Hirsch
Weißenfels-Neustadt

Ohne viel Geld erhalten Sie
Herren-, Damen-Konfektion
Bett-, Leib- und Tischwäsche
auf Teilzahlung bei
E. Werner, Weißenfels
Gr. Kalandstr. 2, Ecke Fischgasse

Rogosch
Weißenfels
färbt
reinigt
wäscht
alles

Herren-, Burschen-, Kinder-Konfektion und Wäsche-Ausstattungen kauft man billigst bei
Paul Stengler
Weißenfels
Müllnerstraße 29

Zigarren, Zigaretten
Tabake
kaufen Sie billigst bei
Otto Becker
Weißenfels
Gr. Burgstraße 17

Marken-Fahrräder
Anzahlung 10.— Mk.
Abzahlung 3.— Mk. wöchentlich
5 Jahre Gar. für Rahmenbruch
Auslieferung:
Weißenfels
Hermannsgarten 5 I

Klingenberg & Garts Nachf.
Inh.: Hermann Steinbrecher
Weißenfels, Leopold-Kell-Str. 12, Fischgasse 19
Konfitüren — Lebensmittel
Tabakwaren

Reichskrone
Weißenfels
Inh. Hans Hechler Fernruf 976
Das Lokal des geselligen Familienverkehrs
Täglich Künstlerkonzert
Küche und Keller bieten das Beste
Kulante Preise

Leder-Ausschnitt!
Lederhandlung
F. Senebald
Weißenfels, Klosterstr. 17
Sämtliche Schuhmacherbedarfsartikel
Schuhpflegemittel, Gummiabsätze usw.
Billigste Preise
Große Auswahl

Billigste Bezugsquelle für Herrenartikel
Hüte — Sport- und Arbeitsmützen
5,50 1,45 1,15
Oberhemden und Einsatzhemden
5,50 1,85
Größte Auswahl in Pelzen
Albert Lötsch, Weißenfels, Saalstr. 40

Kaufen Sie Ihre
Uhren, Gold- u. Silberwaren bei der Firma
Kurt Weiß
Weißenfels, Jüdenstr. 21
Größtes Entgegenkommen
Reell und billig
Reparaturen aller Art

Eduard Kirchberg
Weißenfels, Klosterstr. 11
Hüte - Mützen - Schirme

Kurt Braune
Photograph, Weißenfels, Feldstr. 3
Photoaufnahmen aller Art
Billigste Preise am Platze Fernruf 531

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270919-12/fragment/page=0004

Gewerkschaftsbewegung

Delitzscher Eisenbahner fordern

Ausgleich ihres entwerteten Lohnes und Verkürzung der Arbeitszeit

Die Arbeiterschaft erkennt immer mehr, daß sie um ihren baren Lohn geprellt und betrogen wird, weil durch künstliche Teuerung (künstlich herbeigeführt durch Einführung und Erhöhung der Zölle) ihr Reallohn ständig sinkt. In den Betrieben herrscht daher große Erbitterung, denn die Leistungen sollen immer höher werden, während das Frühstück immer magerer wird. Grund genug, daß die letzte Eisenbahnerversammlung am 14. September sehr gut besucht war. Gleich zu Beginn wurde Protest erhoben gegen die

Vergewaltigung des Volkswillens

in allen Ländern und besonders gegen den Justizmord an Sacco und Vanzetti. Zur Ehrung dieser aufrechten revolutionären Kämpfer erheben sich alle Anwesenden von ihren Plätzen. Das Interesse am gewerkschaftlichen Leben ist ständig im Zunehmen begriffen, die Mitgliederzahl der Ortsgruppe Delitzsch des Einheitsverbandes ist von 275 auf rund 400 gestiegen, im Bezirk ist eine Mitgliederzunahme von rund 2000 Kollegen zu verzeichnen. **Weiter so und standhalten,** Kollegen, dann werdet Ihr auch in der Lage sein, mehr Macht zu gewinnen und bessere Lebensbedingungen zu schaffen. Die einzelnen Tagesordnungspunkte waren sehr inhaltsvoll und wichtig. Es wurden behandelt: 1. Geschäftsbericht; 2. Bericht von der Ortsleiterkonferenz in Coitbus; 3. Bericht des Bezirks- und örtlichen Betriebsrates; 4. Kartellbericht; 5. Lohnbewegung.

Nach ausgiebiger Behandlung und Aussprache wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, die folgende Forderungen an die Hauptverwaltung enthält:

1. **Die Löhne sind rückwirkend ab 1. August um mindestens 15 Pfennig pro Stunde zu erhöhen.**
2. **Die Arbeitszeit ist ab 1. Oktober 1927 auf höchstens acht Stunden festzusetzen.**
3. **Die Ortszulage für Delitzsch ist auf 10 Prozent zu erhöhen.**
4. **Die Lohngruppen 6, 7 und 8 sind vom 1. Oktober 1927 zu beseitigen.**

Eine weitere Resolution an den Hauptvorstand verlangt, daß derselbe sich für die Forderungen der Eisenbahner mit allen Mitteln einsetzt.

Auch wurde eingehend das Verhältnis der Arbeiter zur Beamtenschaft besprochen. Die Versammlung hofft, daß die Beamtenkollegen Einsicht genug haben werden, um ihre jetzige Lage zu erkennen, sich dem Einheitsverband anschließen und gemeinsam mit uns ihre Belange und Rechte verteidigen, wenn sie sich nicht machtlos und rechtlos der Verwaltung preisgeben wollen. Die Arbeiter sind bereit, im beiderseitigen Interesse allen Beamten, die ehrlich mit uns kämpfen wollen, die Hand zu reichen.

Am Schlusse gab der Vorsitzende noch bekannt, daß unser Herbstvergnügen am Tage des Herbstanfanges, am Sonnabend, dem 24. September, abends ½8 Uhr, in der Froschmühle Kertitz stattfindet. Alle Kollegen sind mit ihren Familien herzlichst dazu eingeladen.

Kampf gegen Kulturreaktion

In der am 14. September stattgefundenen Mitgliederversammlung des Einheitsverbandes der Eisenbahner, Delitzsch, wurde nachstehende

Entschließung

einstimmig angenommen:

Die Mitglieder des Einheitsverbandes der Ortsgruppe Delitzsch erheben schärfsten Protest gegen das Konkordat und den Keudellschen Reichsschulgesetzentwurf und fordern von den Gewerkschaften schärfsten Kampf. Sie fordern, daß der Hauptvorstand des Bundesvorstand des ADGB. ersucht, mit allen Mitteln die Arbeiter und Beamtenschaft gegen den Reichsschulgesetzentwurf mobil zu machen, damit dieser unmöglich Wirklichkeit werden kann. **Wir fordern Weltlichkeit der Schule.**

In guter Hoffnung

Nun wird auch in der Dietrichschen Papierbude in Weißenfels bald ein frohes Ereignis stattfinden. Der neue Werkverein sieht seiner Niederkunft entgegen. In die Vaterschaft werden sich ein paar Brüder teilen, die einander würdig sind. Vorläufig wird das Geheimnis noch gewahrt. Man ist sich wahrscheinlich noch nicht ganz einig, wie das Kind heißen soll und wer die Paten sein sollen. Herr Hesse und Herr Surdorf luden vor kurzem zu einer sehr wichtigen Besprechung alle vertrauenswürdigen Elemente ein. Die beiden sollen also die Väter sein. Alles ist gespannt, wie das Kind aussehen soll. Die Sache ist nämlich nicht ganz einfach. Die beiden sind ja sonst ganz hübsche Kerle —

das Kind jedoch wird von vornherein erblich belastet sein.

Der eine von beiden vertrat nämlich eine Zeitlang den Standpunkt, daß auf Erden Brot genug wächst für alle Menschenkinder. Und so ging er ernten, wo er nicht gesät hatte. Der andere ist ein großer Jäger, Postenjäger natürlich. Und was er in Venna nicht mit Spitzeltum erreichte, das wird ihm nun die Firma Dietrich verschaffen, einen guten Druckposten. Und diese beiden werden dann die Interessen der Dietrichschen Arbeiter ver—raten, vorausgesetzt, daß diese auf den Leim dieser beiden kriechen. Vorläufig ist die Mehrheit der Arbeiter noch der Meinung, daß ihre Interessen am besten vertreten werden durch ihre gewerkschaftliche Organisation, den Fabrikarbeiterverband. Aus diesem Grunde sind sie auch eifrige Leser des „Klassenkampf". Unter diesen Umständen wird das Kind eine Mißgeburt werden. Schade um die vielen schlaflosen Nächte, die seine Erzeugung verursachten.

Paßt auf, Arbeiter der Papierfabrik, es wird nicht das letzte Mal sein, daß man Euch täuschen will. Zeigt den Brüdern die kalte Schulter. Eure Interessen vertretet Ihr am besten selbst, wenn Ihr Euch einreiht in die Klassenfront des revolutionären Proletariats, in die Kommunistische Partei und den Roten Frontkämpfer-Bund.

Der Vorsitzende der amerikanischen Rußland-Delegation über seine Eindrücke

Die erste amerikanische Arbeiterdelegation, die den Ural, den Kaukasus und die Ukraine besucht hat, ist nach Moskau zurückgekehrt. Der Vorsitzende der Delegation, Genosse James Maurer, faßte in einer Aussprache mit dem Mitarbeiter der „Taß" seine Eindrücke folgendermaßen zusammen:

„Der Besuch im Dongebiet hat auf mich einen starken unvergeßlichen Eindruck gemacht. Mich freute jener Enthusiasmus, mit dem die Sowjetarbeiter an ihren neuen Wirtschaftsformen bauen. Der Bergbau der USSR. wächst und entwickelt sich dank seiner sozialistischen Organisierung einerseits und der revolutionären Begeisterung der Arbeiter andererseits. Aus Gesprächen mit Arbeitern habe ich den Eindruck gewonnen, daß die Bergleute des Dongebietes an ihre Arbeitersache glauben und bereit sind, dieser all ihre Kräfte zu opfern. Jeder ausländische Arbeiter, der die Lage der USSR. studiert, wird von dem Glauben der Bergleute des Dongebietes an den Sieg der sozialistischen Wirtschaft angesteckt.

Die Arbeiter der USSR., fährt Genosse Maurer fort, bewegt gegenwärtig die Frage, ob ein militärischer Angriff seitens der bürgerlichen Staaten möglich ist. Mir scheint es, daß nicht nur die Arbeiter Amerikas, sondern auch die Arbeiter ganz Westeuropas genügend Kraft in sich finden werden, um den Arbeitern der Sowjetunion die Möglichkeit eines ruhigen Lebens und eines friedlichen Aufbaues zu sichern. In dieser Beziehung wird der Besuch der USSR. durch unsere Delegation eine große Rolle spielen: in wenigen Wochen werden die amerikanischen Arbeiter die allergetreueste Information über die Lage des ersten Proletarier-Staates erhalten. Wir werden die amerikanischen Arbeitermassen durch die Zeitungen, die Zeitschriften, in Massenversammlungen, Zusammenkünften und Konferenzen mit dem Leben der Arbeiter der Sowjetunion, ihrem Kampf und ihren Siegen bekanntmachen. Ich hoffe, daß diese Bekanntmachung des amerikanischen Proletariats mit unseren Berichten für unsere gemeinsame Arbeitersache überaus nützlich sein wird."

Rüstet zur Entsendung der 3. deutschen Arbeiterdelegation.

Zusammenbruch der amerikanischen Arbeiterbanken

Der letzte Pressebericht der Internationalen Transportarbeiterföderation teilt mit, daß die mächtige Organisation der Lokomotivführer in den Vereinigten Staaten Finanzoperationen großen Umfanges vorgenommen hat, die sich nicht nur auf die Gründung von Banken und Immobilisierung des Gewerkschaftsvermögens im Bergbau, sondern selbst auf den **spekulativen Erwerb großer Gebiete von Brachland** erstreckte.

Durch den gewaltigen Aufschwung, den diese finanziellen Einrichtungen der amerikanischen Arbeiterbanken genommen haben, wurde die Aufmerksamkeit der internationalen Arbeiterklasse in höchstem Maße erregt. Teilweise ist man ja auch dazu übergegangen, wie u. a. in Deutschland, ebenfalls solche Arbeiterbanken nach dem amerikanischen Vorbild ins Leben zu rufen.

Es hat sich inzwischen aber herausgestellt, daß in Verbindung mit den oben erwähnten Finanzgeschäften den Arbeiterbanken ungeheure Verluste zu erwachsen drohen, was sogar zu einer dringenden Gefahr für den Bestand der Gewerkschaft selbst führen könnte.

Der letzte Kongreß des amerikanischen Lokomotivführerverbandes nahm zu dieser Frage in entscheidender, eindeutiger Weise Stellung. Es gelangte eine Resolution zur Annahme, welche die

vollständige Zerstörung des in den letzten Jahren errichteten Finanzgebäudes

der genannten Organisation darstellt. In dieser Entschließung wird zugegeben, daß die seit 1925 getätigten Finanzgeschäfte „nicht von einem eigentlichen vollen Erfolg gekrönt waren". Man wird nun schleunigst zur Aufhebung der finanziellen Unternehmen übergehen und sich künftig auf keinerlei Expansionsbestrebungen auf finanziellem Gebiete mehr einlassen. Auch für die deutsche Arbeiterschaft wird diese Erfahrung mit den amerikanischen Arbeiterbanken eine wichtige Lehre sein.

Betriebsmord!

Durch Starkstrom getötet

Am Freitagnachmittag gegen 4 Uhr ereignete sich auf der Grube Golpa ein schwerer Betriebsunfall. Der Schachtmeister Franz Semper, wohnhaft in Golpa, erstieg eine Leiter, um eine Klemme zu befestigen. Durch irgendwelche Umstände muß S. der unter Strom befindlichen Leitung zu nahe gekommen sein. Mit schweren Verbrennungen stürzte er plötzlich von der Leiter. Anderthalb Stunden lang wurden Wiederbelebungsversuche angestellt, leider ohne Erfolg. Die ärztliche Untersuchung ergab jedoch, daß der Tod wahrscheinlich sofort eingetreten ist.

Reformisten gegen die Einheitsfront der Beamten

In Belgien hat sich vor etwa einem halben Jahre ein Kartell aller Beamten im öffentlichen Dienst gebildet, welchem Beamtenorganisationen verschiedenster Art, darunter auch der freigewerkschaftliche Lehrerverband, angehören. Dieses Kartell der Beamtenorganisationen setzte sich zum Ziel, einheitliche Kämpfe für eine ausreichende Regelung der Beamtenbesoldung zu führen. Für den 11. September waren Massendemonstrationen geplant. Das Nationalsyndikat der Eisenbahner usw. sowie die Zentrale des Personals der öffentlichen Dienste, die anfangs dem Kartell und seinen Zielen durchaus nicht unsympathisch gegenüberstanden, haben nunmehr, nachdem die Beamtenbewegung der bürgerlich-sozialdemokratischen Regierung unangenehm zu werden beginnt, öffentlich erklärt, daß sie mit dem Kartell nichts zu tun hätten. Diese Erklärung der reformistisch geleiteten Verbände wurde damit begründet, daß dem Beamtenkartell neutrale Organisationen angehören. Um den reformistischen Gewerkschaftsführern diesen Einwand zu nehmen und sie zu zwingen, offen Farbe gegenüber den Beamtenforderungen zu bekennen, hat nunmehr jene neutrale Beamtenföderation, auf welche die reformistische Erklärung gemünzt ist, bekanntgegeben, daß sie aus dem Beamtenkartell austrete, um den Gewerkschaften der freigewerkschaftlichen Eisenbahner und öffentlichen Angestellten jeden Vorwand für eine Sabotage der Einheitsfront aller Beamten zu nehmen. Die Reformisten beider Gewerkschaften bleiben aber trotzdem bei ihrem Standpunkt, um damit offen vor allen Beamten ihre feindliche Stellung zur Einheitsfront der Beamten zu zeigen. Auch dieses Beispiel zeigt, daß den sozialdemokratischen Führern nichts an einer geschlossenen Kampffront der Beamten liegt. Die Beamten werden trotz dieser Hindernisse verstehen, alle Kräfte zu organisieren, um über die Köpfe der reformistischen Führer hinweg den Kampf für eine ausreichende Besoldungsregelung durchzusetzen.

Die Erwerbslosigkeit in der Hochkonjunktur

Von E. Steffen

„Die wirtschaftliche Lage hat sich im Juli den Vormonaten gegenüber nicht wesentlich verändert". Diese Feststellung des Reichsarbeitsministeriums bedeutet, daß ein bestimmter Abschnitt in der Wirtschaftsentwicklung beendet ist. Die letzten Monate haben eine sehr starke Entlastung des Arbeitsmarktes gebracht. Die Millionenzahl der Erwerbslosigkeit ist stark zurückgegangen. Der Stand am 1. Aug. 1927 von 452 765 Hauptunterstützungsempfängern und zirka 172 000 Krisenfürsorgeempfängern wird nur von der Oktoberzahl 1925 (363 961) unterboten. Es wäre falsch zu glauben, daß nun sofort eine rückläufige Bewegung auf dem Arbeitsmarkt eintreten würde. Es ist nicht so, daß die Konjunktur, die eine Hochkonjunktur ist, bald einer tiefen plötzlichen Krisis Platz machen wird. Die Vermittlungstätigkeit wird wahrscheinlich ihren Fortgang nehmen und auch die Zahl der Erwerbslosen kann sich noch vermindern.

Aber auch ohne die Möglichkeit, die Dauer der Konjunktur zu bestimmen, wäre es falsch, zu glauben, die gegenwärtige Hochkonjunktur sei der Beweis, daß der Kapitalismus den Stein der Weisen gefunden hätte, mit dem es ihm gelingt, den Ring der Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu sprengen.

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes:

	Hauptunterstützungsempfänger
1925 Oktober	363 961
1925 Dezember	1 498 681
1926 Januar	2 030 646
1926 Dezember	1 748 597

niedrigste Zahl 1926 Oktober 1 308 293.

1927:

	Hauptunterstützungsempfänger:	Krisenfürsorge:	Arbeitsuchende:
1. Januar	1 827 200	138 164	2 536 309
1. Februar	1 827 200	192 801	2 434 611
1. März	1 695 515	223 357	1 919 518
1. April	1 121 150	234 270	1 643 127
1. Mai	870 378	208 619	1 362 418
1. Juni	648 606	192 900	1 179 801
1. Juli	540 703	181 375	1 036 933
1. August (vorläufig)	452 765	172 000	zirka 950 000

Die Aufstellung beweist, daß die Zahl der Arbeitsuchenden noch zirka eine Million beträgt und von den trügerischen Zahlen der Hauptunterstützungs- und Krisenfürsorgeempfänger nicht verdeckt werden kann. In den Städten über 50 000 Einwohnern ist die Erwerbslosenzahl in Berlin und Hamburg relativ am höchsten, erreicht aber in zirka 13 Städten die Zahl von über 10 000 Arbeitsuchenden.

Auch die Statistik der Gewerkschaften zeigt die starke Abnahme der Erwerbslosigkeit. Es waren vorhanden: im Januar 16,7 Prozent, im April 9 Prozent, am 30. Juli 5,5 Prozent Erwerbslose und im Januar 7,3 Prozent, im April 3,7 Prozent, am 30. Juli 2,7 Prozent Kurzarbeiter.

Kamen am 1. Januar auf 100 offene Stellen 648 Stellengesuche, so entfielen im Juni auf 100 nur noch 295 Angebote.

Die Durchschnittsdauer zwischen Eintragung und Arbeitsvermittlung durch den Arbeitsnachweis betrug:

im Januar 1926 (höchste Erwerbslosenziffer)	99 Tage,
im Oktober 1926 (niedrigste Erwerbslosenziffer)	65 Tage,
im Januar 1927	90 Tage,
im März 1927	54 Tage,
im August 1927 schätzungsweise	38 Tage.

Zu erörtern bleibt die Frage, wie weit unterscheidet sich die gegenwärtige Erwerbslosigkeit von der der Vorkriegszeit. Zu bemerken ist, daß selbst in den günstigsten Konjunkturjahren die Arbeitslosigkeit nicht gleich Null war.

1906 bei sehr guter Konjunktur wurden	52 000
1910 wurden	138 000
1911 wurden	134 000

erwerbslose Industriearbeiter errechnet.

1922, das Jahr der Inflationskonjunktur, hatte noch 67 000 Erwerbslose.

In den Jahren 1907 bis 1913 hatten die Gewerkschaften eine Durchschnittszahl von 2,1 Prozent erwerbslosen Mitgliedern.

Rechnen wir gegenwärtig mit einer Durchschnittserwerbslosigkeit von 6 bis 7 Prozent, so ist dieses noch das 2½- bis 3fache der Vorkriegszeit. Selbst unter der Voraussetzung günstiger Entwicklung würde der Vorkriegsstand nicht mehr erreicht werden können.

Die Gestaltung des Arbeitsmarktes nach Berufen.

Wichtig ist, festzustellen, welche Berufsgruppen die weitgehendste Arbeitsmöglichkeit bekommen haben. Dabei dürfen nicht außer acht gelassen werden die saisonmäßigen Erscheinungen des Arbeitsmarktes, die besonders durch das Klima bedingt sind: Landwirtschaft, Bauindustrie mit der verwandten Industrie Steine und Erden. Das diese saisonmäßigen Erscheinungen nicht absolut gleich stark wirkende Faktoren sind, sondern ebenfalls abhängen vom In- und Auslandsmarkt, einschließlich der finanztechnischen Erscheinungen des Kapitalsmarktes, ergibt sich aus folgender Tabelle ganz deutlich:

Berufsgruppe:	Arbeitslose: Juli 1926:	Arbeitslose: Juli 1927:	Kurzarbeiter: Juli 1926:	Kurzarbeiter: Juli 1927:
Baugewerksbund	19,1	4,3	—	—
Bekleidungsarbeiter	33	12,5	33,9	10,7
Bergarbeiter	1,4 (Juni)	1,3	5,5 (Juni)	5,8
Dachdecker	12,5	6,4	3,1	1,3
Fabrikarbeiter	14,8	5,2	11,5	2,5
Holzarbeiter	28,8	9,9	18,6	3,6
Kupferschmiede	20,5	4,9	8,8	1,2
Sattler, Tapezierer	32,2	16,5	23,5	9
Schuhmacher	28,9	8,9	20,6	9,8
Textil	13,4	3,2	41,4	2,3
Zimmerer	20,3	3,2	—	—
Metallarbeiter	21,7	6,6	26,2	1,7

In der Landwirtschaft fanden drei Viertel der Arbeitsuchenden Arbeit (Januar 100 — Juli 27,8 Prozent). Aber wie in den Vorkriegsjahren, hat sich auch jetzt die Landwirtschaft nicht völlig eingedeckt. Die Tabelle zeigt nur die Berufe, die absolut saisonmäßigen Charakter haben und nicht jährlich gleichmäßig vom Arbeitsmarkt aufgenommen werden. Am geringsten ist der Arbeitsmarkt der Angestellten entlastet worden. Von rund 3 Millionen Angestellten (2 100 000 männlichen, 900 000 weiblichen) sind 6 bis 7 Prozent erwerbslos. Die Rationalisierung der Bureaubetriebe verhinderte trotz gebesserter Wirtschaftslage die Arbeitsvermittlung. Im Bergbau ist seit Januar die Beschäftigungszahl zurückgegangen.

In 90 Städten mit über 50 000 Einwohnern waren im August vorhanden 645 516 Arbeitsuchende. Von diesen erhielten nur 278 753 Unterstützung. In 15 Städten waren noch mehr als 10 000 Arbeitsuchende vorhanden. In Hamburg stieg die Zahl der Unterstützungsempfänger in der Zeit vom 15. Juli bis 15. August von 22 921 auf 24 453.

Die gegenwärtige Gestaltung des Wirtschaftsmarktes zeigt, daß bei bleibender Massenarbeitslosigkeit dennoch scharfe Schwankungen auf dem Arbeitsmarkte möglich sind. Diese Veränderungen haben bedeutende Auswirkungen auf die Schlagkraft des Proletariats. Die Zusammenfassung und die einheitliche Führung der Erwerbslosen, ihr gemeinsamer Kampf ist zwar dringend notwendig, um zu verhindern, daß die Erwerbslosen zu einer Hilfsarmee des Unternehmertums werden und desorganisierend auf die Kampffront des betriebstätigen Proletariats wirken. Falsch wäre es jedoch, zu glauben, daß selbst eine Millionenarmee erwerbsloser Arbeiter die entscheidende Kraft des Proletariats darstelle. Solange die Erwerbslosigkeit andauert, diente die Arbeit in der Erwerbslosigkeit u. a. dazu, den notwendigen Zusammenhalt zu geben, um jetzt innerhalb des Produktionsprozesses auf breiter, einheitlicher Grundlage für revolutionäre Ziele kämpfen zu können. Die jetzige Wirtschaftskonjunktur gibt eine viel bessere Grundlage des Kampfes um höhere Löhne, Achtstundentag und gegen den Bürgerblock, als die Periode einer Depression. Viel klarer und sichtbarer erkennt das Proletariat, im Produktionsprozeß stehend, seinen Klassenfeind, und die Machtmittel der Arbeiterklasse können entscheidend und wirksam zur Anwendung gebracht werden. Vor allem muß die restlose Organisierung in den Gewerkschaften erreicht werden. Jetzt ist die Möglichkeit gegeben, in die Gewerkschaften aufgenommen zu werden, während in der Periode der Erwerbslosigkeit die Gewerkschaftsbureaukratie jede Aufnahme in die Gewerkschaften sabotierte.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270919-12/fragment/page=0005

Stadt Halle

Heraus gegen die Schulreaktion!

Einzeichnungslisten für die Anhänger der Verweltlichung des gesamten Schul- und Erziehungswesens können sofort beim Genossen August Hertel, Eichendorffstraße 24 (Konsum) angefordert werden. Einzeichnungsberechtigt sind alle wahlberechtigten Staatsbürger. Väter und Mütter, erkennt die große Gefahr, die Euch droht, durch Annahme des Reichsschulgesetzentwurfes. Zeichnet Euch restlos in die ausgelegten Listen ein.

Tretet sofort aus der Landeskirche aus.

Kirchenaustritte können beim zuständigen Amtsgericht täglich in der Zeit von 10 bis 12 Uhr unentgeltlich vollzogen werden. Außerdem nimmt Rechtsanwalt Dr. Müller, hier, Rathausstr. 10, in der Zeit von 5 bis 6½ Uhr täglich, außer Sonnabends Austrittserklärungen gegen eine Stempelgebühr von 2 RM. entgegen.

Meldet sofort Eure Kinder vom Religionsunterricht ab.

Die Abmeldung vom Religionsunterricht kann laut gesetzlicher Bestimmungen täglich geschehen, und zwar muß ein Erziehungsberechtigter dem Kinde einen von ihm unterschriebenen Zettel dem Schulleiter mitschicken mit der Erklärung:

Hierdurch melde ich mein Kind . . . . . vom Religionsunterricht mit dem heutigen Tage ab.

Eltern, erkennt die Gefahr, die Euch droht, handelt nach den obigen Anweisungen!

Gedenkfeier für Reichpietsch und Köbis

Schupo provoziert Jungkommunisten

Reichpietsch und Köbis zum Gedenken fand gestern abend im Saale der „Produktiv-Genossenschaft" eine würdige Feier des Kommunistischen Jugendverbandes statt. Der kleine Saal war dicht gefüllt. Die Jungkommunisten gedachten des revolutionären Matrosenaufstandes. Groll gegen die Klassenjustiz, der auch Reichpietsch und Köbis verfielen, das war der Geist der Veranstaltung.

„Wir sind die erste Reihe", mit diesem Liede der kampfbereiten Jugend wurde die Gedenkfeier eröffnet. Ein Jugendgenosse rezitierte dann ein Gedicht von Erich Mühsam, worin dieser Dichter des Proletariats von den Leiden und der Knechtung der Matrosen schreibt. Dann wurde es zum Erlebnis und die Jugendgenossen folgten den Darbietungen mit großem Interesse. Aus einer Vorlesung, wurde den Teilnehmern das Zustandekommen des Matrosenaufstandes klar. In einer kurzen Gedenkrede schilderte Genosse Fritz Beyling das Werk der beiden revolutionären Matrosen Reichpietsch und Köbis. Er schilderte erst die Bedeutung der Kriegsflotte für den deutschen Imperialismus, die sich während des Weltkrieges bedeutend erhöhte. Dann ging er auf das Zustandekommen der Matrosenrebellion von 1917 ein und behandelte das Schicksal von Reichpietsch und Köbis. Zum Schluß wurde an die Jugendgenossen der Appell gerichtet, mit dem gleichen Opfermut wie diese revolutionären Matrosen an der Befreiung des Proletariats zu arbeiten. Dann wurde die Gedenkfeier nach einer Vorlesung mit einem Kampflied geschlossen.

Als die Jugendgenossen nach Schluß der Veranstaltung in der Lerchenfeldstraße gingen, fühlte sich ein Schupo bemüßigt, „Ruhe" zu bieten, obwohl es keinen eingefallen war, dem Schupo zu einer Aufregung Anlaß zu geben, denn alle standen noch unter dem Eindruck der Veranstaltung. Der Schutzpolizist schrie die Jugendgenossen dennoch so laut an, daß in einigen Häusern der Lerchenfeldstraße neugierig die Fenster geöffnet wurden.

Höchstwahrscheinlich hatte dieser Schupomann üble Laune wegen des Sonntagsdienstes. Dafür kann er wohl nicht die Kommunisten verantwortlich machen. Jedenfalls haben sich die Jugendgenossen von diesem durch Gerstensaft angeheiterten Schutzmann nicht provozieren lassen.

So, wie es in der Veranstaltung hervorgehoben wurde, so dachten die Jugendgenossen auch hier: Wir sind

zur rechten Zeit bereit.

(Jungarbeiterkorrespondenz.)

Was geht in den städtischen Betrieben vor?

Bereits fünfzig Tiefbauarbeiter entlassen

Wir erhalten die Mitteilung, daß zum 1. Oktober zirka einhundert Mann bei den städtischen Tiefbauarbeiten entlassen werden sollen. Als Grund dafür soll angeblicher Geldmangel dienen. Mit dieser Entlassungsmaßnahme ist jedoch schon eingesetzt worden, und zwar haben

fünfzig Arbeiter bereits ihre Papiere bekommen.

Bei diesen ist als Entlassungsgrund Arbeitsmangel angegeben.

Es ist in diesem Zusammenhange besonders interessant, daß das städtische Tiefbauamt allwöchentlich sein Arbeitsprogramm bekanntgibt. Wer es näher betrachtet oder auch nur durch die Straßen der Stadt Halle geht, kann von vornherein sehen, daß an Arbeitsmangel gar nicht zu denken ist. Aber mit den Kräften des Proleten wird eben ganz willkürlich umgesprungen. Am Steinlagerplatz in der Freiimfelder Straße ist zum Beispiel Arbeit in Hülle und Fülle vorhanden, an dieser Stelle schuften sie bis dorthinaus.

Trotzdem wurden am Freitag fünf Mann entlassen.

Wie erinnerlich, ist eine solche Entlassungskampagne schon einmal beim Cröllwitzer Brückenbau vor sich gegangen, weil auch damals das Geld plötzlich alle war. Statt sofort Neubewilligung von Geldmitteln für diesen so wichtigen Zweck durch die Stadtverordnetenversammlung anzufordern, kümmert sich der Magistrat nicht weiter darum. Er fragt auch nicht danach, ob die Arbeiter nun wieder hungern oder Erwerbslosenunterstützung in Anspruch nehmen müssen, die ja auch aus den Steuergeldern der hallischen Einwohner aufgebracht werden.

Es ist die selbstverständliche Aufgabe unserer Genossen im Stadtparlament, hier sofort nachzuforschen, wie die Dinge stehen und wie das Tiefbauamt dazu kommt, innerhalb einer Zeit, die das Bürgertum als Hochkonjunktur zu bezeichnen pflegt, Arbeiter auf die Straße zu setzen. Der Bürgerblock entlarvt sich mit seiner Methode selbst, denn die Hochkonjunktur entpuppt sich insofern als Schwindel, als es zwar eine Hochkonjunktur für den Profit ist, auf der anderen Seite aber das Unternehmertum ebenso rigoros gegen die Arbeiter vorgeht wie in anderen Zeiten.

Schon melden sich die reaktionären Ordnungsleute im Stadtparlament mit ihren Wahlvorbereitungen. Schon beginnen sie in ihrer Presse etwas von kleinlichen Reformen durchsickern zu lassen, die sie vielleicht durchführen wollten. Aber die Entlassung der städtischen Arbeiter durch den Magistrat zeigt das wahre Gesicht all dieser Reformheuchelei und Wahlmache. Sie verschärfen ihre Ausbeutungsmethoden, wo sie gehen und stehen.

Die Arbeiterschaft muß sich dagegen zur Wehr setzen.

Die hallischen Straßenbahner fordern Indexlöhne!

In zwei stark besuchten Versammlungen mit folgender Tagesordnung:

1. Welche Lohnsätze gelten ab 28. September 1927?

2. Stellungnahme zum Reichsmanteltarif

nahmen die hallischen Straßenbahner Stellung zur augenblicklichen Lage und zum Stand der Lohnverhältnisse. Der Bezirksleiter Schaumburg gab den Bericht und beleuchtete eingehend das rigorose und skandalöse Vorgehen der Arbeitgeber. Er zeigt die schon jetzt einsetzende Wahlarbeit des Bürgerblocks im Stadtparlament. Die Herren Finger und Minner, welche dem Straßenbahnpersonal einen Stundenlohn von 90 Pfennig in die Tasche „schwindeln", buhlen um die Stimmen der Straßenbahner und kleinen Beamten. Die Empörung darüber wuchs zusehends unter den Anwesenden, und die Diskussion bewies, daß diese Sorte „Volksvertreter und Sozialpolitiker" erkannt sind und nichts zu erwarten haben bei den kommenden Wahlen.

Der Raubbau, welcher jetzt am Arbeitenden vollzogen wird, ist direkt als mörderisch zu bezeichnen. Aus der Diskussion gewann man den Eindruck, daß die „Verantwortlichen" der Straßenbahn keine Ahnung haben von den kolossalen Anforderungen, welche die Zunahme des Straßenbahnverkehrs selbst und der allgemeine Verkehr an das Personal stellt. Halle ist in bezug auf den Gesamtverkehr Großstadt, aber in der Bauart, Verkehrsdisziplin und in den Straßenverhältnissen ein großes Dorf. Wohl veröffentlicht die Direktion Rekordzahlen über beförderte Fahrgäste, z. B. 140 000, 160 000, 175 000, aber eine Anerkennung beim Personal für diese Riesenleistungen hört und sieht man nicht. Um so mehr kleinliche Schikanen und Falschmeldungen seitens der „allerbesten Kontrolleure" (H., K. u. K) des Herrn Dr. Bussebaum, dem die neue Besoldungsordnung, Gruppe 18 „nur" etwa 2000 Mark Zulage bringt. Also den Jahresverdienst eines Arbeiters.

Einmütig kam zum Ausdruck, daß der schärfste Kampf bis zum Erfolg geführt werden muß. Dem dauernden

unsichtbaren Lohnabbau infolge Indexsteigerung

soll in Zukunft vorgebeugt werden, indem die Löhne auf Indexbasis verrechnet und dies tariflich verankert wird. Zu diesem Zwecke soll der Hauptvorstand des Verkehrsbundes und im weiteren Sinne der ADGB. dahingehend wirken, daß eine paritätisch zusammengesetzte Kommission eingesetzt wird, die bis Dienstag jeder Woche den Index zu errechnen und bekanntzugeben hat, damit bis Freitag die Löhne verrechnet und ausgezahlt werden können. die wichtigsten Lebensmittel, wie Brot, Mehl, Fleisch, Kartoffeln usw., sind als Warengruppe getrennt zu führen, um zu verhindern, daß das Steigen der wichtigsten Lebensmittel auf Grund des Sinkens anderer Warengruppen vertuscht werden kann. Im weiteren Sinne soll diese Maßnahme (Indexlöhne) den Stillstand des Index herbeiführen, um endlich „wirklich stabile" Verhältnisse im Wirtschaftsleben zu garantieren. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die Bezirksleitung des Verkehrsbundes (Abteilung Straßenbahner) Halle wird beauftragt, sofort neue Lohnverhandlungen einzuleiten. Infolge dauernder Steigung des Lebenshaltungsindex sind sämtliche Lohntarifabschlüsse auf Indexbasis zu tätigen, um einen unsichtbaren Lohnabbau zu verhindern."

Zu Punkt 2 wurden verschiedene Aenderungen gefordert, unter anderem, daß der Urlaub ohne jegliche Unterbrechung zu gewähren ist, Achtstundentag und monatliche Lohnzahlung im voraus.

Den Vertretern wurde aufgegeben, von all diesen Forderungen unter keinen Umständen abzugehen, auch wenn es zum Letzten kommen sollte. Unter Kampfesstimmung wurden die Versammlungen geschlossen mit dem Hinweis, **den letzten Unorganisierten heranzuholen in die geschlossene Front.**

Hallische Tageschronik

Die demokratisch-kapitalistische Republik im Spiegel. Am 17. September gegen 16.30 Uhr wurde in der Bahnhofstraße in Trotha ein 49jähriger Mann, der sich zurzeit auf Wanderschaft befindet, besinnungslos mit mehreren Verletzungen im Gesicht und aus Mund und Nase blutend aufgefunden. Der Mann, der anscheinend infolge Entkräftung zusammengebrochen war und sich durch den Sturz verletzt hatte, wurde mittels Krankenwagens der Universitätsklinik zugeführt.

Arbeit für die Feuerwehr. Am 17. September gegen 10 Uhr wurde die Feuerwehr nach der Ecke Ludwig-Wucherer-Straße und Große Steinstraße gerufen, wo ein mit Eisenröhren beladener Wagen infolge Achsenbruchs aus den Straßenbahnschienen liegengeblieben war. Die Feuerwehr schaffte den Wagen, nachdem er entladen war, zur Seite. Es entstand eine etwa halbstündige Verkehrsstörung. — Am 18. September gegen 22.15 Uhr rückte die Feuerwehr nach einem Grundstück in der Forsterstraße aus, wo in einer Küche ein in der Nähe des Ofens befindlicher Balken in Brand geraten war. Nach etwa einstündiger Tätigkeit war die Gefahr beseitigt. Personen kamen nicht zu Schaden.

Kurzschluß und Brand. Am 17. September gegen 24 Uhr wurde die Feuerwehr nach einem Grundstück in der Grünstraße gerufen, wo im Keller durch Kurzschluß ein elektrisches Kabel in Brand geraten war. Nach etwa fünf Minuten war das Feuer gelöscht.

Neue 50-Pfennig-Stücke. Seit einigen Tagen sind die neuen 50-Pfennig-Stücke im Verkehr. Die neuen Münzen sind etwas kleiner als die 10-Pfennig-Stücke und bestehen aus einer Nickellegierung. Auf der Vorderseite steht die Zahl inmitten eines Strahlenbündels und umrahmt von einem Eichenkranz. Die Rückseite enthält den Reichsadler und die Inschrift „Deutsches Reich 1927". Da ist es nur als Wunder zu bezeichnen, daß es noch keine Münzen mit dem Bildnis „Unseres Hindenburg" gibt.

Scherben über Scherben. Am 17. September gegen 20.45 Uhr wurde in der Ludwig-Wucherer-Straße ein Flaschenbierfuhrwerk von einem Straßenbahnwagen angefahren. Durch den Zusammenstoß wurden mehrere Kasten mit Bierflaschen auf die Straße geschleudert und zertrümmert. Am Straßenbahnwagen zersprang eine Fensterscheibe. Personen kamen nicht zu Schaden. — Am 18. September gegen 6.30 Uhr löste sich im Steinweg ein Hinterrad eines Lastkraftwagens und rollte in die Schaufensterscheibe eines Gummiwarengeschäfts, wobei die Scheibe zertrümmert wurde. Da der Lastkraftwagen sich auf den Schienen der Straßenbahn befand, entstand eine zweistündige Störung des Straßenbahnverkehrs, bis das Rad wieder angebracht war. Die zu Hilfe gerufene Feuerwehr brauchte nicht mehr in Tätigkeit zu treten.

Das städtische Jugendamt veranstaltet am Dienstag, 20. September, abends 8 Uhr, in den Thalia-Sälen eine Filmvorführung „Seine Majestät, das Kind" mit Erläuterungen seitens eines Arztes des Stadtgesundheitsamtes. Im Interesse der an der Säuglingspflege beteiligten Kreise der Bevölkerung wird auf die Vorführung hingewiesen. Eintrittskarten in beschränkter Zahl sind bei der Musikalienhandlung Hothan, Gr. Ulrichstraße, zu haben.

Das ist die Klassenjustiz!

Am 16. August berichteten wir über die Einleitung eines Verfahrens gegen den Genossen Alfred Verges, Ammendorf, wegen des Stahlhelmüberfalles auf die Arbeiter am Tage des Volksentscheides. Eine große Anzahl schwer verwundeter Arbeiter waren damals das Opfer der faschistischen Banditen, die überall einen wüsten Wahlterror ausübten und damals von der Schupo entwaffnet worden waren. Wir gingen schon darauf ein, daß keinem der gewalttätigen Stahlhelmbrüder vor Gericht auch nur ein Haar gekrümmt worden ist, und wir stellten dem die himmelschreiende Tatsache gegenüber, daß die Angegriffenen. Ueberfallenen und Geschlagenen, also die Ammendorfer bzw. die Ofendorfer Proleten, als schuldig auf die Anklagebank kommen sollten. Nun hat sich als wahr erwiesen, was vorauszusehen war.

Das Verfahren gegen die Stahlhelmer ist eingestellt worden, obgleich das Gericht im Besitz der den Stahlhelmern abgenommenen Waffen und Stöcke ist.

Der Staatsanwalt behauptet, die Aussagen auf allen Seiten seien in der Voruntersuchung derart widersprechend gewesen, daß kein Bild zu gewinnen sei und daher müsse das Verfahren eingestellt werden. Das ist die neuste Juristenlogik. Sonst soll ja das Gerichtsverfahren dazu beitragen, die „Widersprüche" in den Aussagen zu klären. Aber hat man hier vielleicht

die Stahlhelmjünger vor Meineiden schützen wollen,

da man sie weder als Angeklagte noch als Zeugen zitierte? Nun, das Verfahren wurde rundweg eingestellt.

Nicht eingestellt ist aber, soweit wir unterrichtet sind, das Verfahren gegen den Arbeiter Karl Verges.

Dieser ist ja auch kein Stahlhelmer, sondern Mitglied des RFB., und wir haben eben eine absolut objektive Justiz.

Von all dem, was gegen die Stahlhelmer unternommen wurde, ist nur die Verhandlung gegen den Prokuristen Berand übrig geblieben, der sich am Freitag, mit dem Stahlehlmabzeichen geschmückt, im Kleinen Schöffengericht wegen unerlaubten Waffenbesitzes zu verantworten hatte. Er hatte zu der Ofendorfer Wahlterrorfahrt

sein Schießeisen mitgenommen, obwohl sein Waffenschein schon lange abgelaufen war.

Nach seinen Aussagen und nach dem Benehmen seines Verteidigers wollte er den Revolver sozusagen nur zu friedlichem Werk mitgenommen haben. Und das Gericht war gnädig, indem es den Herrn Prokuristen, der übrigens 48 Jahre alt ist und demnach mit Ueberlegung und ganz bestimmter Absicht seine Beteiligung an der Fahrt mitgemacht haben muß, zu **nur 50 Mark Geldstrafe** verurteilte.

Was würde ein revolutionärer Arbeiter bekommen haben, wenn man bei ihm anläßlich eines solchen Falles einen Revolver gefunden hätte?

Man hätte um ihn herum einen großen Landfriedensbruchprozeß gebaut und mehrere Jahre Gefängnis wären ihm sicher gewesen. Dann hätte man möglicherweise die Ortsgruppe des RFB. noch verboten.

In welch unerhörter Weise der Stahlhelm damals in Ammendorf gehaust hat, wird ja noch in aller Erinnerung sein. Die Schupobeamten selbst waren aufs heftigste aufgebracht gegen die faschistischen Rowdies, weil deren provokatorische Absichten klar zutage traten.

Man hatte am Freitag jedoch keinen einzigen Schupobeamten als Zeugen geladen.

Hätte man es getan, so hätten die Beamten unter ihrem Diensteid, der bei Gericht doch immer für besonders fest und glaubwürdig gilt, die Wahrheit über die faschistischen Schießhelden sagen müssen. Denn wären die „Widersprüche" sofort geklärt, und es wäre nicht mehr möglich gewesen, das Verfahren gegen die schwarzweißroten Wahlterroristen einzustellen. Wer zweifelt noch an nackester Klassenjustiz unserer Hindenburg-Republik?

Theater, Konzerte und Vorträge

Revue der Blumen

Gleichsam als ein kleiner Trost für den schnell verflossenen Sommer mutet uns die **Dahlienschau** der Leipziger Gärtnerei Thalacker im „Deutschen Gesellschaftshaus" an. Mitten im kalten und trüben Herbstwetter eine schöne Blumenausstellung, für den Städter ein seltenes Bild. Unzählige Arten dieser schönen Blumen entzücken das Auge. Große, stolze, mit ebenso „stolzen" Namen, daneben kleinere Vertreter ihrer Gattung grüßen in ihrer ganzen Farbenpracht die große Menge der Blumenfreunde, welche sich eingefunden haben.

In einer Nebenabteilung: Die kleinen ulkigen Kobolde der Pflanzenwelt, die **Kakteen.** Uebrigens die neueste Mode. Nicht nur Kleider, sondern auch Pflanzen werden zum Modeartikel. Nicht nötig zu sagen, daß die kleinen lustigen Kerle mit ihren bizarren Formen sehr bevorzugt werden.

Volkskonzert im „Volkspark"

Die Winterkonzerte im „Volkspark" scheinen mehr zu versprechen als die im Sommer stattgefundenen. Nachdem das alte Orchester mit Ablauf der Sommerkonzerte verabschiedet ist, hat sich der Kapellmeister Schütze aus Leipzig mit einem eigenen, ähnlich der Kammermusik zusammengesetzten Orchester für die Dienstagabende nach Halle verpflichtet, um dem alten Stammpublikum auch im Herbst und Winter einen Abend in der Woche musikalische Genüsse zu bereiten.

Der Einführungsabend am vergangenen Dienstag hat für die künftigen Gutes versprochen. Daher ist der Besuch für den Arbeiter, der einmal ausspannen will, nur zu empfehlen. Ki.

Zoologischer Garten. Am Mittwoch, dem 21. September, nachmittags 4 Uhr, findet im Zoologischen Garten wieder ein großes Kinderfest unter Leitung von Onkel Mühle statt. Neben Aufführungen im Saal wird als Abschluß der diesjährigen Sommerveranstaltungen ein Fackelzug durch den Tiergarten bei Feuerwerk und bengalischer Beleuchtung stattfinden. Eintritt für Erwachsene 50 Pf., für Kinder 25 Pf., Abonnenten frei.

Achtung! Wir weisen nochmals darauf hin, daß die für heute abend angesetzte Fraktionssitzung aller KPD.-Genossinnen im RFMB. im „Volkspark", Zimmer 2, stattfindet.

Bezirksleitung der KPD.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270919-12/fragment/page=0006

Arbeiter-Sport

Die Oesterreicher kommen nach Halle

Der 25. September ist für die Handballspieler ein großer Tag. Die österreichische Landesmannschaft kommt nach Halle. Sie treffen mit der deutschen Landesmannschaft zusammen und werden das dritte internationale Spiel zum Austrag bringen. Die erste Begegnung war in Wien anläßlich des 1. österreichischen Turn- und Sportfestes. Die Spielstärke der österreichischen sowohl der deutschen Mannschaft waren gleich. Nur die bessere Schußkraft der Deutschen und eine große Portion Glück verhalf sie zum 7:2-Sieg. In der Zeit hat sich vieles geändert. Die zweite Spielbegegnung war zum 2. tschechischen Turn- und Sportfest. Hier zeigten sich die Oesterreicher von der besten Seite. Sie lieferten ihr bestes Spiel und gewannen verdient 10:4. Ihr Spiel war flüssig mit ungestümem Drang auf das Tor. Die Wurfgewaltigen waren diesmal die Oesterreicher. Jeder eingeleitete Angriff endete mit einem wohlberechneten, zielklaren und erfolgreichen Wurf. Die deutsche Mannschaft versagte vollkommen. Ihren früheren Spielen angemessen, war sie nicht wieder zu erkennen. Ihr Spiel war zusammenhanglos. Für das dritte Spiel ist eine Mannschaft aufgestellt, die sehr viel neue Spieler hat. Der Bundesspielausschuß glaubt mit dieser Zusammensetzung das Beste getroffen zu haben. Das Probespiel am 18. September in Magdeburg wurde von der Ländermannschaft 14:3 gewonnen.

Nunmehr werden am 25. September in Halle die bewährte österreichische und die neu zusammengestellte deutsche Mannschaft sich treffen. Wir bringen im nachfolgenden die Mannschaftsaufstellung beider Länder.

Oesterreich:

Schindl (Wien 16)
Meister (Stadlau) Flaschner (Wien 16)
Raschka (Wien 16) Langer (Wien 16) J. Sekyrnjak (Wien 16)
Buresch (Wien 16) Suk (Wien 10) Emmer (Wien 16) Grassinger (Wien 15) K. Sekyrnjak (Wien 16)

Deutschland:

Löchner (Halle) Heinrich (Magdeburg) Engelhardt (Magdeburg) Eichner Ludwigshafen Kiesinger (Cannstatt)
Schuchardt (Jena Hummisch (Leipzig) Hoffmann (Berlin)
Klemt (Berlin) Schulz (Berlin)
Betram (Leipzig)

Ersatzspieler: Kruse (Bremen), Bobbe (Leipzig).

Die österreichische Mannschaft rekrutiert sich aus der Millionenstadt Wien von den Distrikten 10, 15 und 16. Die Mannschaft hat den Vorteil, das gute Spielermaterial öfters zu den Probespielen zusammenzubringen. Darinnen liegt die spieltechnische Stärke der

Länder-Handballspiel auf dem Stadion in Halle

Sonntag, den 25. September, 15½ Uhr:

Oesterreich — Deutschland

Vorher: [650

Fichte (Halle) Jugend — Leipzig-Ost-Vorstadt Jugend

Oesterreicher. Ein jeder Spieler selbstlos, freiwillig in der Eingliederung in das Mannschaftsganze und dazu ein maschinenmäßiges Funktionieren des Zuspiels in der gesamten Mannschaft, aber auch unter den einzelnen Spielgruppen, Verteidiger, Läufer und Stürmer. Dazu einen geradezu blendenden Zug auf das Tor mit kräftigen, wohlgezielten Würfen. Ja, die österreichischen Spieler verstehen es, zu werfen mit Kraft und Sicherheit. Ihr Mittelstürmer ist der typische Sturmführer. Seiner körperlichen Größe (1,90 Meter), seinem raffinierten Abspiel und den raumgreifenden Schritten ist niemand gewachsen. Seine Art, zu spielen, greift immer entscheidend ein in das Spiel.

Die deutsche Mannschaft hat im Schlußtrio schon mehrfach bewährte Spieler, und sind es die geeignetsten, dem durchschlagkräftigen österreichischen Sturm entgegenzutreten. Die Läufer werden sicher ihr altes Können unter Beweis stellen. Vom Sturm wird sehr viel erwartet. Obwohl der Innensturm neue Leute hat, so haben sie doch schon in Bezirks- und Kreismannschaften ihren Posten ausgefüllt. Im übrigen wird das Probespiel die endgültige Aufstellung ergeben. Die österreichische Mannschaft wird für Sonnabend abend in Halle erwartet und steht ihr ein glänzender Empfang bevor. Der von den hallischen Arbeitersportlern geplante Begrüßungsabend wird unseren Freunden aus Oesterreich und der deutschen Mannschaft eine bleibende Erinnerung sein.

Der Sonntag wird mit Werbeumzügen ausgefüllt. Die gesamte Arbeiterschaft von Halle wird aufgerufen, die Veranstaltung am Nachmittag zu besuchen. Am Sonntagnachmittag werden im Stadion die Spiele zum Austrag kommen. Zuerst spielen die Jugendmannschaften Fichte-Halle und Leipzig-Ostvorstadt.

15.30 Uhr ist dann das interessante Treffen. Wir sagen nicht zuviel, wenn unsererseits behauptet wird, das Spiel wird eine sportliche Delikatesse. Alle Handballfreunde, jeder Handballspieler kommt bestimmt auf seine Kosten. Der Kampf zweier Landesmannschaften hat einen ganz besonderen Reiz und auch seine ganz bestimmte Bedeutung. Wir können nach der Spielweise und dem Resultat über die Spielkultur jedes Landes unsere ganz bestimmte Meinung äußern. Aber auch lernen können wir, eine von den anderen. Jeder Spieler und jeder der beiden Mannschaften haben ihre speziellen Spielereigenheiten, die, zeitgemäß und zweckentsprechend angewandt, wahre Künstler hervorbringen.

Das Handballspiel mit seinen unendlich vielen technischen Feinheiten, mit den rassigen Kampfmomenten wird durch das Länderspiel in Halle einen neuen Beweis seiner Beliebtheit erbringen und neue Anhänger des gesündesten Sportzweiges zuführen. Die handballfreudige Stadt Halle wird durch seine Besucher beweisen, daß das Handballspiel in der Saalestadt gut aufgehoben und entsprechend verehrt wird.

An die hallischen Arbeitersportler!

Die österreichischen und deutschen Genossen treffen Sonnabend 19½ Uhr in Halle ein. Wir bitten die hallischen Arbeitersportler, den Empfang zu einem machtvollen zu gestalten und restlos auf dem Thielenplatz zu erscheinen. 250 Trommler und Pfeifer haben ihr Erscheinen zugesagt. Vom Thielenplatz geht es im geschlossenen Zuge zum „Zoo“, wo der offizielle Empfangsabend stattfindet. Wir bitten zu berücksichtigen, daß der große „Volkspark“-Saal nicht freizubekommen war und wir die Feier nach dem städtischen Saale des „Zoo“ verlegen mußten. Der Spielausschuß.

Deutsche Arbeiterathleten in Rußland

Als Erwiderung auf den Besuch russischer Schwerathleten im vorigen Jahre, hat der Arbeiter-Athletenbund eine Ländermannschaft zusammengestellt, die am 14. August die Reise nach Rußland angetreten hat.

Die Mannschaft ist am 16. August in Moskau eingetroffen und erstmalig am 19. August gegen die russischen Arbeiterathleten angetreten. Die deutschen Arbeiterathleten konnten gleich ihren ersten Kampf mit 20:8 siegreich durchführen.

Zuvor waren die deutschen Arbeiterathleten mit den Arbeitersportlern des 1. Kreises anwesend bei den Ausscheidungswettkämpfen um die Meisterschaften der Roten Armee.

Das Aufeinandertreffen der deutschen und russischen Arbeiterathleten im gegenwärtigen Moment ist um so bedeutungsvoller, weil die LSJ. die Beteiligung an den augenblicklich in ganz Rußland stattfindenden sportlichen Wettkämpfen verboten hat. Die Arbeiterathleten sind nun aber ebenfalls Mitglieder der LSJ., und trotzdem nehmen sie an den Wettkämpfen teil. Darüber hinaus wird die deutsche Athletenmannschaft noch geführt von dem Bundesvorstandsmitglied des AAB., Haushalter. Uns scheint, daß schon heute feststeht, daß dieses Verbot der LSJ. betreffend Teilnahme an dem russischen Sportfest mit einer großen Blamage für die Reformisten in der Leitung der LSJ. enden wird.

Wie weiter bekannt wird, haben jetzt die Arbeitersportler des 1. Kreises, über deren Reise nach Rußland schon berichtet worden ist, ebenfalls beschlossen, sich an den Wettkämpfen zu beteiligen.

Welchen Eindruck die deutschen Arbeitersportler von dem Fest haben, geht am besten aus der Schilderung eines Teilnehmers hervor, indem er u. a. schreibt: „Am Sonntag, dem 21. August, fand das Begrüßungsfest und der Aufmarsch auf dem Roten Platz statt. 25 000 Sportler marschierten in Sportkleidung auf, um die Kraft der russischen Arbeitersportbewegung zu demonstrieren. Es war ein herrlicher Anblick, die braungebrannten und von Gesundheit strotzenden Gestalten zu sehen. Die Textilarbeiter hatten allein eine Beteiligung von über 2000 zu verzeichnen. Die deutschen Arbeitersportler vom Arbeiter-Turn- und Sportbund und Arbeiter-Athletenbund marschierten mit den anderen ausländischen Mannschaften auf und wurden mit großem Beifall begrüßt. Nach den verschiedenen Ansprachen defilierten die Sportler an dem Lenin-Mausoleum mit gesenkten Fahnen vorbei. Es war ein großartiges Fest und ein jeder dort anwesende deutsche Arbeitersportler hat sicherlich einen überwältigenden Eindruck davon gewonnen.“

Sport auch in Kriegervereinen

Den bürgerlichen Sportverbänden wollen die Kriegervereine in nichts nachstehen in der Vorbereitung für den kommenden Krieg. Sie haben nach einer Mitteilung der „Blätter für Volksgesundheit und Volkskraft“ nunmehr auch Turnen und Sport in ihren Arbeitsbereich aufgenommen. So hat der Haupt-Kriegerverband Berlin seine jüngeren Vereinsmitglieder aufgefordert, jeden Freitag auf dem Sportplatz im Zoo zur Leichtathletik zu kommen. Ein Sportlehrer ist angestellt worden zur Unterweisung der Mitglieder.

Arbeiter-Sport- und Kulturkartell Halle

Allen Arbeitersportorganisationen zur Kenntnis, daß der ehemalige Sportgenosse Fred Olbrich, Mitglied vom Sportklub „Adler“, freiwillig aus diesem Verein ausgeschieden ist. Gegen Olbrich schwebte ein Ausschlußverfahren wegen Zugehörigkeit zum „Stahlhelm“ und Teilnahme am Stahlhelmtag in Berlin am 8. Mai. Beides ist erwiesen, und zwar durch eigenes Geständnis des pp. Olbrich. Durch diese Tat hat Olbrich bewiesen, daß er das Recht verwirkt hat, weiterhin einer Arbeitersportorganisation angehören zu dürfen. Nochmals den Sportgenossen zur Kenntnis.

Bezirksausschußsitzung des Bezirks Zeitz am 11. Sept. 1927

Der Vorsitzende eröffnet dieselbe mit folgender Tagesordnung: 1. Eingänge; 2. Proteste und Beschwerden: a) Bergisdorf gegen Zangenberg, b) Beschwerde gegen die Genossen Gröschel und Bratfisch, Theißen, c) Kruppa, Hohenmölsen, d) Beyer, Wählitz; 3. Serienspiele; 4. Verschiedenes. Nichtanwesend sind die Genossen R. Castel und W. Scholz. Ersterer unentschuldigt, letzterer entschuldigt. Eingangs der Sitzung verliert Sportgenosse Darstein einige Worte über den am 4. September stattgefundenen Lehrkursus des Bezirks und bedauert den sehr schlechten Besuch desselben. Punkt 1: Die Eingänge werden verlesen und folgendes beschlossen: a) Beschwerde Zipsendorf gegen Fußballring Aue betreffs Spieler Schwenk. Aue erhält eine strengen Verweis, weil der disqualifizierte Spieler Schwenk bei obengenanntem Spiel als Schiedsrichter fungiert hat. Im Wiederholungsfall erfolgt Disqualifikation des ganzen Vereins. b) Das Gesuch des Fußballring Aue betreffs Freigabe des Spielers Theuermeister wird einstimmig abgelehnt. Grund: weil dadurch allen Vereinen Tür und Tor geöffnet würde, auf gleichem Wege Spielberechtigung für disqualifizierte Spieler einzuholen. c) Beschwerde Teuchern wird abgelehnt, da die Berufungsfrist nicht eingehalten ist. Desgleichen Beschwerde Theißen im Spiel 41 aus demselben Grunde.

Punkt 2. Die Beschwerde Bergisdorf gegen Zangenberg im Spiel am 23. August 1927 wird zurückgestellt, da Bergisdorf nicht vertreten ist und der Bezirksausschuß sich kein richtiges Urteil bilden kann. b) Beschwerde des Gen. Darstein gegen die Spieler Gröschel und Bratfisch, Theißen, im Spiel 41. Urteil: Der Spieler Gröschel wird nach § 69 Abs. 1 und 2 ein halbes Jahr disqualifiziert, ab 25. September 1927 bis 25. März 1928. Der Spieler Bratfisch erhält einen strengen Verweis wegen Paßverweigerung zwecks Namensfeststellung. c) Beschwerde des Schiedsrichters Wilsdorf gegen den Spieler Beyer, Wählitz, wird anerkannt und erhält der Spieler Beyer einen Verweis. d) Angelegenheit Kruppa, Hohenmölsen, wird zurückgestellt, bis dieselbe durch Hohenmölsen mit Teuchern geklärt ist.

Punkt 3. Die Ausscheidungsspiele der 2. und 3. Klasse um die Bezirksmeisterschaft sollen in aller Kürze in Hohenmölsen stattfinden.

Punkt 4. Im Falle Röding beschließt der Bezirksausschuß, beim Bunde das Ausschlußverfahren gegen Röding einzuleiten, weil er seinen Verpflichtungen dem Bezirk gegenüber, wozu er sich verpflichtet hatte, nicht nachgekommen ist (Veruntreuung von Bezirksgeldern).

2. Kreis, 6. Bezirk. Die Adresse des Bezirksvertreters ist jetzt: Böllberg Nr. 43, nicht mehr 40. R. Mertins, Bezirksrat.

Fußball

Resultate der Meisterschaftsspiele

Cröllwitz 1. — VfB. Lettin 1. 1:2

Um die Bezirksmeisterschaft der 1. Klasse standen sich auf dem Sportplatz in Trotha Cröllwitz 1. und Lettin 1. gegenüber. Hier konnte Lettin mit 2:1 gewinnen. Trotzdem Cröllwitz entschieden mehr vom Spiele hatte, verhalf der Lettiner Torwart seinem Verein zu einem Sieg. Cröllwitz legte „Protest“ ein.

Diemitz 2. — Fortuna 3. 2:0

Um die Meisterschaft der 3. Klasse standen sich Diemitz 2. und Fortuna 3. gegenüber. Hier konnte Diemitz 2. mit 2:0 gewinnen. Halbzeit stand das Spiel noch 0:0. Erst in der zweiten Halbzeit konnte Diemitz das Spiel für sich entscheiden.

Teutonia Jugend — Fortuna Jugend 4:2

Um die Bezirksmeisterschaft der Jugendklasse standen sich Teutonia Jugend und Fortuna Jugend gegenüber. Teutonia triumphierte über seinen Gegner mit 4:2. Teutonia hat nun noch seine schwersten Gegner in Wörmlitz Jugend oder Fichte Jugend zu suchen.

Sportbrüder 1. — Teicha 1. nach Verlängerung 4:3 (3:3)

Um den letzten Platz in der 1. Klasse, 2. Gruppe, standen sich Sportbrüder 1. und Teicha 1. gegenüber. Hier konnten erst nach Spielverlängerung Sportbrüder knapp mit 4:3 gewinnen. Teicha verschoß in sportlicher Manier einen verhängten Elfmeter und stellte dadurch den Sieg in Frage. Beide Vereine standen punktgleich in ihrer Gruppe, daher war dieses Spiel notwendig.

Fortuna 1. — Trotha 1. 3:6 (1:1)

Das Spiel war von Anfang bis Ende flott und fair und hinterließ den denkbar besten Eindruck. Fortuna spielte mit drei Mann Ersatz, welcher sich nicht bewährte. Trotha hingegen war eifriger und konnte daher obiges Resultat erzielen.

Giebichenstein 1. und Reideburg 1. spielten nach sehr guter Spielweise 1:1.

Kanena 1. hatte Minerva 1. zu Gaste und mußte sich mit 2:3 geschlagen bekennen.

Askania 1. hatte Hettstedt 1. zu Gaste und gewann ziemlich hoch mit 7:0. Halbzeit 3:0. Dem Schiedsrichter machten beide Parteien das Amt leicht.

Teutonia 1. — Gröbers 1. 6:2.

Fichte 1. — Viktoria 1. 1:5. Fichte 2. — Viktoria 2. 1:1. Fichte 2. Jugend gegen Viktoria 2. Jugend 4:0. Fichte 1. Jugend — Viktoria 1. Jugend 4:2.

Fortuna 2. — Trotha 2. 5:3. Fortuna 3b — Trotha 3. 0:8. Fortuna Schüler gegen Viktoria 2. Schüler 11:0. Minerva Jugend — Teicha Jugend 4:1. Minerva Schüler — Wörmlitz Schüler 3:3. Giebichenstein Schüler — Möglich Schüler 2:1.

Mitteldeutsche Spielvereinigung, 2. Kreis, 8. Bezirk

Greppin	13	10	—	3	23:3	45:15
Holzweißig	14	9	4	1	19:9	43:19
Piesteritz	14	6	6	2	17:11	24:33
Roitzsch	14	9	5	—	16:12	32:28
Sandersdorf	14	7	6	1	15:13	24:20
Annaburg	14	6	6	2	14:14	22:30
Bitterfeld	13	6	6	1	13:13	36:25
Niemegk	14	5	6	3	13:15	35:34
Petersroda	14	5	7	2	13:15	27:33
Wolfen	14	4	6	4	10:18	30:32
Wittenberg	14	5	7	2	8:20	28:42
Gräfenhainichen	14	—	13	1	1:27	8:49

Punktverluste. § 38,3 (Volkssport, Nichteinhalten der Kreisdisqualifikation). Nr. 167 Roitzsch 1. — Gräfenhainichen 1., Nr. 153 Niemegk 2., Nr. 183 Roitzsch 1. — Wittenberg 1., Nr. 172 Roitzsch 2., Gräfenhainichen 2. § 45. Nr. 174 Sandersdorf 2., Niemegk 2. erhält keine Mannschaft die Punkte. — Disqualifikation. Nach § 38,3 werden folgende Mannschaften vom 20. September bis 20. Oktober disqualifiziert: Roitzsch 1. und 2., Gräfenhainichen 1. und 2., Niemegk 2., Wittenberg 1. Spielnummer, wo Uebertretung stattfand, ist unter Punktverlust angegeben. Nr. 103, Otto Doese, Wittenberg, vom 20. Sept. bis 20. Oktober 1927. § 69,1. Nr. 174, Richard Richter, Sandersdorf, vom 20. Sept. bis 20. Dez. 1927. Einen Verweis (§ 45) Sportfreunde Brehna und Paul Richter, Brehna, 194. § 69,3, Franz Borowsky, Bitterfeld, Nr. 182. § 69,2, Hermann Kersten, Gräfenhainichen, 184. — Strafen: § 36, Nr. 169, Petersroda 1. 10 Mk. Nr. 175, Möhlau 10 Mk. Nr. 177, Petersroda 2. 10 Mk. Nr. 180, Petersroda Jgd. 5 Mk. Nr. 193, Petersroda 10 Mk. § 39, Nr. 170, Piesteritz 1. — Wittenberg 1. erhält Piesteritz die Punkte. Strafgelder bis 25. September 1927 an Hugo Braun, Bitterfeld, Wolfener Straße 18, einsenden, andernfalls ab 26. Sept. Disqualifikation eintritt. — Ausfall von Spielen. § 31, Nr. 244, Zscherndorf 2., Piesteritz 3. Nr. 249, Roitzsch Jgd. — Piesteritz Jgd. Nr. 202, Annaburg 1., Roitzsch 2. Nr. 211, Piesteritz 3., Roitzsch 3. Nr. 214, Greppin Jgd. — Roitzsch Jgd. Nr. 199, Wittenberg 1. — Petersroda 1. Punkte erhalten Annaburg 1., Wittenberg 1., Mache nochmals bekannt, daß keine Mannschaft ohne Punktverlust von einem Serienspiel entbunden werden kann. Paul Chemnitz, Obmann.

Walhalla-Theater

Sonntag, den 25. September, vormittags 11 Uhr, 646

Große Internationale Ringkämpfe:

Frankreich — Deutschland

Nationale Boxkämpfe: Leipzig gegen Halle

Alles andere siehe Plakate. Veranstaltet von Germania-Fellenfest.

Handball

Ländermannschaft — Bezirk Magdeburg 14:3

Das Probespiel der deutschen Ländermannschaft in Magdeburg wurde gegen die Magdeburger Bezirksmannschaft glänzend gewonnen. Dem Resultat zu schließen, müssen die Magdeburger hilflos gewesen sein. 1800 Zuschauer wohnten dem Spiel bei.

Die Ländermannschaft spielt kommenden Sonntag hier in Halle gegen Oesterreich. Ein hochwertiger Sport ist zu erwarten.

Die Handballserienspiele

Sportlust 1. mußte eine 2:1 Niederlage von ABV. Cröllwitz einstecken. Das Spiel Fichte 1. Halle — Wörmlitz 1. wurde nur als Gesellschaftsspiel ausgetragen, da kein Schiedsrichter anwesend war. Wurde jedoch wegen Regens bei dem Stande von 0:0 abgebrochen. Othello 1. konnte sich trotz Ersatz bei Minerva 1. mit einem Resultat von 3:1 die Punkte sichern. In den unteren Klassen sind folgende Resultate erzielt: Sportlust 2. — Zwintschöna 1. 0:4 (abgebrochen). Sportlust Sportlerinnen — ASC. 1. 0:0. Othello 2. — Wörmlitz 2. 0:3 (abgebrochen). Fichte 2. — Fichte Ammendorf 2:3. Fichte Schüler — Merseburg Schüler 4:0.

Seeben 1. — Canena 1. 3:1

Canena hat Anwurf und sofort setzt ein scharfes Spiel ein. Nach beiderseitigen Torbesuchen geht es mit 0:0 in die Halbzeit. Nachdem kann Seeben in der 35. Min. das erste Tor buchen; in der 38. Minute gleicht Canena aus. Beide Mannschaften spielen auf Sieg. Seeben erzielt in der 44. und 48. Minute noch zwei Tore.

Regattaklub Halle 1. — Seeben 2. 2:10 (1:6)

Um 10 Uhr stellen sich beide Mannschaften dem Schiedsrichter. Seeben hat Anwurf und zieht gleich vor das gegnerische Tor. Der Angriff wird unterbunden, doch in der 2. Minute gelingt Seeben der erste Treffer. Seeben behält weiterhin die Oberhand und hat das Spiel infolge größerer Spielerfahrung (Regattaklub lieferte das erste Spiel) fest in der Hand. In regelmäßigen Abständen folgen fünf weitere Tore. Der Mittelstürmer vom Regattaklub unternimmt einen Durchbruch, und durch gutes Zuspiel gelingt es ihm, das Ehrentor einzusenden. Nach Halbzeit wird das Spiel offener. Regattaklub verteilt das Spiel besser. Doch Seeben gelingt es durch gutes Zusammenspiel, nochmals zwei Tore einzubringen, denen der Regattaklub durch den Halbrechten in der 50. Minute ein zweites entgegensetzen kann.

Fichte 2. — Fichte 2. Ammendorf 2:3. Fichte 3. — Bennstedt 1. 12:1. Fichte 1. Schüler — Merseburg Schüler 4:0. Fichte nur mit neun Spielern. Sportlust 1. gegen ABV. 1. 1:2. Schwimmer 1. — 1909 1. 5:0. Schwimmer Ammendorf 1. gegen Schafstädt 1. 4:0.

Sportlerinnen: Fichte 1. — Wörmlitz 1. 1:0. Fichte 2. — Cröllwitz 1. 0:1. 09 1. — Schwimmer Halle 1. 1:0.

Verbindlich. Für Sonntag, den 25. September, besteht für den ganzen Bezirk anläßlich des Länderspieles

Oesterreich — Deutschland

Spielverbot. Die Serienspiele werden nachgetragen. Sämtliche Turnspieler und Spielerinnen treffen sich Sonnabend zum Empfang der Oesterreicher und deutschen Genossen 19 Uhr auf dem Thielenplatz. Anschließend Kommers im „Zoo“. Vereinsfahnen können mitgebracht werden. Sonntag früh 7 Uhr treten die bestimmten Vereine pünktlich zu den Werbeumzügen an. Der Spielausschuß.

Turner

2. Kreis, 6. Bezirk, 1. Gruppe (Kinderturnwarte). Die für Sonntag, den 25. September, geplante Turnstunde muß auf Grund des Länderspieles ausfallen. Willi Grube, Kinderturnwart.

4. Kreis, 1. Bezirk. Serienspiele am 25. September: Handball: 1. Klasse: 16 Uhr Eilenburg — Schkeuditz. 2. Klasse: 16 Uhr Wurzen 1. — Eilenburg 2. 1. Jugendklasse: 15 Uhr Eilenburg — ASC. Grimma. Spielerinnen: 14 Uhr Eilenburg — Normannia. 14 Uhr Delitzsch — Leutzsch. 11 Uhr Amateure — Schkeuditz. Raffball: 1. Klasse: 10 Uhr Schkeuditz — Leutzsch. 2. Klasse: 9 Uhr Schkeuditz 2. gegen Schönefeld 3. 17 Uhr Großzschocher 2. — Teuditz 2. 16 Uhr Lößnig 2. gegen Ermlitz 2. 16 Uhr Zehmen-Rüben 1. — Dürrenberg 1. 1. Jugendklasse: 17 Uhr Altranstädt — Teuditz. 16 Uhr Südwest — Glesien. 11 Uhr Schkeuditz — Wahren.

Vereinsmitteilungen

Turn- und Sportverein Fichte-Ammendorf. Dienstag, den 20. September, gemeinsame Turnstunde beider Abteilungen im „Schützenhaus“. Vereinsriege und technischer Ausschuß müssen vollzählig erscheinen. Der Turnwart. [552

Fußballklub Sportfreunde Klein-Wittenberg-Piesteritz sucht für Sonntag, den 25. September, für die 1., 2. und 3. Mannschaft einen Gegner nach Klein-Wittenberg auf Rückspiel. [553

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270919-12/fragment/page=0007

Erlöst die Jugend aus dem Bann der Kirche!

Von Peter Maslowski

Ist es richtig, daß dem die Zukunft gehört, der die Jugend hat, so sieht es in Deutschland recht traurig aus. Denn die **übergroße Mehrheit der Jugend**, und erst recht der **proletarischen Jugend**, befindet sich unter dem **Einfluß der Kirche**, sei es der katholischen oder der protestantischen. Es wird sehr lehrreich sein, die betreffenden Zahlen zu vernehmen. Erst wenn man den Feind in seiner Stärke genau kennt, wird man nämlich den Kampf gegen ihn führen lernen. Der diesjährige **Internationale Jugendtag** gibt ja ganz besondere Veranlassung dazu, auch an die Gewinnung aller jener jugendlichen Proletarier heranzugehen, die noch im Dunkel der Kirche einen falschen Weg tiefer hinein in ihre Verfluchung wandeln.

Der Einfluß der protestantischen Kirche auf die Jugend

Die stärkste Organisation der evangelischen Kirche auf dem Gebiet der Jugendorganisationen ist der **Reichsverband der Evangelischen Jungmänner-Verbände Deutschlands** und verwandter Bestrebungen, der eine Mitgliederzahl von 194 000 umfaßt. Das von diesem Reichsverband herausgegebene Schriftum, dessen Einzelzahlen wir jeweils hinter das betreffende Organ in Klammern setzen, sieht folgendermaßen aus: „Rundschau" (2800), „Ruf" (18 000), „Der junge Tag" (28 000), „Turn-Zeitung" (2500), „Auf neuem Pfad" (8000), „Morgenwache" (30 000). Dazu kommen dann noch viele Kalender, Jahrbücher, Liederbücher usw. Der diesem Reichsverband entsprechende Verein für die weibliche Jugend ist **der Evangelische Verband für die weibliche Jugend Deutschlands**, der 185 000 Mitglieder umfaßt. Seine Organe sind: „Deutsche Mädchenzeitung" (70 000), „Komm mit" (110 000), „Jugendweg und Jugendruf" (8000), „Weibliche Jugend" (7000), und für die Mädchen von 12 bis 14 Jahren die Zeitung „Am frühen Morgen".

Eine zweite Gruppe von kirchlichen Jugendorganisationen bilden **die sogenannten Bibelkreise.** Hier sind zu verzeichnen: die Bibelkreise unter den Schülern höherer Lehranstalten mit den Zeitschriften „Neue Jugend" (6500), „Jugendkraft" (9000) und der „Botschafter" (11 000). Und die deutsche Mädchen-Bibelkreis-Bewegung nennt Zeitschriften wie „Unser Blatt" (8500) und viele andere Schriften ihr eigen.

Es folgen dann die sogenannten **entschiedenen Christen.** Zu nennen ist da der Jugendbund für entschiedenes Christentum, der als besondere Neuerung sich ein Zirkuszelt angeschafft hat mit 2600 Sitzplätzen, mit dem er seit Jahr und Tag Propagandareisen im Lande macht. Dieser Jugendbund, der in ganz Europa vertreten ist, umfaßt in Deutschland 51 000 Mitglieder. Eine besondere Spezialität dieses Jugendbundes sind die sogenannten **Sonntagsschulen.** In 684 Sonntagsschulen unterrichten über 2000 ältere Jugendliche im ganzen 40 000 Kinder.

Es folgen dann noch eine große Anzahl kleinerer Verbände. So der **Deutsch-evangelische Verband sozialer Jugendgruppen,** die **Christ-deutsche Jugend,** die **Neulandbewegung** usw., Vereine, die insgesamt auch noch etwa 30 000 Mitglieder haben werden und selbstverständlich ebenfalls ihre eigenen Organe herausgeben.

Die Jugendorganisationen der katholischen Kirche

Obwohl der katholische Bevölkerungsteil Deutschlands nur ein Drittel des gesamten deutschen Volkes ausmacht, überflügeln die katholischen Jugendorganisationen bei weitem die protestantischen und können als die **größten Jugendorganisationen Deutschlands** überhaupt betrachtet werden.

Die zwei größten Verbände sind: der **Verband der katholischen Jugend- und Jungmännervereine Deutschlands** mit den Organen „Jugendführung", „Der Jugendverein", „Die junge Tat", „Stimmen der Jugend", „Die Wacht", „Am Scheideweze" usw., der 382 000 Mitglieder zählt, und der **Zentralverband der katholischen Jungfrauenvereinigungen Deutschlands,** der mit seinen Zeitungen „Kranz", „Knospen", „Maria und Martha", „Ins Leben hinaus" und mit seinen 760 000 Mitgliedern wohl überhaupt in Deutschland der größte Jugendverband ist.

Die **Vereinigung katholischer Jugendheime Deutschlands** zählt 32 Heime ihr eigen. Die katholische **Deutsche Jugendkraft** auf dem Gebiete des Sportes hat wiederum, allerdings mit Oesterreich zusammen, die gewaltige Mitgliederzahl von 703 000.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch der katholische **Gesellenverein** mit seinem „Kolpingsblatt", der 120 000 Mitglieder umfaßt, allerdings in Deutschland und dem Auslande zusammen.

Außer einigen kleineren Jugendverbänden im Süden Deutschlands, so dem **Verband der katholischen Burschenvereine Bayerns** mit seinen 25 000 Mitgliedern, folgen einige abstinente katholische Vereine, wie: der **Quickborn,** der **Jungborn** und der **Jungkreuzbund,** die zusammen gut 10 000 Mitglieder ihr eigen nennen.

Die Bewegung der **Großdeutschen Jugend** und des katholischen **Neu-Deutschland** ist noch sehr unausgegoren und in der Entwicklung begriffen. Sobald aus diesen Kreisen, wie es z. B. die sogenannte **Werkjugend** getan hat, Bestrebungen laut werden, mit der Kommunistischen Jugend zusammenzugehen, erfolgen prompt **Maßregelungen von seiten des Klerus.** So ist z. B. die Werkjugend wegen der Durchführung einer sachlichen Diskussion mit der Kommunistischen Jugend kurzerhand von den Bischöfen verboten worden!

Die Ursachen der klerikalen Erfolge

Man darf natürlich diese ungeheuren Zahlen, die beweisen, daß mindestens drei **Viertel der gesamten organisierten deutschen Jugend** von der Kirche **beeinflußt werden,** nicht etwa werten als Zeichen besonderer Zugkraft kirchlicher Ideen auf die Jugendlichen, oder besonders guter Organisationskunst im Gegensatz zu einer schlechteren Organisationsmethode der revolutionären Jugend. Das Geheimnis der Stärke der kirchlichen Jugendorganisationen beruht einfach darauf, daß der **Staat der Kirche das Monopol auf die Jugendbeeinflussung so gut wie restlos ausgeliefert hat.** Dieses Monopol beruht auf der **Einheit der Kirche und Schule im kapitalistischen Staat.**

Systematisch wird ja die Jugend der Kirche in die Arme getrieben. Der regelmäßige konfessionelle Unterricht in den Volksschulen, der Abschluß der Volksschulen durch die Konfirmation bzw. Kommunion, die sofortige Ueberführung der Schulentlassenen in die entsprechenden Jünglings- und Jungfrauenvereine, die Methode gewisser Krauter, nur Lehrlinge anzunehmen, die konfirmiert worden sind, das allmähliche Eindringen des Religionsunterrichtes auch in die Fortbildungsschule, und schließlich die staatliche Gesetzgebung gegen die Revolutionierung der Jugend, die z. B. in dem Schund- und Schmutzgesetz und in dem sogenannten Gesetz zum Schutze der Jugend vor Lustbarkeiten zum Ausdruck kommt — alles das ist nichts anderes als ein **bewußter, vom Staate bezahlter Feldzug zur Erstickung jedes Klassenbewußtseins in der Jugend.**

Man muß bedenken, daß die ganze staatlich-kirchliche Beeinflussung gerade in den Jahren erfolgt, wo der junge Mensch sein politisches Denken entwickelt! Und wenn man auch nicht direkt kirchlich in jedem Falle verfährt, so versteht man es doch, gewisse militärische und sportliche Liebhabereien der Jugendlichen zu Organisationen auszunutzen, die jede Entwicklung zum Klassenbewußtsein in der Jugend verhindern müssen.

Es ist ganz klar: solange dieses kapitalistische System, das in der engsten Zusammenarbeit vom bürgerlichen Staat und Kirche zum Ausdruck kommt, unangetastet bleibt, muß auch das kirchliche Monopol der Jugendbeeinflussung große Erfolge einheimsen. Erst wenn das Proletariat, so wie es in Rußland geschehen ist, die Macht erobert hat, erst dann wird selbstverständlich die Jugend endgültig aus dem finsteren Joch der Kirche erlöst werden können. Aber dennoch faßt sich auch **unter dem heutigen System genügend große Vorbereitungsarbeit leisten,** um die jugendlichen Arbeiter mehr als bisher organisatorisch in den Klassenkampf einzubeziehen.

Unsere Aufgaben

Da es innerhalb dieses raffinierten Systems schon eines hohen Maßes selbständigen Willens und Denkens erfordert, wenn ein Jugendlicher sich von der Kirche loslöst, so können wir an sich darauf stolz sein, daß **unsere revolutionäre Jugend im Durchschnitt viel selbständiger handelt und viel intelligenter ist als irgendein katholischer oder protestantischer Jugendvereinler.** Das darf uns jedoch nicht dazu verführen, nun über die Rückständigkeit der anderen höhnisch zur Tagesordnung überzugehen. Vielmehr müssen wir, gerade weil es Staat und Kirche den Jugendlichen so schwer machen, selbständig denken zu lernen, **um so brüderlicher, um so zäher und systematischer unseren Klassengenossen und -genossinnen helfen, damit sie auf den richtigen Weg kommen.**

Es gilt zunächst einmal, die von der Kirche bewußt betriebene **Abkapselung der Klerikalen Jugend von unseren Organisationen aufzuheben.** Naturgemäß ist dabei der Betrieb die Stelle, wo am besten die Verbindungslinien zwischen jenen und uns hergestellt werden können. Aber auch **Wanderungen und sportliche Veranstaltungen** sind geeignet, die vom Klerus gewollte Trennung zu überwinden.

Es sind vor allem die für alle Jugendlichen maßgebenden Lebensinteressen, wie Lohnfragen, Arbeitszeitfragen, Lehrlingsverhältnisse, Fortbildungsschulwesen usw., in denen ein brüderliches Zusammengehen versucht werden muß. Nichts erzieht so gut zum Klassenbewußtsein, als ein selbst durchgeführter Kampf! Darum ist auf diesem Gebiete des praktischen Kampfes die meiste Aussicht vorhanden, daß die Jugendlichen ihren Stolz entwickeln, ihre bisherige geistliche Aufsicht als eine Würdelosigkeit empfinden. Am Ende einer solchen nicht überstürzten Entwicklung wird der betreffende Jugendliche gewöhnlich ein aufrechter und ehrlicher Kämpfer werden.

Das ist nun nicht etwa eine schlaue Taktik, um nur Mitglieder zu fangen, sondern wir betrachten die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen, die von der Kirche zu uns kommen, durchaus als **vollwertige Klassengenossen.** Nur die Tat entscheidet, nicht die Frage, woher einer gekommen ist!

In diesem Sinne erschließt sich zum **Internationalen Jugendtag,** im Zeitalter von Konkordat und Schulgesetz, vor uns eine wichtige, leider bis jetzt zu wenig beachtete Aufgabe, nämlich die Aufgabe, **der Kirche die Jugend zu entreißen, damit um so sicherer die Zukunft unser ist.**

Delegierte zum Magdeburger Städtetag!

Die kommunistischen Delegierten zu der am 23. und 24. September in Magdeburg stattfindenden Hauptversammlung des Deutschen und Preußischen Städtetages müssen ihre Abreise so einrichten, daß sie bereits am Donnerstag, dem 22. d. M., in Magdeburg eintreffen. Am Freitag, dem 23. September, vormittags 9 Uhr, findet im Tagungslokal des Städtetages eine Fraktionssitzung statt. **Das Sitzungszimmer wird noch durch Aushang im Tagungslokal bekanntgegeben.**

ZK. Abteilung Parlamente.

Rind- und Schweineschlächterei
Albert Sydow, Fleischermstr.
Wittenberg, Schloßstraße 10
Fernruf 889 Fernruf 889

Lederausschnitt
Schuhmacherbedarfsartikel
Gummiabsätze usw.
kaufen Sie billigst bei
Walter Koch
Wittenberg, Poststr. 16
Einkäufer sämtlicher Felle

Gaskocher, Gasherde, Lampen
Beleuchtungskörper für Elektrisch
gegen bequeme Ratenzahlungen
Licht- und Kraftwerke Wittenberg
G. m. b. H.
Besichtigung des Ausstellungsraumes
Hallesche Straße erbeten

Gummi kann ich nicht liefern, aber Herrensohlen u. Absatz 3,00, Damensohlen und Absatz 2,00, Kindersohlen nach Größe
Leder im Ausschnitt, Gummiabsätze billigst
O. Bauermeister, Piesteritz
Neustr. 16

J. Preminger
Wittenberg, Jüdenstraße 7
hier kauft man am vorteilhaftesten
Damen-, Herren-, Arbeiter- und Knaben-Bekleidung
Spezialität: Berufskleidung
Möbel stets auf Lager

Hüte - Mützen
Pelzwaren - Lederbekleidung
kauft man vorteilhaft bei
August Linke
Wittenberg, Collegienstr. 24

Alfons Günther
Piesteritz, Wilhelmstr. 26
empfiehlt gute Qualitäten
Baumwollwaren, Wäsche, Trikotagen
Strümpfe, Arbeiterkleidung
Kurzwaren

Zentralbad
Wittenberg, Jüdenstr. 10
verabfolgt sämtliche
medizin. Bäder, Licht-, Moor-, Schwefel-, Dampf-, Fichtennadel-, Kohlensäure- und Salzbäder
Wilhelm Zander

Farben-Thiele
Das große, fachmännisch geleitete Spezialgeschäft mit eigener Fabrikation o Wittenberg, Jüdenstr. 4
Farbwaren und Tapeten
Ganz erstklassige Waren, äußerst preiswert
Geringe Qualitäten spottbillig

Franz Reming & Söhne
Piesteritz, Bez. Halle
liefern
Fahrräder
gegen Teilzahlung
zu vorteilhaften Preisen

Größte Auswahl in
Geschenkartikeln
für Haus und Küche
Wäsche-Ausstattungen
stets niedrigste Preise
Otto Langer
Wittenberg, Collegienstr. 77
Ausschneidend! Mitbringen!

Empfehle meine
Fleisch- u. Wurstwaren
in altbekannter Qualität und Güte
Ernst Deporade, Piesteritz
Schulstraße 20

Bedarf an Leder u. Schuhbedarfsartikel
sowie Pa. Eisenleder und die neuesten Rauh-Crepe-Gummisohlen kauft man zu billigsten Preisen bei
Paul Schmidt, Lederhandlung
Wittenberg, Collegienstr. 50

ff. Fleisch- u. Wurstwaren
in bekannter Güte empfiehlt
O. Selle
Piesteritz
Telephon 145

Gustav Boost & Co.
Wittenberg Jüdenstraße 11
Beleuchtungskörper
alle Apparate für Gas und Elektrizität
Kauf Teilzahlung Miete

Empfehle alle Sorten
Fleisch- u. Wurstwaren
in bester Qualität
Reinhold Rotte
Fleischermeister
Piesteritz
Neustr. 27

Herren- und Knabengarderoben
sowie Arbeitsbekleidung
zu billigsten Preisen
J. Israel, Wittenberg
Collegienstraße 6

„Insel Helgoland"
Piesteritz
Empfehle mein neu angelegtes
Gartenlokal
mit allerlei Kinderbelustigungen
Fr. Schmidt

Gewerkschaftshaus
Wittenberg
empfiehlt allen Partei-, Sports- und Gewerkschaftskollegen seine angenehmen
Gasträume und Vereinszimmer
Ballsaal mit schönem schattigen Gartenaufenthalt
Die Verwaltung

Arthur Lambert
Seifen-Parfümerien
Größtes und leistungsfähigstes Unternehmen der Branche
Mitteldeutschlands
Wittenberg, Collegienstr. 35
Wittenberg, Markt
Piesteritz, Coswiger Str. 34
Torgau, Fischerstraße 20
Annaberg, Torgauer Str. 5
Eilenburg, Leipziger Str. 70
Liebenwerda, Bahnhofstr. 35
Halle, Steinweg 5

Billigste Bezugsquelle für
Schuhwaren
aller Art
Gottlob Wegner
Piesteritz
Coswiger Straße 182

Neu zugelegt:
Kochmaschinen, Gruden u. Linoleum
Ferd. Hilgers, Piesteritz, Coswiger Straße

Lebensmittel
gut und preiswert
Ernst Wilke, Piesteritz
Coswiger Str. 33 Coswiger Str. 33

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270919-12/fragment/page=0008

Merseburg-Leuna-Querfurt

Aufruf

An die Einwohnerschaft von Schkeuditz und Umgegend!

Seit 1919 hängt über dem deutschen Volke das drohende Reichsschulgesetz, das die unklaren und einander widersprechenden Schulartikel der Reichsverfassung „näher bestimmen" soll. Jetzt hält die vereinigte Reaktion die Stunde für gekommen, um ihre wirtschaftlichen und politischen Erfolge durch einen durchschlagenden kulturellen Erfolg zu krönen, durch ein Reichsschulgesetz, das die Volksschule in mittelalterliche Zustände herabdrückt.

Der Reichsschulgesetzentwurf des Ministeriums Keudell

zerschlägt die Volksschule in minderleistungsfähige Zwergschulen, erfordert ungeheure Mittel, um den Kulturrückschritt zu vollbringen,

vermindert die Bildungsmöglichkeit der breiten Massen in diesen an sich schon leistungsunfähigen Zwergschulen noch durch einen erstickenden Wust lebensfeindlicher, kirchlicher Dogmen, und macht die Lehrer aus Staatsbeamten zu rechtlosen Werkzeugen der Religionsgesellschaften.

Dieser Entwurf muß verschwinden! Die unterzeichneten Organisationen rufen die gesamte Oeffentlichkeit auf, mit ihnen alles zu tun, um ihn zu Fall zu bringen! Sie fordern alle Organisationen, die noch nicht unterzeichnet haben, auf, zur **nächsten Sitzung am Dienstag, dem 20. September 1927,** zu erscheinen und ihre Unterschrift zu geben. Ein großer Kampfbund gegen die Schulreaktion muß gebildet werden!

Gewerkschaftskartell Schkeuditz; SPD.; KPD.; TV. „Die Naturfreunde"; Kommunistische Jugend; Jung-Spartakus-Bund; Deutscher Metallarbeiter-Verband; Gemeinde- und Staatsarbeiter; Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung; Arbeiter-Turn- und Sportverein; Lebensmittel- und Getränkearbeiter; Arbeiter-Sportkartell; Verband der Buchdrucker; Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband; Zentral-Verband der Zimmerer; Zentralverband der Angestellten; Baugewerksbund.

Am nächsten Dienstag, abends 8 Uhr, im Gasthaus „Deutsches Haus" müssen sich alle Vorstände proletarischer Organisationen zur nochmaligen vorberatenden Sitzung einfinden. Jeder Arbeiter muß den Vorstand seiner Organisation auf diese Sitzung hinweisen!

Vom Querfurter Kreistag

Der kommissarische Landrat Dr. Wandersleb bringt sich in Empfehlung — Seine Wahl zum Landratsvorschlag ergibt Einheitsfront von den Sozis bis zu den Nazis — Die Kommunisten schlagen den Genossen Bernhard Koenen zum Landrat vor

Am Dienstag trat der Querfurter Kreistag zu einer kurzen Sitzung zusammen. Die Tagesordnung war in etwas mehr als einer Stunde erledigt. Vor Eintritt in dieselbe verstand es der seit ungefähr vier Monaten tätige kommissarische Landrat, durch eine Replik über die „110jährige Geschichte" sich bei der Rechten ins beste Licht zu bringen. Immer und immer wieder betonte er die „segensreiche" Führung durch die früheren Landräte — derer von der Schulenburg und derer von Heldorf! Er konnte aber nicht umhin, des öfteren zu bemerken, daß die damaligen Ausgaben fast immer drei Viertel für Wegebauten ausmachten. Selbst noch bis in die Kriegszeit wurde immer jede Ausgabe für soziale Zwecke absichtlich vermieden. Ein ganz besonderes Lob spendete er, wahrscheinlich nicht ohne Absicht vor seiner Wahl, dem noch als Kreistagsmitglied anwesenden früheren Landrat von Heldorf-Baumersroda. Nachdem er noch dem letzten Landrat Dr. Krause einen Nachruf gewidmet hatte, erging er sich über die zu leistende Arbeit der Zukunft. Hier fand er die Gelegenheit, sich nach der Linken zu verbeugen. Er entwickelte sein Programm für die nächste Zeit. Da versprach er, die Gegensätze ausgleichen zu wollen, weil einerseits die Besitzenden behaupten, keine Lasten mehr tragen zu können, und andererseits die Arbeitnehmer aber auch leben wollen! Ach, wie nett von diesem Landrat, daß er mithelfen will, daß **die Arbeiter auch zu ihrem Rechte (!)** kommen sollen.

Na, Herr Landrat, wir Proleten warten auf Ihre Taten, denn Versprechungen sind billig wie faules Obst auf dem Markte. Nachdem der Mann dann bekanntgegeben hatte, daß nur 46 Erwerbslose und 10 Krisenfürsorgeempfänger im Kreise noch vorhanden wären, betonte er die schwierigen Arbeitsverhältnisse im Kreise, daß die Arbeiter meistens bis zu ihrer Arbeitsstelle oft täglich bis zu drei Stunden unterwegs seien. Er hofft, daß durch die Errichtung des Zementwerkes in Carsdorf eine Belebung im Kreise eintrete und damit auch mehr Arbeitsmöglichkeiten.

Der Wasserleitungsbau müßte mehr als bisher gefördert werden und nachdem die Stadt Querfurt bald mit der neuen Wasserleitung fertig sei, könnten andere Projekte, wie Freyburg, Laucha, Reinsdorf, in Angriff genommen werden.

Wir bringen hierbei die kleine Gemeinde Gehülte bei Mücheln in Erinnerung, die die einzige von allen Gemeinden um Mücheln herum ist, die keine Wasserleitung besitzt. Die dortigen Einwohner sind gezwungen, weil das vorhandene Brunnenwasser zu Waschzwecken gänzlich ungeeignet ist, sich mit Geiselwasser zu waschen. Trotzdem die Stadt Mücheln Wasser im Ueberfluß hat, war es bis jetzt noch nicht möglich, der Gemeinde Gehülte den Anschluß zu verschaffen. Die Hauptschuld liegt an der Stadt Mücheln, die so unverschämt ist, zu verlangen, daß Gehülte die ganzen Unkosten zu tragen habe und daß nach der Fertigstellung das gesamte Rohrnetz Eigentum der Stadt Mücheln werden müßte. Hier, Herr Landrat, können Sie eine gemeinnützige Tat vollbringen, **wenn Sie der Stadtverwaltung Mücheln die unverschämten Forderungen austreiben!**

Aus dem Zukunftsprogramm des Landrates sei noch hervorgehoben der Bau eines Säuglings- und Kinderheimes, die Errichtung von Turn- und Sportplätzen, der Ausbau der Schulen für Landwirtschaft in Querfurt und Nebra sowie die Obstbauschule in Freyburg. Interessant war das Eingeständnis, daß

kulturell im Kreise fast nichts geschehen

sei. Ja, das glauben wir, denn die Herren der Rechten vom Schlage der Helldorfs hatten früher für nichts anderes Geld übrig als für Wegebauten, die sie ihrer Güter halber in Ordnung bringen ließen.

Am Schlusse führte der Herr Landratskandidat aus, daß er, wenn er berufen werden sollte, in Pflichttreue und im Sinne der Deutschen Republik, die nun einmal die jetzige geltende Staatsform sei, arbeiten würde. Mit dieser Rede hatte sich Dr. Wandersleb die Rechte freundlich gestimmt und er hat mit seinen Hoffnungen auf Verwirklichung seines Zukunftsprogramms auch die Herzen der Sozialdemokraten höher schlagen lassen. Prompt erfolgte dann auch etwas später die Wahl zum Vorschlage als zukünftigen Landrat mit allen Stimmen der Deutschnationalen, der Demokraten und der Sozialdemokraten. Mit 20 gegen die 5 Stimmen der Kommunisten ist Dr. Wandersleb vorgeschlagen. Nun wird seine Bestätigung durch das Ministerium unbedingt erfolgen. Unsere Genossen brachten den Genossen Bernhard Koenen in Vorschlag, aber die Sozialdemokraten stimmten statt für einen Arbeitervertreter für einen Bürgerlichen. Damit haben diese Sorte „Arbeitervertreter" wiederum bewiesen, daß sie gänzlich im Lager des Bürgertums schwimmen und sich von diesem in nichts weiter unterscheiden als in ihren heuchlerischen Phrasen gegenüber den Arbeitern. Hoffentlich ergeht es ihnen mit diesem Landrat nicht wie mit dem Demokraten Heine, den sie durch ihre Stimmen zum Kreisausschußmitglied gewählt haben und über den sie jetzt Zeter und Mordio schreien, weil er sich reaktionärer gebärdet als der stockkonservativste Deutschnationale. Die Quittung werden sie von der Arbeiterschaft bei den nächsten Wahlen erhalten.

Aus der Tagesordnung sei noch angeführt, daß die Entlastung der Kreiskommunalkasse nach eingehender Prüfung durch eine Kommission erfolgte, daß zwei Ersatzwahlen zum Steuerausschuß beim Finanzamt Querfurt getätigt werden mußten, weil die bisher Vorgeschlagenen wegen Steuerhinterziehungen nicht gewählt werden können. Weiter sei erwähnt die Bewilligung von 5000 Mark zur Anfertigung von Bebauungsplänen seitens des Kreises. Genosse Scheibner brachte hierbei zum Ausdruck, daß es dem Kreisausschuß überlassen bleibt, die Summe in der Höhe zu überschreiten, wie es die Förderung der Sache erfordert. Die SPD. beantragte hierzu die Erhöhung auf 10 000 Mark, zog diesen Antrag nach einer Belehrung durch den Vorsitzenden wieder zurück.

Ein weiterer Antrag der SPD. wegen der Beflaggung der Amtsgebäude wurde von ihnen wieder zurückgezogen, nachdem der Landrat erklärte, daß 30 Schulgebäude mit der Reichsflagge versehen seien, weitere 35 eine Fahne anschaffen wollen und 25 mitgeteilt hätten, daß sie kein Geld hätten. Obwohl diese Mitteilungen klapp und klar besagen, daß die Schulbehörden die Republik verhöhnen, hatten die Sozialdemokraten keinen Schneid, ihren Antrag aufrechtzuerhalten. Diese Angst vor der eigenen Courage war wohl das Bewußtsein von einer Niederlage in diesem Kreistage.

Arme Republik, so schauen Deine Republikaner bei Lichte besehen aus, denn sie stecken die Köpfe in den Sand und strampeln mit den Beinen in einem republikanischen Hohlraum der verlorenen Idole.

Nach einer Anfrage unserer Genossen wegen der seinerzeit gewählten Besoldungskommission für die Kreisbeamten und betreffs Schaffung einer Bauarbeiterschutzkommission für den Kreis, zu der der Landrat baldigste Erledigung versprach, wurde der Kreistag geschlossen.

Ein Wort des Dankes an die, die ihn gewählt hatten, konnte sich der Landrat nicht verkneifen!!

Merseburg. Rote-Hilfe-Versammlung. **Am Dienstagabend 8 Uhr werden die Mitglieder der „Roten Hilfe" in der „Stadt Leipzig" in einer Mitgliederversammlung Stellung nehmen zu der diesjährigen Kartoffelsammlung für die Angehörigen der Opfer der Klassenjustiz. Durch die letzten Vorgänge in Halle, die zum Grützner-Verbot geführt haben, ist die Reihe unserer politischen Gefangenen um etliche Familienväter erhöht worden, was die Mitglieder der „Roten Hilfe" zu erhöhter Aktivität anspornen muß.**

Bad Lauchstädt. Besuch im Getreidegeschäft. Ein Einbruchsdiebstahl wurde in der Nacht zum Sonnabend in das Getreidegeschäft Friedrich Lehmann ausgeführt. Die Diebe drückten an einem Speicher eine Fensterscheibe ein und gelangten auf diesem Wege in das Gebäude. Der Erfolg ihrer Arbeit soll nicht sehr erheblich sein, da sie nur eine Kassette mitnahmen, in der sie anscheinend eine größere Summe vermuteten.

Lurgstaden. Einen Einbruchsdiebstahl bei einem hiesigen Einwohner verübten Diebe in nächtlicher Stunde. Sie waren über die Mauer geklettert und versuchten den Hund mit Fleisch zu vergiften, was aber mißlang. Bei ihrer Arbeit wurden die Spitzbuben gestört, trotzdem gelang es ihnen, noch einige Bekleidungsstücke mitzunehmen.

Aus dem Saalkreis

Ammendorf. Ein Personenauto überschlägt sich. Freitagabend fuhr in der Regensburger Straße in Ammendorf ein Kraftwagen, dessen Führer angetrunken gewesen sein soll, mit voller Gewalt gegen die Bordkante. Das Fahrzeug überschlug sich, und die drei Insassen wurden herausgeschleudert. Der Führer und ein Insasse erlitten Verletzungen, sonst ging die Sache aber noch gut ab.

Für unsere Kinder

Der 10. Jahrestag der russischen Revolution

Liebe Arbeiterkinder!

Ihr alle habt in den letzten Wochen des öfteren in unserer Kinderbeilage von unserem Delegierten Walter Thor erfahren, wie es drüben in Rußland, dem ersten Arbeiter- und Bauernstaat aussieht. Er hat Euch erzählt, daß es den Arbeitern in Rußland viel besser geht als den deutschen Arbeitern.

Vor allen Dingen hat es dort das Arbeiterkind viel besser als bei uns.

Drüben in Rußland hat man viel mehr übrig für das Arbeiterkind, weil man eine gesunde Generation heranziehen will, die später in der Lage ist, die Sowjetunion zu verteidigen, wenn es ein kapitalistischer Staat wagen sollte, die Sowjetunion anzugreifen. Schon heute können wir täglich in der Zeitung lesen, mit welchen gemeinen Mitteln die Kapitalisten Rußland verleumden. Man stellt die Arbeiterführer in Rußland als die größten Verbrecher und Räuber hin! Mit solchen Mitteln will man die Sowjetunion provozieren, damit sie einen Krieg gegen die anderen Staaten beginnen. Diese schamlosen Mittel stören jedoch Rußland nicht. Das Proletariat arbeitet dort weiter für den Ausbau der Sowjetunion bis diese ein gewaltiger Staat ist, an dem sich die Kapitalisten den Kopf einstoßen, wenn sie es einmal wagen sollten, Rußland den Krieg zu erklären.

Der russische Arbeiterstaat feiert nun im Oktober sein zehnjähriges Bestehen. Die Russen haben auch alle Ursache dazu, diesen 10. Oktober als ein Fest zu begehen. Trotz wiederholtem Anstoß der Kapitalisten auf die Sowjetunion ist es ihnen nicht gelungen, diesen Arbeiter- und Bauernstaat zu zerschlagen.

Man wird am 10. Oktober in Rußland ein Fest feiern, an das die Arbeiter in Rußland ihr ganzes Leben denken werden. **Millionen von Arbeitern werden an diesem Tage das Gelöbnis ablegen, ihren Staat mit dem letzten Blutstropfen zu verteidigen.** Man wird wiederum zu Tausenden an der Bahre Lenins, dem toten Führer, vorüberziehen, und dort geloben, in seinem Sinne weiterzuarbeiten. Man wird aber auch zu den Gräbern gehen, wo jene ausruhen, die ihr Leben für die russische Revolution gelassen haben.

Die jungen russischen Pioniere werden an diesem Tage zeigen, daß auch sie gewillt sind, mit an dem Aufbau der Sowjetunion zu helfen. Sie werden in ihren Schulen große Gedenkfeiern veranstalten und alle Arbeiterkinder, die noch nicht durch die kommunistischen Kindergruppen erfaßt sind, aufklären, daß auch sie die Pflicht haben, sich in den Kindergruppen zu organisieren.

Auch wir in Deutschland werden den 10. Jahrestag der russischen Revolution feiern. Jedoch haben wir auch die Pflicht, dafür zu sorgen, daß auch in Deutschland das durchgeführt wird, was die Russen schon vor zehn Jahren fertiggebracht haben, daß auch wir die kapitalistische Gesellschaftsordnung zerschlagen und dafür einen proletarischen Staat errichten. p.

Verfassungsfeier in der Glauchaerschule (Mädchen)

(Verspätete Einsendung eines Jungpioniers)

Wir mußten am Donnerstag, dem 11. August, ½10 Uhr in der Schule sein. Wir gingen in die Turnhalle. Die Verfassungsfeier fing mit dem gemeinsamen Liede „Lobe den Herren, den mächtigen König der Ehren" an. Danach sang der Chor „Lobe den Herren, o, meine Seele". Natürlich sangen wir Pioniere das JSB. nicht mit. Nachdem ein Mädel noch ein Gedicht angesagt hatte, las Herr Rektor S. einen Spruch aus der Bibel vor. Dann wurde das Lied gesungen „Vaterland". Eine Schülerin trug vor: „Ich bin ein deutsches Mädchen!"

Der Lehrer Schmidt erzählte von seiner Reise nach der Tschechoslowakei. Er erzählte, daß die Deutschen da unten ihre Kinder nicht in tschechische, sondern lieber stundenweit in deutsche Schulen schicken. Auch erzählte er uns, daß sie das Essen, die Bücher und alles, was sie zum Lernen brauchen, frei bekommen. Aber davon, daß wir nach der Reichsverfassung unsere Lernmittel auch frei bekommen, hat uns der Lehrer Schmidt nichts erzählt. Fräulein Utescher erzählte dann nach von ihrer Reise durch England. Herr Rektor S. sagte dann noch, daß sich die Verfassung zum achten Male jährte, und daß die Reichsverfassung am 11. August 1919 in Weimar begründet worden sei. Das war alles, was er über den Verfassungstag sprach. Dann wurde das Lied „Treue Liebe bis zum Grabe" gesungen. Am Schlusse der Verfassungsfeier wurde dann noch „Deutschland, Deutschland über alles" gesungen. Viele Arbeiterkinder waren froh, als die Feier zu Ende war, und mußten erkennen, daß sie sich im JSB. organisieren müssen, der einzigen Kinderorganisation, die gegen solche Feiern kämpft.

E. G., 12 Jahre.

Konkordat und bayrische Kulturschande

Für die reiferen Kinder

Das Reichskonkordat steht drohend vor der Tür. Vorbild ist das vom bayrischen Staat mit den römischen Pfaffen unter Ausschluß der Oeffentlichkeit abgeschlossene Konkordat. 32 194 650 Mark mußte Bayern auf Grund dieses Vertrages allein im Jahre 1926 an die Religionsgesellschaften, vor allem an die katholische Kirche abführen. Ueber 32 Millionen erpreßt aus den bayrischen Arbeitern und Kleinbauern. Im Reich dürfte es nach Abschluß des Konkordats, wenn die Arbeiterschaft diesen Abschluß nicht rechtzeitig verhindert, ähnlich kommen.

Veröffentlichungen des bayrischen Statistischen Landesamtes über die Entwicklung von Kirche und Schule in den Jahren 1900 bis 1925 geben einen lehrreichen Einblick in die Folgen des Abschlusses von Verträgen mit der pfäffischen Reaktion. Nach diesen Veröffentlichungen **entwickelten sich die Volksschulen** im genannten Zeitraum wie folgt:

	1900/01:	1925/26:	
Schulen	7 380	7 552	(+ 172)
Klassen	15 028	19 867	(+ 4839)
Lehrer	27 118	19 643	(— 7475)

Fast 7500 Lehrkräfte werden in den bayrischen Volksschulen heute weniger verwendet als vor dem Kriege. Dabei ist die Zahl der Schulklassen um beinahe 5000 gestiegen. Ganze 15 000 Mark hatte im Jahre 1926 die bayrische klerikale Regierung für die „Förderung des Volksbildungswesens" übrig. Von den über 32 Millionen aber ist

die Kirche in Bayern

dick und fett geworden, wie nachstehende Uebersicht zeigt:

	1900:	1925:	
Katholische Pfarren	3024	3288	(+ 264)
Katholische Geistliche	5037	5589	(+ 552)
Protestantische Pfarrereien	1054	1222	(+ 168)
Protestantische Geistliche	1315	1495	(+ 180)

Während heute über 7000 Lehrer weniger beschäftigt werden, haben es die hauptsächlich in Betracht kommenden Religionsgesellschaften fertiggebracht, die Zahl der Pfaffen um über 700 zu steigern. Deutlicher als alle Worte müssen diese Zahlen der deutschen Arbeiterschaft die ungeheure Gefahr aufzeigen, die ihr durch den Abschluß eines Konkordates im Reich und in Preußen droht.

Von welcher Anmaßung gegenüber dem Staat die pfäffische Reaktion ist, geht aus einer Meldung der **„Magdeburger Zeitung"**, eines Organs der Deutschen Volkspartei, hervor, die in ihrer Ausgabe vom 12. Mai schreibt:

„Bayrische Geistliche haben wiederholt bereits Eheschließungen vorgenommen, ohne das eine standesamtliche Trauung erfolgt war, und die bayrische Regierung, die einen Konflikt mit Rom und einen Auslegungsstreit über das Konkordat scheut, hat die Staatsanwaltschaften angewiesen, in solchen Fällen von einer Anklageerhebung gegen die Geistlichen abzusehen. Als in einem solchen Falle Anklage von dritter Seite erfolgte, eine Anklage sich nicht umgehen ließ und angesichts des klaren Tatbestandes eine Verurteilung erfolgen mußte, war am nächsten Tage die Begnadigung des Geistlichen aus München eingetroffen."

Materiell durch Zollraub, Lohnminderung, Arbeitszeitverlängerung und einer ganzen Reihe weiterer sozialreaktionärer Maßnahmen, ideell durch Jugendschutz, Schulgesetz und Konkordat soll nach den Plänen der Bürgerblockregierung die Lebenshaltung des deutschen Arbeiters auf ein tieferes Niveau gebracht werden, um um so sicherer die imperialistischen Pläne der deutschen Bourgeoisie durchführen zu können!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270919-12/fragment/page=0009

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Um das Weißenfelser Krankenhaus

Was tut das Schrumpfparlament? Will man nicht endlich den vertriebenen Pächtern helfen?

Unser Aufsatz, den wir kürzlich über die hiesigen kommunalen Verhältnisse veröffentlichten, hat in breitesten Kreisen der hiesigen Bevölkerung lebhaften Widerhall gefunden. Zahlreiche mündliche und schriftliche Zustimmungen auch seitens städtischer Angestellter und Beamten gingen uns zu. Heute wollen wir uns erneut mit der gegenwärtig brennendsten Frage, dem Krankenhausbau, beschäftigen. Es soll nämlich losgehen! „Man" will wirklich auf dem Gelände an der Naumburger Straße bauen. Und das sieht so aus.

Bekanntlich war der Plan, der etwa 26 Morgen groß ist, Kleingartenkolonie. Seit etwa Jahresfrist liegt das ganze Stück brach, weil die Gartenpächter ganz rigoros behandelt wurden. Bisher hat man den Leuten, alles arme Teufels, auch nicht das geringste Entgegenkommen gezeigt. **Weder eine Entschädigungsfrage, noch Aussichten auf Einrichtung eines neuen Geländes hat man mit den Pächtern besprochen!** Glaubt man denn im Magistrat, so mit ihnen umspringen zu können, bloß weil es Arbeiter sind? Man wollte ihnen ein Stück Land am neuen Wasserwerk anbieten.

Aber abgesehen davon, daß das Gelände dort höchst ungeeignet ist, ist das spaßigste, daß die beiden dafür Verantwortlichen, der Magistratsbeamte Krohne und der Dezernent, der sozialdemokratische Stadtrat Chlebowitz, scheinbar nicht über die Zuteilung einig werden. Und dann redet man auf der Kleingärtnertagung dicken Schmus von der „eigenen Scholle" und ähnlichen Kohl. Zum Beispiel der Sozialdemokrat Wieglepp und neben ihm der unverwüstliche deutschnationale Herr Thönes, der immer das Unglück hat, mit seinen Reden Unheil anzurichten. Auch der Vorstand des Kleingärtnerverbandes hat sich den Teufel um die Sache geschert, besonders der gute Papa Zink, dessen Wahlspruch lautet: Der Kleingarten ist die Visitenkarte des Besitzers! (Man sehe sich daraufhin nur mal den seinigen an!)

Also 26 Morgen liegen brach. Das Gelände sieht aus wie eine afrikanische Steppenwildnis. Mindestens 500 Zentner Kartoffeln und andere Feldfrüchte sind verloren durch den nicht getätigten diesjährigen Anbau. In den Stadtäckel fließt immer das Pachtgeld. Einige Löcher, etwa drei Meter tief, hat man gebuddelt, eine Gefahr für die dort spielenden Kinder. Jetzt fängt man am anderen Ende an. Längs des Zeitzer Bahndammes soll ein etwa 60 Meter breiter und 300 Meter langer „Waldstreifen" angelegt werden. Nach Ansicht der Fachleute wird dieser „Wald" allein so teuer, wie das ganze Krankenhaus zusammen. Und der Effekt? Ehe die anzupflanzenden Jungfichten so groß sind, daß sie gegen den Staub und Bahnruß einen wirksamen Schutz bilden, brauchen wir womöglich schon wieder ein neues Krankenhaus! Aber das schönste ist, daß man den eigentlichen Bau nun nicht etwa so weit wie möglich vom Bahnhamm wegbringt, fordern gerade umgekehrt! Den Rest des Geländes verwendet man — zu Kleingärten für den Verein „Gesundheitspflege"! Also im oberen (ungünstigsten) Teile bringt man rücksichtslos die Kleingärtner weg und gibt den zum Bauen am vorteilhaftesten gelegenen ab. „Wäre dieser Plan nicht so verflucht gescheit, man wäre versucht, ihn herzlich dumm zu nennen!"

Muß doch der Weißenfelser Magistrat pfiffige Sachberater haben! Aber er darf nicht glauben, daß nun, weil die hiesige Arbeiterschaft durch den Starrsinn der Regierungsinstanzen zurzeit ohne Vertretung ist, mit der derzeitigen Stadtverordneten„mehrheit" lustig drauflos gewurstelt werden kann!! Wir verlangen vom Magistrat schleunigst folgende Erklärung:

Wann endlich wird mit dem Bau des Krankenhauses begonnen? Wohin wird dasselbe gebaut? Ist man bereit, den schwer geschädigten Kleinpächtern in irgendeiner Form entgegenzukommen?

Wir werden die Dinge scharf im Auge behalten und uns nicht scheuen, baldigst mit neuem Material aufzuwarten!

Zwei Sitzungen der Theißener Gemeindevertretung

Die Gemeindevertretersitzung am 1. September hatte eine reichhaltige Tagesordnung. Punkt 1, Rechnungslegung und Entlastungserteilung, wurde auf Antrag unseres Genossen Sch. als Punkt 2 verhandelt, da unser Genosse P. von der Rechnungsprüfungskommission erst später erscheinen konnte. — Reparatur an den Gemeindehäusern wurde genehmigt. Das erste neue Gemeindehaus ist und bleibt scheinbar ein Schmerzenskind für die Gemeinde, da eine Decke nach der anderen schon erneuert werden muß und bereits viel Geld unnütz verschlungen hat. Punkt 2, Rechnungslegung, ergab eine heftige Diskussion. Die Ausführungen unseres Genossen P. wurden selbst von der Bürgerfraktion anerkannt, indem die Entlastungserteilung vertagt wurde, trotz aller Ueberredungskünste des Gemeindevorstehers Schneider. Die Annahme einer Biersteuer wurde von unseren Genossen abgelehnt, jedoch mit 7 gegen 6 Stimmen angenommen. Der Bau eines Zwölffamilienhauses wurde von unseren Genossen stark befürwortet und einstimmig angenommen. Der Bau eines Schwimmbades ist eine Notwendigkeit für das Allgemeinwohl und fand daher allgemeine Zustimmung. Bei der Beratung über das Ortsstatut über den Verkehr und Benutzung des Gemeindeangers zeigte sich der rückschrittliche Geist der Bürgerfraktion, so daß selbst einer ihrer Vertreter dagegen stimmte. Trotzdem wurde dieses mit 8 gegen 7 Stimmen angenommen. Dadurch wird den Kindern der Anger als Spielplatz entzogen. Hoffentlich wird nun der Gemeindevorsteher von den fröhlichen Kinderstimmen nicht in seinem Mittagsschlafchen gestört. Die Aufstellung von Plakatsäulen wurde einstimmig abgelehnt. Die Armensachen wurden entsprechend den Kommissionsvorschlägen erledigt. Der Antrag Paul Böttcher mußte vertagt werden. **Im Punkt Verschiedenes wurde den Hochwassergeschädigten in Sachsen 50 Mark bewilligt. Der Antrag der KPD. wurde durch unsere Genossen eingehend begründet und erfreulicherweise für diese Kinderhilfe 50 Mark einstimmig bewilligt.**

Am 12. September fand die nächste Gemeindevertretersitzung statt. Als 1. Punkt war wieder Rechnungslegung und Entlastungserteilung. Nach verschiedenen Richtigstellungen wird sodann Entlastung erteilt. — Bei Festsetzung des Termins, an welchem die Biersteuer in Kraft treten soll, wird von unseren Genossen nochmals vergebens beantragt, dieselbe abzulehnen. Gegen die Stimmen unserer Genossen wird ab ersten Oktober d. J. dieselbe mit 5 Prozent in Kraft treten. — Bei der Hindenburg-Spende setzte man sich für diesen Wohltätigkeitsrummel von seiten der Bürgerlichen warm ein. **Unsere Genossen brandmarkten den Betrug an den Kriegsopfern von seiten des Staates und stellten den Antrag, diese Summe den Hilfsbedürftigen am Orte zukommen zu lassen, und den alten Invaliden eine Kartoffelbeihilfe zu geben. Der Antrag der KPD. wurde durch Annahme der Hindenburg-Spende abgelehnt,** und so wurden gegen unsere Stimmen 50 Mk. zur Hindenburg-Spende bewilligt. Eigentümlich war das Verhalten des Stahlhelmführers als Zuhörer, welcher unsere Genossen durch dauernde Zwischenrufe glaubte stören zu müssen. Wir danken für seine Weisheit! In Verschiedenen wurden noch einige Sachen zur Kenntnis genommen.

Zeitz. Die Polizei sieht immer noch Gespenster. Die Beschützer der bürgerlichen Unordnung befinden sich seit der Zeit, als die zwölf lumpigen Gewehre hier in der Gegend beschlagnahmt wurden, in einer Verfassung, die fast an das Konnersreuther Wunder herankommt. Ueberall sieht sie etwas, was gar nicht existiert, oder wenn es näher untersucht wird, sich als vollständig harmlos herausstellt. Dieser Tage wurde Genosse Reinhard, Rothestraße, zur Polizei bestellt. Eine gewisse Frau Curt hatte ihn bei der Polizei als Waffenschieber denunziert. Die außerordentlich tüchtige Zeitzer Polizei hatte nichts eiligeres zu tun, als den Genossen in ein hochnotpeinliches Verhör zu nehmen. Dabei stellte es sich heraus, daß man die tüchtigen Kriminalisten wieder einmal schwer auf den Arm genommen hatte. Genosse Reinhard hatte Theatergarderobe zu Radde gebracht und da waren vier alte Holzgewehre (!) dabeigewesen. Das war aber für die tüchtigen Beamten Grund genug, einen Kommunisten einmal auseinanderzunehmen. Nun, jeder blamiert sich, so gut er nur kann.

Zeitz. Unfälle. Auf der Geußnitzer Straße wurde gestern abend, ½6 Uhr, kurz vor Geußnitz, ein Arbeiter aus Sugdorf (Radfahrer) von einem mit vier Personen besetzten Kraftwagen überfahren. Der Radfahrer versuchte, kurz vor dem Auto die andere Straßenseite zu gewinnen und wurde dabei vom Motorlasten erfaßt und durch die Schutzscheibe des Autos geschleudert. Hierbei erlitt er bedenkliche Verletzungen im Gesicht und am rechten Fuß. Er wurde mittels Geschirrs sofort zum Krankenhaus gebracht. Dort wurde Bruch des rechten Oberschenkels und Gehirnerschütterung festgestellt. Das Rad ging in Trümmer, das Auto ist erheblich beschädigt. Die Schuld dürfte den Radfahrer treffen, der die Signale des Autos überhört hat. — Von einem Motorradfahrer wurde gestern ein Mann gegen 6½ Uhr nachmittags in der Nähe der Eisernen Brücke in der Badstubenvorstadt überfahren. Er erlitt Verletzungen am Oberschenkel, die ihn auf den Rat des Arztes immerhin veranlaßten, sich ins Krankenhaus zu begeben, wo eine Darmgerreißung festgestellt wurde.

Rößuln. Die Freidenker gegen Reichsschulgesetz. Die am 11. September vom Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung, Ortsgruppe Rößuln und Umgegend, einberufene Protestkundgebung war ein Zeichen der wachsenden Einheitsfront sämtlicher Arbeiterorganisationen für die freigeistige Bewegung. Der Reichsbannerkamerad Bloofeld hatte Abstand genommen, an der Demonstration teilzunehmen, weil der RFB. in Uniform erschienen war. Auf dem Sportplatz Wählitz fand zum Schluß eine Versammlung statt, in der ein Lehrer aus Leipzig das Referat hielt. Er legte in ausführlichen Worten den Versammelten klar, was die Reaktion aus den Volksschulen machen will, nämlich die Erziehung unserer Kinder in die Hände der Pfaffen zu legen, damit sie zu Duckmäusern und unfreien Menschen werden. Der Redner erntete starken Beifall. Er brachte zum Schluß ein Hoch auf die Weltlichkeit des gesamten Schul- und Erziehungswesens aus, in das alle kräftig einstimmten. Sodann wurde noch eine Protestresolution vom Vorsitzenden des Verbandes für Freidenkertum und Feuerbestattung, Ortsgruppe Rößuln, verlesen, die die Weltlichkeit des gesamten Schulwesens fordert. Sie fand einstimmige Annahme.

Mansfeld-Sangerhausen

Bezirkskonferenz der Rentner in Hunger-Mansfeld

Der Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands, Bezirk Mansfeld, hielt am 11. September im „Volkshaus" zu Eisleben eine Bezirkskonferenz ab. Außer den zahlreich erschienenen Delegierten der beiden Mansfelder Kreise und des Stadtkreises Eisleben, waren als Gäste die Kollegen Heermann von Hauptvorstand, Gauleiter Schneider, Magdeburg, sowie Knappschaftsdirektor Beling und der SPD.-Landtagsabgeordnete Christange, Eisleben, anwesend.

Nachdem die Konferenz um 10 Uhr durch den Bezirksleiter Burghardt, Siersleben, eröffnet und die Gäste begrüßt waren, sprach Herr Beling über den „Standpunkt der Bezirksknappschaft betr. Nachzahlung der Pension vom 1. Januar 1924 an die betreffenden Knappschaftspensionäre". Der Sinn der vielgewundenen Worte, die er großzügig juristisch formuliert den Delgierten zu Gehör brachte, war der:

Die Pensionäre sind formell im Recht! Aber, die Bezirksknappschaft hat kein Geld. Und wo nichts ist, hat — das dürfte er angeblich heute nicht mehr sagen — selbst der Kaiser das Recht verloren!

In seinen weiteren Ausführungen versuchte B. insofern einen Keil zwischen Pensionäre und Knappschaftsmitglieder zu treiben, indem er die hohen Abzüge der Versicherten bejammerte, womit er leider bei vielen Knappschaftsältesten und Versicherten auch früher schon Erfolg gehabt hat. Gewiß, sind die Beiträge von 17½ v. H. bei dem Hundelohn den die Mansfeld A.-G. zahlt, für die Versicherten nicht tragbar. (Es gibt einen besseren Weg, die Versicherten davon zu befreien. D. B.)

Den weiteren Ausführungen des B. nach, müßten die Pensionäre, die noch in Arbeit stehen,

„die Pension für ein Gottesgeschenk ansehen".

Da dieselben, ehe sie die Pension erhielten, doch nur auf ihren Lohn angewiesen waren. Im selben Atemzuge mußte er wiedez zugeben, daß die Pensignäre formell im Recht wären, laut Reichsversicherungsgerichtsurteil, das nicht angefochten werden kann. Aber er ließ durchblicken, **daß die Reichsknappschaft das Urteil vielleicht späterhin doch revidieren lassen würde.** — Da Herr B. eine große Rolle in der nationalen Bewgung spielt, wird er ja ungefähr wissen, wann der Zeitpunkt zum „Revidieren" gekommen ist. —

In der Diskussion sprach u. a. Kollege Schneider, Magdeburg. Derselbe verstand es treffend, die Ausführungen des B. zu widerlegen. An Hand von Beweismaterial legte er dar, daß der Zentralverband 1½ Jahr die Klage der betreffenden Pensionäre vor den verschiedenen Instanzen vertrat, bis die höchste Instanz, das Reichsversicherungsgericht, zugunsten der Pensionäre entschied. Die Pensionäre haben keine Ursache, auf ihr Recht zu verzichten. Vielleicht würden sie sich zu einem Kompromiß bereit erklären. (Was natürlich zu verwerfen ist. D. B.)

Kollege Wessel führte aus, daß das Unternehmertum drauf und dran ist, das Knappschaftsgesetz überhaupt zu beseitigen, weil angeblich die sozialen Lasten für dasselbe nicht tragbar sind. Auf der anderen Seite steht fest, **daß die Berggewaltigen jährlich kolossale Gewinne aus den Knochen der Kumpels herausrationalisieren.** Um aus dem Chaos herauszukommen, müssen sich die Mansfeld-Kumpels die Forderung der Ruhrbergleute zu eigen machen: **Sämtliche Knappschaftslasten werden auf die Tonnenzahl der geförderten Kohle umgelegt, d. h., die Bergherren tragen die Lasten allein. Dasselbe würde auch für den Erzbergbau anzuwenden sein."** Somit würde auch die Mißstimmung zwischen Pensionären und Versicherten aus der Welt geschafft. Der starke Beifall bewies, daß Kollege Wessel den Delegierten aus dem Herzen gesprochen hatte.

Nach einigen belanglosen Erwiderungen des Beling auf die Vorredner, teilte derselbe mit, daß auf der Tagung des Bezirksknappschaftsvorstandes am 22. September auf jeden Fall zu dieser Frage Stellung genommen wird.

Nach kurzer Pause erläuterte Bezirksleiter Burghardt, welche Gefahren dem Reichsknappschaftsgesetz bzw. den Pensionären noch bevorstehen, wenn die gesamte Bergarbeiterschaft und die Pensionäre nicht gerüstet sind. Eine von ihm vorgelegte Resolution an das Reichsarbeitsministerium, worin gegen jede Verschlechterung des Reichsknappschaftsgesetzes protestiert wird, wurde von den Delegierten angenommen.

Zur sozialpolitischen Lage sprach Kollege Heermann, Berlin. An Hand von Beispielen führte er den Anwesenden das Vertrauensärztesystem der Berufsgenossenschaften vor Augen. Durch diese Vertrauensärzte wird meist den Unfallverletzten durch einmalige Untersuchung großes Unrecht zugefügt, wofür die Aerzte dann auch riesige Spesen von den Berufsgenossenschaften erhalten. Die Unfallverletzten fordern: **„Hinweg mit den Vertrauensärzten der Berufsgenossenschaften."**

Mit der Invalidenrente beschäftigte sich Redner ebenfalls. Er gab den Invaliden — da die Wahlen bevorstehen — zu verstehen, daß sie aufpassen müssen, daß sie nicht wieder die Kälber werden, die ihre Metzger wählen.

Nach kurzer Diskussion, in der Kollege Wessel den Anwesenden klarlegte, **daß man für die Fürsten und sonstige Standesherren Millionen und aber Millionen zur Verfügung hätte, aber für die hungernden Invaliden nichts** und daß man sich von seiten gewisser Parteien schon wieder bemüßigt fühle, auf die Wahlen aufmerksam zu machen, war dieser Punkt erledigt.

Nach Besprechung interner Angelegenheiten konnte Bezirksleiter Burghardt die Konferenz um 15 Uhr schließen.

Für die Delegierten heißt es: Das Gehörte zum Aufbau der Organisation zu verwerten, gleichzeitig aber auch dahin zu wirken, daß alle bei kommenden Wahlen nur der Partei ihre Stimme geben, die restlos für die Invaliden eingetreten ist, das ist die **Kommunistische Partei!**

Schraplau. Protestentschließung an den Reichstag gegen den Entwurf zum Reichsschulgesetz. Die am 11. September tagende Mitgliederversammlung der KPD., Ortsgruppe Schraplau, sowie die am selben Tage stattgefundene Mitgliederversammlung des „Verbandes für Freidenkertum und Feuerbestattung" Ortsgruppe Schraplau protestieren gegen den verfassungswidrigen Entwurf zum Reichsschulgesetz. Sie sehen in dem Entwurfe die Auslieferung der Schule und des Erziehungswesens an die Kirche. Unsere Kinder sollen zu freien Menschen mit selbständigem Denken erzogen werden. Die Herrschaft der Kirche über die Schule macht die Kinder zu Duckmäusern und unfreien Menschen. Wir fordern die Weltlichkeit des gesamten Schul- und Erziehungswesens. Fort mit dem Reichsschulgesetzentwurf!

Nordhausen

Nordhäuser Stadtverordnetensitzung

Die Tagesordnung umfaßt 24 Punkte. Vor Eintritt in die Tagesordnung werden folgende Anfragen an den Magistrat gerichtet:

Stadtverordneter Pilipp (Dem.) hat eine Anfrage betr. der Hochschulkurse, zu dem er noch spätere Ausführungen machen will. Stadtverordneter Schmidt (Soz.) richtet die Anfrage: Ob die zur Verfassungsfeier der Kinder bewilligten 1500 Mark restlos in diesem Sinne verbraucht sind. Genosse Urban (Kom.) will wissen, was für eine Entscheidung in der Unterschlagungsangelegenheit im Elektrizitätswerk getroffen sei. Stadtverordneter Pilipp (Dem.) meldet sich dann zu Worte:

Auf Antrag seiner Fraktion vor einigen Monaten, wäre dem Magistrat ein Antrag zugegangen, wonach derselbe nach dem Beispiele anderer Städte Hochschulkurse für Beamte des Reichs, des Staates und der Stadt zu deren Fortbildung einzurichten habe. Wie groß das Bedürfnis sei, wäre schon daraus zu ersehen, daß sich 80 Hörer, darunter allein 35 aus den Reihen der städtischen Beamten gemeldet hätten, die sich mit 15 Mark beteiligen wollten. Die Zuschüsse sind nicht unerschwinglich. Mit 2000 Mark und Zurverfügungstellung eines Hörraumes, sei alles getan. Der Kursus wäre nicht nur für Beamte, sondern auch für Kaufleute, Handwerker usw. gedacht. Unser Genosse Urban hat arge Bedenken hinsichtlich der Einrichtung von Hochschulkursen. Er fürchtet die Hervorzauberung von studentischen Verbindungen. Er wünscht im Namen seiner Fraktion, daß auch Betriebsräten eine Beteiligung an den Kursen gewährt wird. Sodann fordert er ein Einschreiten des Magistrats gegen die hohen Preise der Metzgermeister. Der Antrag der Demokraten findet instimmig Annahme

Sodann nimmt Oberbürgermeister Dr. Baller das Wort auf die Anfrage des Genossen Urban, wegen der bekannten Unterschlagung beim Elektrizitätswerk. Er erklärt dazu, daß, wie seinerzeit vom Magistrat beschlossen wurde, die Organisation am Werk eine völlige Umstellung erfahren habe.

Man sei jetzt dabei, neue Beamte einzustellen. Weitere Verfehlungen seien nicht aufgedeckt worden. Seit zwei Monaten habe der Oberbürgermeister selbst das Dezernat für das Elektrizitätswerk übernommen.

Bei Punkt 2 und 3 handelt es sich um die Kenntnisnahme des Geschäftsberichts der Sparkasse für das Jahr 1926 und der Gewinn- und Verlustrechnung der Kommunalbank.

Punkt 4 sieht die Aufnahme eines Restdarlehns zur Ablösung der Vorkriegsanleihen vor. Es handelt sich um den Betrag von 8362 Mark. Die Kommunistische Fraktion übt Stimmenthaltung. Der nächste Punkt 5: Erhöhung der Gesellschafteteinlage für mitteldeutsche Heimstätten von 700 auf 1500 Mark wird gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Die Kämmereikasse hat bei Abschluß einen Ueberschuß von 39 627 Mark. Kleinere Vorlagen werden in rascher Reihenfolge erledigt. Ueber die Nachbewilligung von Mitteln für das Freibad referiert ein Demokrat. Es waren 204 000 Mark bewilligt. Es sind aber weit höhere Kosten entstanden. Einmal lag das an dem starken Auftreten des Grundwassers, zum anderen sind auch höhere Löhne gezahlt. Weiter sind noch eine Reihe Verbesserungen vorgenommn worden. Es sind noch 36 000 Mark nachzubewilligen, so daß sich die Anlage auf 240 000 Mark stellt.

Die Aussprache

wird von unserem Genossen Urban eröffnet. Er bemängelt den zu hohen Eintrittspreis und, daß zu wenig Personal vorhanden sei. Er beantragt ferner, daß den Arbeiter-Samaritern eine angemessene Entschädigung für geleistete Dienste gezahlt wird. Der Genosse Urban ersucht den Magistrat, dafür zu sorgen, daß den Unbemittelten auch Gelegenheit geboten würde, das Bad zu besuchen.

Eine weitere Aussprache beanspruchte noch der Punkt 24: Festsetzung der Mieten für die im Baujahr 1927 hergestellten Flachbauten an der Bleiche. Der Magistrat beschloß, die Mieten auf monatlich 38 Mark festzusetzen. Diesem Beschlusse wird widersprochen, da die Mieten im allgemeinen zu hoch sind. Die SPD. beantragte, die Mieten herunterzusetzen auf 30 Mark. Unsere Genossen beantragten: die Mieten auf 25 Mark festzusetzen. Man sollte diese Sache nicht von dem Fragebogen, der besagt, wieviel verdient eine Frau und ein Mann, abhängig machen. Er erläutert noch einen Fall, bei dem die Familie immer mehr zurückkäme, da das Wohnungsamt in dieser Angelegenheit noch nichts getan hätte, trotzdem die Notwendigkeit vorläge.

Es folgte noch eine Aussprache über den Reichsschulgesetzentwurf mit folgender Entschließung:

„Die Stadtverordnetenversammlung der ehemals Freien Reichsstadt Nordhausen erhebt hiermit Einspruch gegen den neuen Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Artikels 146 Abs. 2 und 149 RV. und erklärt: „Dieser Entwurf öffnet der Zerschlagung der vollausgebauten, leistungsfähigen städtischen Volksschulen Tür und Tor und entsagt einen Schulstreit innerhalb der Stadt und Elternhäuser, wie er unheilvoller nicht gedacht werden kann. Die unausbleibliche Folge der Zersplitterung der Schule in wenigklassige Systeme ist die Herabwendung ihrer Leistungsfähigkeit unter stärker Erhöhung der Kosten. Der Entwurf untergräbt den Einfluß der Stadt auf Errichtung von Schulen und hindert damit den Schulfortschritt. Mit aller Entschiedenheit wehrt sich die Stadtverordnetenversammlung dagegen, daß die Schulhoheit des Staates und der Gemeinde zugunsten der Kirchen und Weltanschauungen preisgegeben, die Errichtung von Volksschulen der Gesamtheit der Bürgerschaft oder ihrer gesetzlichen Vertretung entzogen wird, während der Staat nur die Pflicht bleibt, die erhöhten Schullasten aufzubringen. Daher fordert die Stadtverordnetenversammlung im Interesse der Finanzen, der Gesamtheit der steuerzahlenden Bürger, sowie des öffentlichen Friedens, die Volksvertretung auf, dahin zu wirken, daß dieser Entwurf nicht Gesetz wird."

Genosse Urban stellt den Antrag, die Entschließung noch zu erweitern und Streichung der Paragraphen 146,2 und 149 der Verfassung zu fordern. Die Entschließung wird

mit 15 Stimmen der Linken gegen 3 Stimmen der Rechten bei 3 Stimmenthaltungen angenommen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270919-12/fragment/page=0010

Bitterfeld-Wittenberg

Raubüberfall in der Dübener Heide

Ein Radfahrer überfallen und schwer verletzt — Wo steckt die Polizei?

In der an Sonntagen besonders stark belebten Dübener Heide wurde am Sonntagnachmittag ein ebenso schweres wie dreistes Verbrechen verübt. Dadurch, daß sich die Polizeibehörde in Schmiedeberg sehr viel Zeit ließ, wurde die Verfolgung des Täters unmöglich gemacht. Es ist absolut unverständlich, wie sich ein derartiges Vorkommnis abspielen konnte. Die Polizei, die sonst bei jedem Dreck ihre Nase dazwischen hat, hat hier wieder mal glänzend versagt. Wir erfahren darüber:

Am Sonntag in der 17. Stunde ist zwischen Söllichau und Schmiedeberg ein jugendlicher Radfahrer von einem unbekannten älteren Mann überfallen worden. Der Unbekannte hatte es offenbar auf das Rad des jungen Mannes abgesehen. Als dieser sich zur Wehr setzte, gab der Räuber mehrere Schüsse auf den Radler ab. Automobilisten aus Leipzig brachten den Verletzten zu einem Arzt nach Schmiedeberg. Der Täter war inzwischen geflüchtet.

Der Ueberfallene stammt aus der Umgebung von Wittenberg.

Schlechte Lage auf dem Arbeitsmarkt

für den Kreis Bitterfeld

Der Bedarf an Arbeitskräften ist erheblich zurückgegangen und kann mit Ausnahme von Maurern und Arbeitskräften für die Landwirtschaft in vollem Umfange örtlich gedeckt werden. Zum Teil dürfte jedoch **der Rückgang des Bedarfes auf die für den Bergbau bevorstehendenm Lohndifferenzen zurückzuführen sein.**

Landwirtschaft: Wie bereits oben erwähnt, bestehen noch immer Schwierigkeiten, den durch die Nachfrage nach Arbeitskräften für die Hackfruchternte gesteigertn Bedarf der Landwirtschaft zu befriedigen. Vermittelt wurden eine Schweizerfamilie, 1 Knecht und 4 Stall- und Feldmägde. Zugewiesen sind 2 weitere Knechte und drei Familien. Größerer Bedarf ist noch vorhanden an Familien mit Hofgängern, Knechten, Stall- und Feldmägden. Es besteht jedoch begründete Aussicht, diesen Bedarf wenigstens zum Teil in Kürze im Wege des zwischenörtlichen Ausgleiches zu decken.

Bergbau: Wie erwähnt, ist der Bedarf erheblich zurückgegangen. Vermittelt wurden 12 Abraumarbeiter, davon 11 von auswärts, zugewiesen sind weitere 7 Abraumarbeiter. Die noch gemeldeten offenen Stellen (15 Gruben- und 10 Abraumarbeiter) konnten in der Berichtswoche nicht getätigt werden. Bedarf ist noch gemeldet für 10 Ziegeleiarbeiter. Die Belegschaft einer Ziegelei im hiesigen Bezirk befindet sich zurzeit im Ausstand. Soweit Bedarf an weiblichen Arbeitskräften gemeldet war, konnte er durch Zuweisung vereinzelt gedeckt werden.

Metallgewerbe: Auch im Metallgewerbe ist ein gewisser Rückgang des Bedarfes zu verzeichnen. Gesucht werden noch 1 Schmied und 5 Klempner. Vermittelt wurden 14 Facharbeiter, weitere 2 Facharbeiter sind zugewiesen.

Chemie: Der Bedarf an männlichen Arbeitskräften konnte nach wie vor örtlich gedeckt werden. Vermittelt wurden 2 Maschinisten und 11 Arbeiter, weitere 8 Arbeiter sind zugewiesen. Für Arbeiterinnen sind noch etwa 15 offene Stellen gemeldet. Vermittelt wurden 43 Arbeiterinnen, davon 16 von auswärts.

Holzgewerbe: Zu besetzen ist lediglich noch eine Stelle für einen Korbmacher. Vermittelt wurden 1 Tischler und 1 Stellmacher. Nahrungs- und Bekleidungsgewerbe: Der gemeldete geringe Bedarf konnte voll gedeckt werden. Baugewerbe: Veränderungen gegenüber der Vorwoche sind nicht eingetreten. Der Bedarf an Zimmerern konnte voll gedeckt werden. Vermittelt wurden 23 Zimmerer. Gesucht werden noch außer Maurern Glaser und Dachdecker. Verkehrsgewerbe: Der gemeldete geringe Bedarf konnte in vollem Umfange befriedigt werden. Gesucht wird 1 Chauffeur für einen Personenwagen.

Arbeit aller Art: Gesucht werden zurzeit noch 30 Arbeiter, die in der kommenden Woche beschafft werden können, da wegen Beendigung verschiedener Erdarbeiten mit größeren Zugängen an derartigen Arbeitsuchenden zu rechnen ist. Vermittelt wurden 25 Arbeiter und 2 Arbeiterinnen. Gast- und Hauswirtschaft: Vermittelt wurde 1 Hausmädchen für Gastwirtschaft, 4 Hausmädchen und 2 Aufwärterinnen für Hauswirtschaft. Weitere zwei Zuweisungen für offene Stellen sind erfolgt. Gesucht werden noch 2 Hausmädchen.

Angestellte: Die Lage ist nach wie vor ungünstig. Vermittlungen konnten in der Berichtswoche nicht getätigt werden.

Die Zahl der männlichen Arbeitsuchenden (ohne Notstandsarbeiter) beträgt 103, die der weiblichen 153. Die Zahl der Beschäftigten bei der Notstandsarbeit in Gräfenhainichen ist weiter auf 97 (davon 68 von auswärts) zurückgegangen.

Unterstützt werden in der Stadt Bitterfeld 32 männliche und 1 weiblicher, im Krise Bitterfeld 35 männliche und 11 weibliche, insgesamt also 79 Hauptunterstützungsempfänger mit 38 Angehörigen.

Auf Grund des Krisenfürsorgegesetzes wurden 2 männliche und 1 weiblicher Erwerbsloser unterstützt, davon 1 männlicher Erwerbsloser der Stadt Bitterfeld.

Die Maske herunter, Herr Konrektor Schleese!

Wir würden auf den neuesten Artikel im Organ des Wittenberger Mietervereins, dem „Volksboten", nicht näher eingehen, wenn nicht die Gefahr bestünde, daß Schleese mit seinen Unrichtigkeiten und gefälschtem Zahlenmaterial tatsächlich Leute finden könnte, die ihm seinen Kohl glauben. Schleese wirft unserem Genossen Behnke vor, er verstünde von Schulfragen so viel wie ein Blinder von der Farbe. Die Zahlen, die wir angeführt haben, um zu beweisen, wie die höheren Schulen vor der Volksschule bevorzugt werden, stimmten nicht, seien ohne Beziehung zu anderen Faktoren angeführt usw.

Schleese schreibt in seinem Blättchen:

„Um einmal an der Hand von Zahlen zu zeigen, wie wenig beweiskräftig die von Herrn Behnke nicht einmal genau berechneten Prozentsätze, auf die er ja so stolz ist, sind, seien hier folgende Zahlen angeführt: Steigerung der Stadtzuschüsse für Schulen: 1. für das Lyzeum: 74½ Prozent, 19½ Prozent, 11½ Prozent. 2. für die Mittelschule **im Jahre 1925 Senkung der Zuschüsse** um 32 Prozent, 1926 Steigerung 91¾ Prozent, 1927 Steigerung 27 Prozent (nicht 24 Prozent). 3. Volksschule: 47½ Prozent, 2½ Prozent, 7 Prozent. Berufsschule: 360 Prozent, 32⅓ Prozent, 31¼ Prozent. Diese Zahlen beziehen sich auf die Jahre: 1924—1927. Was lehren diese Zahlen? Daß diese Zahlen **aus dem Zusammenhang und ohne Beziehung zu anderen Faktoren angeführt, nicht die geringste Beweiskraft haben,** sonst müßte man ja zu dem Ergebnis kommen, die Berufsschule sei stets und ganz außergewöhnlich (360 Prozent) bevorzugt, das zu behaupten, fällt keinem denkenden und leidlich über Schulfragen unterrichteten Menschen ein."

Mit einem Roßtäuscherkniff sucht Schleese hier die ja auch in dem von ihm vorgebrachten Zahlenmaterial enthaltene ungeheuerliche Benachteiligung der Volksschulen auf Kosten der höheren Schulen zu vertuschen. Wir haben nämlich die Berufsschulziffern in dem von uns veröffentlichten vergleichenden Zahlenmaterial nicht angeführt, um nicht Zahlen zu bringen, die „ohne Beziehung zu anderen Faktoren" stehen. Die Steigerung von 360 Prozent bei der Berufsschule ist im Jahre 1925 deswegen entstanden, weil diese zum größten Teil wegen der Verlegung der Räumlichkeiten ganz neu eingerichtet werden mußte. Stimmt das oder stimmt das nicht, Herr Schleese? Ferner fälscht der ehrenwerte Konrektor. Nach seiner Aufstellung muß man der Auffassung sein, daß die Zuschüsse zur Berufsschule in den Jahren 1926 und 1927 sich um 32⅓ resp. 31¼ Prozent erhöht haben.

In Wirklichkeit haben sie sich um diese Prozentsätze verringert. Dasselbe trifft zu auf die 2½prozentige „Steigerung" der Volksschulzuschüsse im Jahre 1926.

Das zu dem Zahlenmaterial. Wir sind überzeugt, **daß Schleese, als er Konrektor wurde, besser rechnen konnte.** Aber eine Frage, Herr Konrektor mit dem demokratischen Unterbewußtsein. Wenn Sie so ein warmes Herz und solch einen „Seherblick" für die Schule haben — die andern sind ja nur blind —, warum haben Sie mit Ihrer sogenannten Mieterfraktion dann bei der Etatberatung die kommunistischen Anträge für die Volksschule restlos, ohne sie überhaupt eines Blickes zu würdigen, niedergestimmt? Sie wissen doch, ehrenwerter „Schulfachmann": Anstellung eines Schularztes, Einführung obligatorischer Schulzahnpflege, Lernmittelfreiheit usw., Forderungen, die von Ihren eigenen Kollegen und den Elternbeiräten erhoben wurden und die einzig und allein die kommunistische Fraktion vertreten hat, deren Mitglied, unser Genosse Behnke, von Schulfragen so viel versteht „wie ein Blinder von der Farbe" — nach Schleese. Wir überlassen das Urteil der Wählerschaft. Wir bemerkten im übrigen schon in unserem letzten Artikel, daß Schleese nicht begreifen will oder kann, um was es sich für uns als Kommunisten bei diesem Kampf um die Schule handelt. Nochmals: Schleese ist der Typ des deutschen Oberlehrers in des Wortes schlimmster Bedeutung. Er regt sich darüber auf, daß wir schrieben, die Lehrer nehmen die Auswahl der Tüchtigen bewußt oder unbewußt nach dem Grade des Geldbeutels vor. Schleese meint, das sei eine ehrabschneidende Behauptung, für die er den Beweis erwartet. Wenn Schleese lesen kann — und das nehmen wir doch an —, so verweisen wir ihn auf denselben Artikel, in dem unsere Behauptung steht. Wir schrieben dort, daß Schleese selbst gesagt und geschrieben hat, daß nicht genügend begabte Volksschulkinder gefunden worden seien, die als Freischüler für die Mittelschule in Frage kommen. Er wollte damit die Forderung der Kommunisten nach Erhöhung der Freistellen von 20 Prozent auf 30 Prozent ad absurdum führen. Wir schrieben ferner, daß Schleese wohl selbst nicht glaubt, daß die Schüler der Mittelschule, deren Eltern bezahlen können, alle intelligenter wären als die große Masse der Volksschüler. Und deswegen ist unsere Kritik berechtigt. Genügt das, Herr Schleese?

Das neueste Kunststück des Herrn Schleese

Der Magistrat beabsichtigt, unabhängig von der reichsgesetzlich erfolgten Erhöhung der Mieten von 10 Prozent am 1. April und weiteren 10 Prozent am 1. Oktober die Mieten für die städtischen Häuser der Stern- und Kreuzstraße um rund 18 bis 20 Prozent zu erhöhen. Die Mieten in den Baracken der Kirchhofstraße, in denen zum Teil erwerbsunfähige und kranke Mieter untergebracht sind, sollten sogar **um 50 Prozent, mit den gesetzlichen Zuschlägen also um 70 Prozent erhöht werden.** Das, was niemand für möglich hielt, trat ein. **Die Vertreter des Mietervereins im Magistrat, an der Spitze der Vorsitzende, Herr Schleese, befürworteten diese ungeheuerliche Mieterhöhung.** Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion organisierte den Kampf der Mieter.

Sie berief eine Versammlung ein, die sehr gut besucht war. Eine Unterschriften-Aktion, die die Erhöhung der Mieten ablehnte, wurde beschlossen und durchgeführt und eine Kommission gewählt, die mit dem Magistrat verhandeln sollte. Wohlgemerkt, dies alles geschah ohne und gegen den Willen Schleeses und seiner „Mietervertreter". In einer Sitzung mit der Kommission vertrat Schleese durchaus den Standpunkt der Hausbesitzer:

Wer nicht zahlen kann, wende sich ans Wohlfahrtsamt!

Als Genosse Behnke den ehrenwerten Vorsitzenden des Wittenberger Mietervereins verdutzt fragte, ob das sein Ernst sei, sagte dieser: „Jawohl, mein voller Ernst, das ist Sache des Wohlfahrtsamtes!" Der Erfolg der von den Kommunisten geführten Aktion war der, daß die Mieterhöhung bis zum 1. Januar verschoben wurde unter dem Versprechen, vorher sämtliche notwendigen Reparaturen durchzuführen und die Erhöhung in den Kirchhofstraßen-Baracken auf die Hälfte verringert wurde. Wohlgemerkt, das Wenige wurde erreicht, ohne daß die Mieterfraktion einen Finger dazu gerührt hätte. Dies möge für heute genügen. Wir werden bei Gelegenheit mit mehr dienen, Herr Schleese. Zum Schluß stellen wir fest, daß Sie als Vorsitzender des Wittenberger Mietervereins in diesem und tausend anderen Fällen bewiesen haben, daß Sie von Mieterfragen so viel verstehen, wie ein Blinder von der Farbe. Interessenvertretung der Besitzenden ist das Fazit Ihrer Kommunalpolitik. Wir werden Sie schon zwingen, die Maske als Volksfreund abzulegen.

Der Kirchenaustritt

wird jetzt und sofort von jedem Gegner der Verpfaffung der Schule vollzogen. Du nimmst einfach einen Ausweis (Tauf-, Trau-, Wohnungsschein usw.), gehst zum zuständigen Amtsgericht (in Halle, Poststraße, gegenüber dem Denkmal) und füllst ein Austrittsformular aus. Der Austritt kostet nichts.

Die Abmeldung Deiner Kinder

vom Religionsunterricht

ist ebenfalls sofort notwendig. Hierzu brauchst Du dem Kinde nur einen Zettel mit Deiner Unterschrift und mit etwa folgendem Inhalt an den Lehrer mitzugeben:

„Hiermit melde ich meinen Sohn (folgt der Name) vom Religionsunterricht ab. (Unterschrift)

Nur einer der Eheleute braucht zu unterschreiben. Bei etwaigen Widerständen melde Dich sofort in der Redaktion „Klassenkampf".

Bitterfeld. Ein Kind tödlich verunglückt. In der Burgstraße, an der Ecke des Töpferwalls, wurde der fünfjährige Dachdeckersohn Otto Richter von dem Anhänger eines mit Koks beladenen Fuhrwerks überfahren. Das Fuhrwerk ging über den Kopf des Jungen hinweg, so daß der Tod sofort eintrat. Da auf dem hinteren Wagen keine Aufsichtsperson war, war es möglich, daß der Junge auf die Deichsel kletterte, von der er herunterstürzte, als die Pferde anzogen.

Bitterfeld. Vom Magistrat. Offenlegung eines Fluchtlinienplanes. Gemäß § 7 des Baufluchtliniengesetzes bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntnis, daß der für den nördlichen Teil der Friedensstraße neu festgesetzte Fluchtlinienplan auf die Dauer von vier Wochen während der Dienststunden im Stadtbauamt zur Einsicht offen liegt. Etwaige Einwendungen gegen diesen Plan sind innerhalb der gedachten Frist schriftlich oder zu Protokoll bei uns anzubringen.

Roitzsch. Die Badeanstalt geschlossen. Der plötzlich eingetretene Witterungsumschlag hat unsere Gemeindeverwaltung veranlaßt, die Badeteichanlage mit dem heutigen Tage zu schließen.

Rundfunkprogramm

Freitag, den 23. September

10.05 Uhr: Wetterdienst und Verkehrsfunk. 10.20 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms 10.25 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und Voraussage (Deutsch und Esperanto) und Wasserstandsmeldungen. 12 Uhr: Mittagskonzert des Leipziger Sinfonie-Orchesters. 12.55 Uhr: Nauener Zeitzeichen. 13.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 16.30 bis 18 Uhr: Nachmittagskonzert des Leipziger Sinfonie-Orchesters. 18.05 bis 18.30 Uhr: Leseproben aus den Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt. 18.30 bis 18.55 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. Englisch für Fortgeschrittene. 19 bis 19.30 Uhr: Vortrag: „Zelle, Gewebe, Organe." 19.30 bis 20 Uhr: „Wie entsteht eine Opernpremiere?" 20 Uhr: Wettervoraussage und Zeitangabe. 20.15 Uhr: Konzert. 22 Uhr: Pressebericht und Sportfunk. 22.15 bis 24 Uhr: Funkbrettl.

Sonnabend, den 24. September

10.05 Uhr: Wetterdienst und Verkehrsfunk. 10.20 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms. 10.25 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und Voraussage (Deutsch und Esperanto) und Wasserstandsmeldungen. 12 Uhr: Mittagsmusik auf der Hupfeld-Triphonola. 12.55 Uhr: Nauener Zeitzeichen. 13.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 14.50 bis 15.40 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. 14.50 Uhr: Französisch für Anfänger. 15.15 Uhr: Französisch für Fortgeschrittene. 16 bis 16.30 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. Englisch für Fortgeschrittene. 16.30 bis 18 Uhr: Nachmittagskonzert des Leipziger Rundfunkorchesters. 18 bis 18.15 Uhr: Funkbastelstunde. 18.15 bis 18.30 Uhr: Steuerrundfunk. 18.30 bis 19 Uhr: Proben aus den Neuerscheinungen auf dem Musikalienmarkt. 19 bis 19.30 Uhr: „Herbstliche Blütenschönheiten und Fruchtzierden." 19.30 bis 20 Uhr: „Elektrische Musik." 20 Uhr: Wettervoraussage und Zeitangabe. 20.15 Uhr: Eichendorff im Lied. 21.15 Uhr: Moderne Bläserserenaden. 22.15 Uhr: Pressebericht und Sportfunk. 22.30 bis 24 Uhr: Tanzmusik.

Delitzsch-Torgau-Liebenwerda

Die Großagrarier können sich freuen

Sie kriegen städtische Arbeiter für Bettelpfennige — Die Arbeitsmarktlage im Kreise Delitzsch

Es sind zurzeit noch 196 männliche und 86 weibliche Arbeitsuchende (ausschl. Notstandsarbeiter) gemeldet; davon werden unterstützt aus a) der Erwerbslosenfürsorge 111 männliche und 19 weibliche Hauptunterstützungs- mit 164 Zuschlagsempfängern, b) der Krisenfürsorge 12 männliche Hauptunterstützungs- mit 15 Zuschlagsempfängern. Als Notstandsarbeiten werden zwei Straßenbauten und ein Kleinbahnbau ausgeführt; hierbei sind 130 Notstandsarbeiter beschäftigt.

Der Bedarf an Arbeitskräften in der Landwirtschaft ist infolge der bevorstehenden Hackfruchternte gestiegen. Die Nachfrage erstreckte sich auf ledige Pferdeanspänner, Hofarbeiter, jüngere Burschen, Kuhfütterer (die auch andere Arbeiten mit verrichten müssen), Mädchen für Stall-, Feld- und Hausarbeiten und weibliche Arbeitskräfte zum Kartoffellesen. Für verheiratete Arbeitskräfte mit und ohne Hofgänger liegen noch offene Stellen vor als Geschirrführer und Tagelöhner. Um einigermaßen den großen Mangel an Arbeitskräften zu beheben, ist es den Bemühungen des Arbeitsamtes gelungen, ungelernte städtische Arbeitskräfte für die Herbsternte anzuwerben, diese können jederzeit zur Verfügung gestellt werden. Infolge des schwachen Angebotes konnten nur vier ledige männliche Arbeitskräfte und ein lediger Schweizer vermittelt werden.

Die Lage im Bergbau ist befriedigend. Offene Stellen sind noch für Abraumarbeiter und ungelernte Arbeiter vorhanden.

In der Metallindustrie blieben Stellen für Hufschmiede unbesetzt. Einigen Elektromonteuren konnte Beschäftigung zugewiesen werden. — Im Holzgewerbe wurden einer Baufirma zwei Bautischler gestellt. Stellmacher dagegen blieben gesucht. — Die Zigarrenindustrie hat nach wie vor Bedarf an Arbeitskräften für Fabrik- und Heimarbeit. Von der Rohzucker- und Schokoladenindustrie erfolgten Anforderungen von Arbeitskräften. Während erstere jüngere männliche Arbeitskräfte für die Kampagne verlangte, benötigt letztere weibliche Arbeitskräfte für die Weihnachtssaison. Der Bedarf kann örtlich gedeckt werden.

Im Bekleidungsgewerbe sind noch immer erwerbslose Schneider und Schuhmacher vorhanden. — Das Baugewerbe weist geringen Zugang an Maurern auf, doch besteht Aussicht, daß diese in den nächsten Tagen wieder im Bezirk untergebracht werden. — Verhältnismäßig günstig war die Lage im Verkehrsgewerbe. Der Reichsbahn wurden zu Gleisarbeiten 25 und einer Güterabfertigungsstelle 15 Arbeiter vermittelt. — Einer größeren Anzahl ungelernter Arbeiter und Arbeiterinnen konnte aushilfsweise Beschäftigung zugewiesen werden. — Für kaufmännische männliche Angestellte zeigt der Arbeitsmarkt nach wie vor wenig Aufnahmefähigkeit.

Delitzsch. Vom Auto angefahren. Am Donnerstagabend gegen 8.45 Uhr ist der Bäckermeister Otto Wittig vor dem Grundstück Bismarckstraße 40 von dem Autolieferwagen des Milchhändlers Damm angefahren worden, wobei er mit dem Hinterkopf auf die Bordsteinkante aufschlug und eine klaffende Wunde davontrug. Er wurde mit dem Sanitätsauto dem Krankenhaus zugeführt. Die Verletzung war derartig schwer, so daß sich eine sofortige Ueberführung nach der Klinik in Halle notwendig machte. Den Führer des Autos soll keine Schuld treffen. W. soll inzwischen gestorben sein.

Eilenburg. Immer wieder Freitod. Vermißt wird eine Frau Roder. Man nimmt Selbstmord an, da an der Mulde ihr Mantel gefunden worden war und sie ein Schreiben hinterließ, daß sie sich das Leben nehmen wollte. — Am Bahnhof Kämmerei-Forst ließ sich aus unbekannten Gründen der Maurer Hoppe aus Naundorf vom Zuge überfahren. Er war sofort tot.

Eilenburg. Einmalige Wirtschaftsbeihilfe — ein Tropfen auf den heißen Stein. Am Donnerstag, dem 15. September, fand eine Sitzung des Magistrats und der Finanzdeputation statt, in welcher ein Beschluß gefaßt wurde, den Angestellten und Beamten der Stadt Eilenburg bis zu Gruppe 4, das heißt auch denen der Gruppe 5, die das Pflichtgehalt der Gruppe 4 noch nicht erreicht haben, sowie sämtlichen städtischen Arbeitern eine einmalige Wirtschaftsbeihilfe von 40 Mk. zu gewähren. Hierzu bemerken wir, daß es wirklich an der Zeit ist, daß der Arbeitgeberverband der Kreise und Gemeinden sowie der Staats- und Gemeindearbeiterverband dazu übergehen, eine Revision des bestehenden Lohntarifs vorzunehmen, denn Stundenlöhne, wie sie die städtischen Arbeiter erhalten, spotten jeder Beschreibung.

Liebenwerda. Brandstiftung durch eine Geisteskranke. In Langennauendorf zündete die Frau eines Landwirts in einem Anfall von Geisteskrankheit ihr Anwesen an. Stall und Scheune mit Vieh und Ernte sind verbrannt. Die Frau ist einer Heilanstalt überwiesen worden. Das Anwesen war nicht versichert.

Liebenwerda. Schwein gehabt. Seltenen Besuch erhielt ein hiesiges Café. Als ein kleines Borstentier auf dem abgehaltenen Schweinemarkt verkauft werden sollte, riß es sich los und jagte über den Marktplatz durch die Straßen, bis es in seiner Not Zuflucht in einer hiesigen Konditorei fand, wo es durch die offenstehende Tür eindrang. Das war keine Rettung — nur das Ende seiner Freiheit. Der Besitzer und die Käufer stellten sich ein und fingen den unerbetenen Cafégast wieder ein.

Bad Liebenwerda. Krankenauto. Zur besseren Versorgung von Schwerkranken hat der Kreis Liebenwerda mit Unterstützung einiger Gemeinden und Verbände die Anschaffung eines Kreiskrankenautos beschlossen. Der Kreiswagen wird in Liebenwerda stationiert und ist auf Anruf jederzeit zu erhalten. Bisher mußten die Kranken oft unter sehr schwierigen Transportverhältnissen mit der Tragbahre und Eisenbahn zu den Krankenhäusern nach Lauchhammer oder Torgau geschafft werden.

Battaune. Grüße des „Erbfeindes". Vor einigen Tagen fand der Auszügler Höse in Battaune einen Luftballon mit einer Antwortkarte. Aus dieser Karte war zu ersehen, daß der Ballon anläßlich eines Wohltätigkeitsfestes in Tourcoing bei Lille an der französisch-belgischen Grenze aufgelassen worden ist. Unsere Bauern wußten zuerst nicht, ob es eine Höllenmaschine sei oder sonst etwas. Schließlich merkten sie, daß es nur einige freundliche Grüße des „Erbfeindes" waren.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1669156101927091 9-12/fragment/page=0011
DFG

Neues aus aller Welt

Feuersäulen und Rauchwolken über dem Schwarzen Meer

Neue Erdstöße — Einsturz des Meeresgrundes

Aus Moskau wird gemeldet, daß bei Cherson neue Erdstöße verspürt worden sind. 40 Häuser sind eingestürzt. Die Halbinsel Jilitsch auf der Krim ist im Meere verschwunden. Die Bevölkerung der nördlichen Schwarzmeerküste flüchtete landeinwärts. Es sind Truppen zum Schutze der abgehenden Züge herangezogen worden. Bei Balklawa ist eine Kaserne eingestürzt. 15 Soldaten sind unter den Trümmern begraben worden.

Auch in Simferopol und Sebastopol wurden wiederum Erdstöße verzeichnet, die geringfügige Zerstörungen verursachten. In Laspi bei Sebastopol stürzte der Eliasfelsen ab. Es wurde festgestellt, daß die während des Erdbebens über dem Meeresspiegel zwischen Sebastopol und dem Kap Lukull erschienenen Feuersäulen auf einen großen Einsturz des Meeresgrundes zurückzuführen sind. Die infolge des Einsturzes hervorbrechenden Gase entzündeten sich bei ihrer Berührung mit der Luft und bildeten vom Ufer aus sichtbare Feuersäulen und Rauchwolken.

Von der Insel Sachalin wird ebenfalls ein Erdbeben gemeldet, das bis zu sechs Minuten andauerte.

114 Schiffe gesunken

Seebeben in Japan

In der Ariakebucht bei der Insel Kiuschiu hat sich ein Seebeben ereignet, bei dem 114 Schiffe gesunken bzw. schwer beschädigt worden sein sollen. 70 Personen sollen den Tod in den Wellen gefunden haben. Wie ferner gemeldet wird, soll der auf der Fahrt von Kamschatka nach Japan befindliche japanische Dampfer „Wunsung" mit 900 Personen an Bord gesunken sein. Eine Bestätigung dieser Meldung liegt jedoch noch nicht vor.

Noch ein Ozeanflug gescheitert

Die irischen Ozeanflieger umgekehrt

Die beiden Ozeanflieger Kapitän Mac Intosh und Kommandant Fitzmaurice, die zum Fluge nach Neuyork gestartet waren, sind infolge ungünstiger Wetterverhältnisse zurückgekehrt und in Ballybunnion in der Grafschaft Kerry glatt gelandet.

Die Rückkehr der Flieger wurde offenbar durch den schweren Sturm erzwungen, der über Irland herrscht. Die Flieger hatten zunächst die Richtung nach Galway in Westirland eingeschlagen. Von dort nahmen sie Zick-Zack-Kurs, wurden um 16 Uhr über den Aran-Inseln, etwa 35 Meilen westlich von Galway und gegen 18 Uhr über Mutton gesichtet. Die beiden Piloten sind unverletzt, die Maschine ist intakt.

Ein Militärwasserflugzeug beim Kriegspielen abgestürzt

5 Flugschüler ertrunken

Bei einem Uebungsflug der Fliegerschule in Castelnuovo an der Bocche di Cattaro stürzte ein mit fünf Flugschülern besetztes Militärwasserflugzeug (!) ins Meer ab. Die fünf Insassen ertranken. Ein Boot eilte sofort zur Hilfe, konnte aber nur die Leichen bergen. — Die Uebungen mit Militärflugzeugen sind eine bezeichnende Bestätigung, die von den Imperialisten sehr gefördert wird.

Neue Opfer eines Flugzeugunglücks

bei Neuyork

Ein Flugzeug mit acht Passagieren und dem Piloten an Bord stürzte über dem Hadley-Flugplatz in Neuyork ab und wurde vollkommen zertrümmert. Der Pilot und fünf Passagiere wurden sofort getötet, die drei anderen Passagiere wurden schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht.

Bestellschein

Der Unterzeichnete bestellt vom .....
ab zum monatlichen Bezugspreise von **2,30** Mk. den

Klassenkampf

Größte politische Tageszeitung Mitteldeutschlands

Wohnort: ....., den 192

Name: .....

Straße: .....

Hausnummer: ..... und Stockwerk: .....

oder bei: .....

Ein D-Zug entgleist

Vier Wagen umgestürzt — 15 Reisende verletzt

Der Köln—Frankfurter D-Zug entgleiste am Sonnabend bei der Durchfahrt durch die Vorortstation von Frankfurt Goldstein. Vier Wagen des Zuges fielen um, 15 Reisende wurden leicht verletzt und durch die Sanitätswache nach dem städtischen Krankenhaus, das sofort eine Reihe Aerzte an die Unfallstelle entsandt hatte, gebracht.

Das Unglück ist vermutlich auf einen Schaden an einem Personenwagen zurückzuführen, weshalb die Schuld an diesem Unglück bei der Verwaltung liegt, die auch betriebsunsichere Wagen auf die Geleise rücken läßt — um des lieben Geldes willen. Immerhin ist dabei die Beschaffenheit der Personenzüge noch viel schlechter, denn das Leben der Leute, die den Personenzug benutzen, ist ja den Dames-Herren weniger wert als das der Fetttöpfe, die sich im D-Zuge 1. Klasse räkeln.

Große Feuersbrunst durch eine Höllenmaschine

Drei Hotels in Flammen — sieben Tote

Nach einer Meldung aus Belgrad explodierte am 16. September in Gjewgjeli (in der Nähe des Doiransees) an der Strecke Nisch—Saloniki im Hotel „Neu-Belgrad" eine Höllenmaschine. Die Wirkung der Explosion war fürchterlich. Binnen wenigen Minuten stand das Hotel in Flammen. Die Bombenspitter töteten sieben Personen; viele wurden mehr oder minder schwer verletzt. Ehe noch die städtische Feuerwehr am Brandplatz eintraf, hatten die Flammen auch die beiden benachbarten Hotels „Saloniki" und „Kronprinz" ergriffen. Um Mitternacht standen noch alle drei Hotels in Flammen.

Explosion in einer Bäckerei

In der Bäckerei Klemm in Dresden explodierte am Sonnabendmittag ein im Backofen eingebauter Dampfkessel. Dabei stürzte die Vorderwand des Backofens ein und begrub den Bäckermeister Klemm unter den Trümmern.

Großfeuer in einer Luxuspapierfabrik

In Reichstadt bei Böhmisch-Leipa brach in einer großen Luxuspapier- und Christbaumschmuckfabrik ein Brand aus, der sich schnell ausbreitete und dem fast sämtliche Fabrikgebäude zum Opfer fielen. Außerdem verbrannten einige Waggons mit Papiermaterialien. Bei den Feuerlöscharbeiten wurden einige Personen verletzt. Der Schaden beträgt über eine Million Kronen.

Die Weltflieger nach Amerika zurückgereist

Die amerikanischen Weltflieger Brock und Schlee sind an Bord des japanischen Dampfers „Korea Maru" nach den Vereinigten Staaten abgereist.

Wieder ein Todesfall durch Starkstrom

Am Sonnabendnachmittag verunglückte in Weimar in der Nähe des „Schützenhauses" der im städtischen Elektrizitätswerk beschäftigte 19jährige Gustav Uslar beim Reparieren der mit 380 Volt gespannten Drehstromleitung. Er erlitt schwere Verbrennungen und stürzte tot vom Maste herunter. Das ist innerhalb zweier Wochen der zweite Fall, daß ein Angestellter des Elektrizitätswerkes an der Hochspannungsleitung tödlich verunglückt. Es ist ein Skandal, daß die vorgeschriebenen Sicherheitsmaßnahmen dabei immer noch nicht getroffen sind!

Lebendig verbrannt

Als die 27jährige Ehefrau eines Buchhalters in Neustadt a. S. am Küchenherd handierte, fing ihre Schürze Feuer. Laut schreiend lief die Frau aus ihrer im zweiten Stock gelegenen Wohnung in den Hof hinunter, wo sie, lichterloh brennend, ohnmächtig zusammenbrach. Leider war die Bedauernswerte nicht mehr zu retten. Im Krankenhaus erlag sie den schweren Brandwunden.

Verzweiflungstat eines Familienvaters

Der Müller Joseph Wiesinger in Frauenstein, Bezirk Braunau am Inn, tötete durch Revolverschüsse seinen sieben Jahre alten Sohn, verletzte sein sieben Monate altes Töchterchen lebensgefährlich und entleibte sich hierauf selbst. Seine Frau entging dem gleichen Schicksal nur dadurch, daß sie, als der erste Schuß fiel, aus dem Hause lief, um Hilfe herbeizuholen. Die Ursache der Tat soll in mißlichen Verhältnissen zu suchen sein. Elend und Not sind auch hier der Anlaß zu dieser Verzweiflungstat gewesen.

Eine Taschendiebin im Fronleichnamszug

Die Schneiderin Elisabeth Frensel, die sich in Halberstadt nach dem Kirchgang dem Fronleichnamszug anschloß, hatte die Dränglei im Zuge zu Taschendiebstählen wahrgenommen. Einer Zugteilnehmerin nahm sie die Geldbörse mit 8 Mk., einer anderen eine Halskette und die Börse mit 60 Mk. ab. Bei einer Wohnungsdurchsuchung fand man bei der Frau einige der gestohlenen Sachen. Die Ref'l in Konnersreuth hat schon ihre Kumpane. Sie schwindelt und die Frensel stiehlt. Dabei gibt es natürlich noch eine ganze Auflage von diesen Gläubigen.

Ein Fabrikant, der sich einen Harem „anstellt"

Der 25 Jahre alte Fabrikant Schulze ist verheiratet und fungiert als Inhaber einer Knopffabrik in Friedrichshagen, in der sich geradezu haarsträubende Vorfälle abspielten, die den Gegenstand einer Verhandlung vor dem Schöffengericht Köpenick bildeten.

Schulzes Personal bestand in der Hauptsache aus ganz jungen Mädchen, die nicht nur seine Arbeiterinnen, sondern auch gleichzeitig seine Geliebten waren. Das kam seiner Gattin zu Ohren, die feststellte, daß ihr Ehemann besonders mit einer Fünfzehnjährigen schäkerte, die, als sie dem Chef nicht mehr zu Willen sein wollte, entlassen wurde. Nicht genug damit, schrieb der saubere Chef in die Papiere den Vermerk „nicht geeignet" hinein. Als die Eltern des Mädchens sich bei dem Chef über ihre Tochter erkundigten, gab dieser an, er habe sie entlassen müssen, weil sie zu faul gewesen wäre. Darauf gestand das Mädchen, in welchen Beziehungen sie zu dem Chef gestanden hätte. Das gab den Ausschlag; die Eltern erstatteten Anzeige, der zwei weitere folgten. Ein anderes Mädchen soll

in einer dunklen Kammer von dem Knopffabrikanten mißbraucht

worden sein.

Besonders kraß lag der dritte Fall. Hier hatte sich eine Arbeiterin um eine Stelle bemüht. Sie war mit dem Chef allein im Bureau, als er plötzlich die Tür abschloß und versuchte, sie seinem Willen gefügig zu machen. Hätte sie sich bereit erklärt, seine Geliebte zu werden, so wäre sie eingestellt worden. Sie setzte sich energisch zur Wehr und als sie laut um Hilfe schreien wollte, ließ er sie endlich frei. Schulze wurde Notzucht in zwei Fällen, versuchte Notzucht und Freiheitsberaubung zur Last gelegt. Die Fälle der Notzucht schieden aus, denn auf Grund der Beweisaufnahme hatten die Mädchen dem Chef so gut wie keinen Widerstand entgegengesetzt. (!) Das Gericht verurteilt ihn lediglich wegen Freiheitsberaubung zu 6 Monaten Gefängnis.

Dieses unerhörte Klassenurteil ist ein Schlag ins Gesicht der sonst so hochgepriesenen „Moral". Die Mädchen setzten dem reichen Wüstling „keinen Widerstand entgegen"! Hat der Klassenrichter eine Ahnung, was es heißt, wenn zu Hause die hungrigen Geschwister auf das bißchen Lohn warten? Und auf der anderen Seite droht der Lump von Fabrikant mit der Entlassung. Da opfert das arme Mädel eben das, was man jungfräuliche Ehre nennt und bei den reichen Mädchen nicht immer mit Erfolg sorgsam behütet wird. Wir aber leben in der freiesten Republik!

Die Messe von Nishnij-Nowgorod

Es geht vorwärts in Sowjet-Rußland

Am 15. August wurde die diesjährige Nishnij-Nowgoroder Messe unter großer Beteiligung einheimischer und ausländischer Handelskreise feierlich eröffnet. Auch in der Sowjetunion hat die historische Messestadt ihre große Bedeutung behalten, wenn sich auch in den letzten Jahren der Charakter der Messe, parallel der Entwicklung von Industrie und Handel in der USSR., allmählich verändert hat.

In den ersten Jahren der Wiederaufnahme der Nishnij-Nowgoroder Messe hatte sie die universale Aufgabe, die Entfaltung der gesamten Handelsbeziehungen innerhalb des neuen Staates zu fördern: Nach Krieg und Bürgerkrieg waren die Handelsverbindungen zerstört, und es galt, durch die Messe Industrie und Handel aus den einzelnen Bezirken des Landes Käufer und Verkäufer wieder in Verbindung zu bringen. Mit dem wachsenden Grad der Organisierung von Produktion und Absatz, mit der Wiederherstellung normaler Verhältnisse, und insbesondere mit dem Ausbau der zentralen Absatz- und Vertriebsorganisationen, der zu den charakteristischen Merkmalen der Sowjetwirtschaft gehört, trat diese allgemeine Bedeutung der Nishnij-Nowgoroder Messe zurück, und es mußten demgegenüber die speziellen Aufgaben dieser Messe in den Vordergrund treten, die nur zum geringen Grade eine Mustermesse, zur Hauptsache jedoch ein großer Stapelplatz für ihre Käufer suchende Waren ist. Diese speziellen Aufgaben der Messe bestehen gegenwärtig hauptsächlich in folgendem:

1. Die Messe soll namentlich diejenigen Warengebiete erfassen, die erst in geringerem Grade organisiert sind und von den Zentralorganen nur teilweise oder gar nicht beherrscht werden. Es handelt sich dabei vor allem um verschiedene Rohstoffe, die für die Versorgung der Industrie wichtig sind.

2. In der Sowjetunion bestehen auch gegenwärtig zahlreiche Industriewerke, die nicht im Maßstabe des ganzen Landes oder größerer Bezirke zentralisiert sind. Für diese Werke und Organisationen bietet die Messe eine günstige Einkaufs- und Absatzgelegenheit, insbesondere auch eine einfache Möglichkeit, mit den Großorganisationen Fühlung zu nehmen.

3. Den dritten für die Nishnij-Nowgoroder Messe charakteristischen Faktor bildet die sogenannte Kustarindustrie (überwiegend auf dem Lande ansässiges Kleingewerbe). Die Tatsache, daß von jeher die Kustarindustrie auf der Messe stark vertreten ist, ist nicht zuletzt auf die günstige Lage Nishnij-Nowgorods an der Wolga zurückzuführen, die mit ihren Nebenflüssen die wichtigsten Zentren des Kustargewerbes berührt und daher einen billigen Wassertransport der Waren ermöglicht. So ist auch heute Nishnij-Nowgorod ein wichtiger Markt für die Kustari, die sich dort mit Rohstoffen eindecken und ihre Erzeugnisse absetzen. Natürlich bleiben die auf der Messe angeknüpften Beziehungen zwischen Kustari und Abnehmern, bzw. Lieferanten nicht nur einmalige, sondern führen zu einem ständigen organisierten Verkehr.

4. Als viertes Grundelement der Nishnij-Nowgoroder Messe ist der Handel mit den Ländern des Ostens zu betrachten. Die Sowjetbehörden haben im Bewußtsein der Bedeutung, die dieser Handel für die gesamte Sowjetwirtschaft besitzt, zahlreiche Maßnahmen getroffen, die den Handelsverkehr zwischen der USSR. und dem Orient auf dem Wege über die Messe fördern und erleichtern.

Obwohl, wie bereits geschildert, ein Teil der allgemeinen Aufgaben der Messe in den Hintergrund getreten ist, kann mit einer Ueberholung oder mindestens Behauptung des Vorjahrsumsatzes gerechnet werden.

Wie wird das Wetter?

Für das mittlere Norddeutschland: Milde, aber wieder größtenteils bewölkt und zeitweise regnerisch. Lebhafte Südwestwinde.

Für das übrige Deutschland: Weiterhin unruhiges Wetter mit Neigung zu Niederschlägen, aber etwas erhöhte Temperaturen.

Verantwortlich: Walter Knöpfel, Halle a. d. S., für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: J. V.: Wilhelm Barnack, Halle a. d. S.

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau und Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 21473. — Postscheckkonto Leipzig 107001.
Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Ammendorf. Montag, 19. Sept., 8 Uhr, im „Burgschlößchen" Sitzung der gesamten Betriebs- und Straßenzellenleitung. Referent ist zur Stelle.
Beesedlitz. Dienstag, den 20. September, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung. Referent: Genosse Bowitzki.
Ammendorf. Dienstag, den 20. September, abends 8 Uhr, Fraktionssitzung der Gemeindevertreter.
Peissendorf. Dienstag, den 20. September, abends 8 Uhr, in den „Drei Linsen" Mitgliederversammlung.
Seeben. Mittwoch, den 21. September, abends 8 Uhr, im Lokal Glaser Mitgliederversammlung. Referent: Gen. Wellmann.
Oppin. Mittwoch, den 21. September, abends 8 Uhr, im Parteilokal Mitgliederversammlung. Referent: Gen. P. Weise.
Wölkau-Wörmlitz. Mittwoch, 21. September, abends 8 Uhr, im Lokal Rauschenbach Mitgliederversammlung. Referent: Gen. Lähne.
Löbejün. Mittwoch, den 21. September, abends 8 Uhr, im Parteilokal Mitgliederversammlung. Referent: Gen. Röder.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Zeitz. Dienstag, den 20. September, abends 8 Uhr, in der „Herberge" Stadtteilleitungs- und Stadtdelegiertensitzung.
Weißenfels. Mittwoch, den 21. September, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus Informationsabend für Gewerkschaftsfunktionäre. Referent der MV. anwesend.
Weißenfels. Arbeitsgebietsleitungssitzung Dienstag, den 20. September, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus.
Weißenfels. Allgemeine Mitgliederversammlung Montag, 19. September, abends 8 Uhr, im „Tivoli". Referent: Gen. Schippa.

Unterbezirk Mansfeld-Sangerhausen-Nordhausen

Eisleben. Mittwoch, 21. September, abends 8 Uhr, Sitzung der Unterbezirksleitung.

Unterbezirk Delitzsch

Eilenburg. Mittwoch, den 21. September, abends 8 Uhr, in der „Rose" Sitzung sämtlicher Funktionäre und Zellenleitungen.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Annaburg. Dienstag, den 20. September, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung. Referent der BL.

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Adresse der Gauführung des RFB Halle-Merseburg: Fritz Brückner, Halle a. d. S., Große Klausstraße 10.
Bureausetzt des Sekretariats des RFB. vormittags 8 bis 1 Uhr, nachmittags 3 bis 7 Uhr. Mittwochs und Sonnabends von 8 bis 1 Uhr und 3 bis 8 Uhr abends. Postscheckkonto: Leipzig. Konto Nr. 14971 Fritz Brückner, Halle.

Untergau Halle-Saalkreis

Halle. Abteilung 2 (Süden), 9. Kameradschaft. Dienstag, den 20. September, abends 8 Uhr, bei Mietlig („zur Granate"), Ecke Merseburger und Huttenstraße, Mitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung.
Halle. Ortsvorstand. Dienstag, 20. September, abends 7 Uhr, in der „Solquelle" Sitzung.
Halle. Abteilungsführungen. Dienstag, den 20. September, abends 9 Uhr, in der „Solquelle" Sitzung.
Halle. Geschlossener Spielmannszug. Mittwoch, den 21. September, abends pünktl. 8 Uhr, bei Wöpel, Unterberg, Ueben. Anschließend Versammlung.

Untergau Merseburg

Merseburg. Dienstag, den 20. September, abends 7½ Uhr, Sitzung der Zug- und Gruppenführer in „Stadt Leipzig". Anschl. Vorstandssitzung.

Untergau Weißenfels

Janstedt
Weißenfels. Dienstag, den 20. September, abends 8 Uhr, Funktionärsitzung im Gewerkschaftshaus. Vollzähliges Erscheinen ist Pflicht.

Untergau Wittenberg

Abteilung Piesteritz. Mittwoch, den 21. September, Mitgliederversammlung.

Bund der Freunde der JAH.

Landesausschuß Halle/Merseburg

Bureau: Halle, Gr. Steinstr. 16 H. pt. Telephon 29150

Halle. Montag, 19. Sept., abends 8 Uhr, im „Volkspark" Mitgliederversammlung für Stadtteil Norden.
Halle. Mittwoch, den 21. September, abends 8 Uhr, im Lokal Lohse, Dessauer Straße, Mitgliederversammlung des Stadtteils Osten. Einzel- und Korporativmitglieder müssen erscheinen.

Kommunist. Jugendverband Deutschlands

Bezirk Halle—Merseburg
Jugendsekretariat: Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14
Fernruf 21473

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Halle. Dienstag Parteiskern, abends 8 Uhr, im „Volkspark" Eröffnung des Schulungskursus. Alle Verpflichteten, brieflich eingeladenen Genossen müssen zur Stelle sein.
Halle. Heute, Montag, Gruppenkassierer Arbeitsabend von 7½ bis 8½ Uhr abends im Bureau.
Halle. Mittwoch abend 8 Uhr Musikspieler in der Jugendherberge, Weingärten, Uebungsstunde. Alles kann sich daran beteiligen.
Achtung! Wer kann Auskunft über unseren Genossen Otto Müller geben? Selbiger ist seit Mittwoch vermißt. Meldungen im Bureau.
Ammendorf. Dienstag, den 20. September, abends 8 Uhr, im Jugendheim „Zur Post" Mitgliederversammlung.
Mücheln. Dienstag, den 20. September, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus Mitgliederversammlung. Referent der BL. anwesend.

Jung-Spartakus-Bund

Bezirksleitung Halle-Merseburg
Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße Nr. 14

Halle. Montag nachmittag 6 Uhr im „Volkspark" Versammlung der Bezirke 3 und 4 (Norden).
Ammendorf. Dienstag, den 20. September, nachmittags ½6 Uhr, im Heim Versammlung. Alles hat zu erscheinen, da etwas wichtiges zu regeln ist.

Roter Frauen- und Mädchen-Bund

Halle. Allen Genossinnen hiermit zur Kenntnis, daß das Bureau der Gauleitung nur noch jeden Dienstag und Freitag in der Zeit von 3 bis 5 Uhr geöffnet ist.
Halle. Versammlung aller RFMB.-Genossinnen, die Mitglieder der Kommunistischen Partei sind, am Montag, dem 19. September, abends 8 Uhr, im „Volkspark". Wichtige Tagesordnung. Alle RFMB.-Genossinnen haben zu erscheinen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270919-12/fragment/page=0012

Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Pfennig für den Millimeter Höhe und Spalte; 70 Pfennig für Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 21045, 21047, 22251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- und Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Krob Halle.

Einzelpreis 10 Pf. | Halle, Montag, 19. September 1927 | 7. Jahrgang ★ Nr. 220

Tannenberg: Die Feier des Massenmordens

Unsere Antwort = Parteiaufgebot

Von Joh. Schröter

Trustherren und Großagrarier, Bank- und Börsenjobber, Polizei und Klassenjustiz, Minister des Bürgerblocks und der Preußenkoalition, alle Parteien, von den Völkischen bis zu den Sozialdemokraten, haben sich zu einem heiligen Kriege zusammengetan. Es gilt, dem Bolschewismus den Garaus zu machen, die KPD. zu vernichten. Was ist die Ursache zu diesem brutalen Feldzug?

Trotz guter Konjunktur, trotz riesenhafter Gewinne, trotzdem es den Kapitalisten möglich war, ihre schon zusammenbrechende Wirtschaftsordnung wieder recht und schlecht auf Kosten der breiten Massen in Gang zu bringen, will der alte „Segen" nicht wieder einziehen. Die Fabriken laufen mit Hochdruck, neue gewaltige Produktionsstätten werden aus dem Boden gestampft, die neuesten Erfindungen auf allen Gebieten, mit der raffiniertesten Technik verbunden, kapitalistisch ausgeschlachtet. Eins aber fehlt. Absatzmärkte, wo die in immer größeren Mengen erzeugten Waren abgesetzt, in Geld verwandelt werden können. Der Innenmarkt, der heute die wichtigste Absatzstätte ist, verengt sich bedrohlich. Versuche weiterer Lohnkürzungen müssen diesen Kreis noch weiter zusammendrängen. **Die Gefahr einer gewaltigen Krise** rückt somit in immer bedrohlichere Nähe, wenn der Ausweg nicht gefunden wird.

Der Ausweg besteht — und die Politik der deutschen Bürgerblockregierung zielt konsequent darauf ab — in der Gewinnung neuer Absatzmärkte. Also eine neue imperialistische Politik, eine Neuaufteilung der Welt — **ein neues Völkermorden.**

Noch wird dieser Kampf mit den sogenannten „friedlichen" Mitteln ausgetragen. Die Konkurrenz aber verschärft einmal die Gegensätze aller kapitalistischen Staaten untereinander, verschärft aber auch zugleich den Gegensatz zwischen Kapitalisten und Werktätigen. Dieser Konkurrenzkampf bedingt in steigendem Maße den **Lohndruck** und die Versuche, die Arbeitszeit zu verlängern. Er liefert somit die Arbeiterklasse immer größerem Elend aus. Die Parole der deutschen Industrie auf der Tagung in Frankfurt war ja „Qualitätsarbeit", der geschickt umschriebene Ausdruck für den Kampf auf dem Weltmarkt für deutsche Waren.

Gegen wen muß sich der Stoß aller imperialistischen Staaten in erster Linie richten? **Gegen Sowjet-Rußland,** gegen den Staat der proletarischen Diktatur, der durch den Aufbau des Sozialismus die kapitalistischen Gegensätze der Welt vertieft und erweitert. Der Staat, der aber zugleich das revolutionäre Zentrum aller Bewegungen in den kapitalistischen Ländern darstellt, der Staat des Schutzes aller Ausgebeuteten und Unterdrückten.

Genf, die Tagung des Völkerbundes, hat den letzten Schleier gelüftet. **Krieg gegen Sowjet-Rußland** war das Thema aller Verhandlungen hinter den Kulissen, war der Gegenstand der Besprechungen der Minister Chamberlain, Briand, Stresemann.

Die deutsche **Bürgerblockregierung** läßt heute keinen Zweifel über ihre Stellung. Ihr rücksichtsloser Kurs gegen die Arbeiterschaft ist die notwendige Begleiterscheinung zu ihrer Außenpolitik. Aber die Arbeiterschaft rebelliert in immer stärkerer Weise gegen die wirtschaftlichen Unterdrückungsmaßnahmen und die politische Reaktion. Diese Linksschwenkung des Proletariats fand ihren Ausdruck in der gewaltigen Beteiligung an den Kampagnen der KPD. gegen Kriegsgefahr, für die chinesische Revolution, für die Befreiung der Revolutionäre Sacco und Vanzetti. Die **Kommunistische Partei** ist es, die den Kampf gegen diese Regierung des Krieges und des Hungers organisiert, die die Arbeiter zum Sturze dieser Regierung mobilisiert. Die KPD. ist es, die Lohnbewegungen der Arbeiterschaft konsequent unterstützt. Die KPD. ist es, die den Kampf gegen die reaktionären Gesetze aufgenommen hat, das werktätige Volk über die Pläne der Trustherren und Großagrarier aufklärt und zum Widerstand auffordert.

Die Wahlen stehen vor der Tür. Es gilt, der Arbeiterschaft eine entscheidende Niederlage beizubringen, der Einfluß der KPD. muß zurückgedrängt werden. Der Plan der Bourgeoisie ist klar und durchsichtig. Die Methoden desto rücksichtsloser. Als treuer Verbündeter der Bourgeoisie entpuppt sich auch diesmal die **Sozialdemokratie,** wo es gilt, dem Proletariat eine neue Niederlage beizubringen.

Schon hat der Angriff eingesetzt. Die **Demonstrationsverbote** für die KPD. und die revolutionären Arbeiterorganisationen sind der Anfang. Die Justizmaschine wird in unerhörter Weise gegen Anhänger dieser Organisationen angewendet. Der **Zentrale-Prozeß** soll steigen. Die Presse wird mit Prozessen überhäuft. Sozialdemokratische Minister, Oberpräsidenten, Präsidenten, Landräte und Polizeibeamte geben Anweisung zur Niederhaltung der Arbeiterschaft bei Kämpfen um auskömmlichen Lohn und den Achtstundentag.

In dieser Situation ruft deshalb die Partei die Gesamtmitgliedschaft auf, eine breite, systematische, ernste und zähe

Kampagne für die KPD. und den „Klassenkampf"

aufzunehmen. Die Partei wendet sich an alle Arbeiter. Sie müssen erkennen, daß der Kampf nur dann erfolgreich geführt werden kann, wenn sie die Partei des Kampfes gegen Ausbeutung und Unterdrückung organisatorisch stärken. Es genügt bei weitem nicht, für die KPD. eine Sympathieerklärung abzugeben und zu versichern: „Nun, wenn ich gebraucht werde, dann stehe ich schon meinen Mann."

Wir zweifeln nicht an dem ehrlichen Willen dieser Arbeiter, aber hilft eine solche Erklärung der Partei, die Massen zu mobilisieren und im Ernstfalle stark genug zu sein, um auch die Führung des Gesamtproletariats übernehmen zu können? Es fehlt der Partei die **genügende Zahl der Kämpfer, die entschlossen** und auch auf Grund ihrer klassenmäßigen Einsicht und Erfahrung imstande sind, den Abwehrkampf des Proletariats zu leiten. Die Partei ist heute noch lange nicht in allen Werkstätten, Fabriken und Dörfern verankert, um auch den letzten Arbeiter im Falle der Gefahr aufrütteln zu können.

Das aber zwingt uns, die **Partei organisatorisch zu stärken.** Deshalb, Genossen in den Betriebszellen, an die Arbeit, führt der Partei neue Kämpfer zu! Ihr, in den Straßenzellen, werbt neue Mitglieder, rüttelt besonders die Frauen auf! Macht ihnen klar, daß sie ebenfalls an der Seite ihrer Männer in der KPD. mitkämpfen müssen. Auf dem Lande gilt es, an die Landarbeiter und Kleinbauern heranzukommen und auch hier die bestehenden Ortsgruppen zu stärken, neue zu bilden.

Millionen unserer Klassengenossen gehören den verschiedenen proletarischen Massenorganisationen an. **Freidenker, Mieter, Sport- und Kulturorganisationen** werden durch die Politik des Bürgerblocks in den Mittelpunkt politischer Kämpfe gestellt. Hier gilt es, Bresche zu schlagen, indem diesen Arbeitern begreiflich gemacht wird, daß der Kampf gegen Reichsschulgesetz, gegen Mieterhöhung, um freie sportliche Betätigung und Gewährung der dazu notwendigen Zeit und Anlagen nicht nur eine Angelegenheit dieser Organisationen ist. Die Forderungen dieser Organisationen können nur Erfüllung finden, wenn die Mitglieder begreifen, daß ihre Kämpfe sich richten müssen **gegen die Bürgerblockregierung unter Führung der KPD.,** daß die Voraussetzung zum erfolgreichen Kampf, eben die organisatorische Stärkung der KPD., notwendig ist, die konsequent den Sturz dieser Bürgerblockregierung anstrebt.

Die wichtigste Waffe in dem Abwehrkampfe der Arbeiterschaft ist unsere **revolutionäre Presse.** Heute noch kommen Hunderttausende bürgerlicher, sozialdemokratischer Zeitungen in die Wohnungen der Proletarier. Täglich wird durch diese Pressen der Geist der Klassenversöhnung, des Reformismus als zersetzendes Gift Hunderttausenden von Proletarierhirnen eingeflößt. Auch hier gilt es entscheidend vorzustoßen, Tausende neuer Leser für unseren „Klassenkampf" zu werben. Je größer unser ideologischer Einfluß, je stärker unsere politische Aktionskraft, um so leichter die Verbreiterung unserer organisatorischen Basis. Besonders der bevorstehende Wahlkampf legt uns die dringende Pflicht auf, den Anschauungen der KPD. einen möglichst breiten Einflußkreis zu verschaffen.

Gelingt uns diese Aufgabe, dann ist es die beste Antwort auf den Vernichtungsfeldzug der Feinde der Werktätigen, der Kriegstreiber von Chamberlain bis Stresemann, dann ist dies das beste Geschenk, welches wir unseren russischen Brüdern zur Feier des zehnjährigen Bestehens der Sowjetunion machen können. Es ist die einzig mögliche Sicherung gegen neue unerhörte Ausbeutung.

Deshalb heraus zum Herbstaufgebot!

Aufmarsch der Militaristenfront von Ludendorff bis zur Preußen-Regierung

(Eig. Drahtm.) Hohenstein b. Königsberg, 19. Sept.

Die Einweihungsfeierlichkeiten zum Tannenberg-Nationaldenkmal wurden zu einer chauvinistischen Hetzankündigung sondergleichen. Die Kriegervereine Ostpreußens, die faschistischen Organisationen (insbesondere der Jungdeutsche Orden) und die gesamten wilhelminischen Generale hatten sich auf dem Denkmalsplatz in der Nähe Hohensteins zusammengefunden. Neben Hindenburg waren der Bürgerblock-Kanzler Marx, der Reichswehrminister Geßler und der deutschnationale Innenminister von Keudell anwesend. Unter den Generalen sah man auch den faschistischen Putschführer Ludendorff. Der sozialdemokratische Innenminister Grzesinski [illegible] zu haben, er wurde [illegible]en vertreten. Eine [illegible] war also bei dieser [illegible] Imperialismus doch [illegible]

[illegible]elter Kasten mit acht [illegible]en des jungdeutschen [illegible] Rittern übernommen [illegible] Faschisten wurde von [illegible]dern in einem vier- [illegible] Mackensen, der Ver- [illegible]hsten Wagen hinter [illegible]

[illegible]e Rede des General- [illegible] der Enthüllung des [illegible]chen Mordens wieder [illegible]indenburg hielt dann [illegible]ede zur Kriegsschuld- [illegible]

[illegible] an diesem größten [illegible] Volk in allen seinen [illegible]

[illegible] ganz im Stile Wil- [illegible]den, die Deutschland [illegible] neuen deutschen Im- [illegible]frage durch unpartei- [illegible]

[illegible] des Denkmals fand [illegible]ische Divisionspfarrer [illegible] Rakowski sich gegen- [illegible]schen Massenmordens übten.

Die katholische Pfarrersrede hatte etwa folgenden Inhalt:

„Wir dürfen die großen Taten unserer Armee nicht vergessen. Durch Lug und Trug haben wir deutsche Länder verloren, aber wir werden wieder kämpfen, wieder zu Felde reiten und unsere Saat wird aufgehen. Gott wird uns unter einer starken Hand einigen, damit wir dem Ruhm des alten Heeres neuen hinzufügen und unser Retter und Befreier Hindenburg, der das gewaltige russische Heer geschlagen hat, wird uns dann vorangehen. Wir halten fest und treu zum Alten."

★

Sind sie Gespenster, oder leben sie?

Ja, sie leben, die Massenmörder von 1914. Sie marschieren auf, werden gefeiert als Retter und Führer des deutschen Volkes. Sie, die den Tod von Millionen und Millionen Arbeitern und Werktätigen verschuldet haben, paradieren und kommandieren wieder. Hindenburg, der „Sieger von Tannenberg", der am Sieg einen so großen Anteil hatte, daß er nach der Aeußerung des Obersten Bauer gar nicht wußte, wo die Armeekorps standen. Ludendorff, der Mann mit der Brille, der nicht nur zurzeit seiner Flucht, sondern während des ganzen Krieges schon ein bebrillter General war, und durch seine wahnsinnigen Offensivpläne im Sommer 1918 gezeigt hat, daß er von der richtigen Einschätzung der Kräfte keine Ahnung hatte. Mackensen, der „Sieger" von Gorlitze, der die Gelegenheit der Einkreisung der Russenarmee in Galizien glänzend verpaßt hat, und den Durchbruch der rumänischen Front mit dreimal so viel Opfern erzwungen hat als es bei einer geschickten Strategie nötig gewesen wäre.

Der Paradeaufmarsch der Führer der geschlagenen deutschen Weltkriegsarmee bezweckt keine Auffrischung historischer Erinnerungen. Man spricht von der Vergangenheit, aber man meint die Zukunft. Das Säbelrasseln in Tannenberg ist die Begleitmusik zu den versteckt-imperialistischen Reden auf dem Verbandstag der deutschen Industriellen und zu den Geheimverhandlungen Stresemanns mit Chamberlain und Mussolini in Genf.

Man wagt noch nicht mit klaren Parolen aufzutreten. Dazu ist der deutsche Militarismus noch nicht stark genug. Und so wurden auch gestern bei der Parade in Tannenberg-Hohenstein keine Reden gehalten, die die Wiederherstellung der alten Militärmonarchie oder Deutschlands Teilnahme an neuen imperialistischen Kriegen offen gefordert hätten. Wer darauf wartet, um aufgerüttelt zu werden, kann lange warten. Nicht die abgeleierten Grammophonplatten der üblichen Hindenburg-Reden machen den Hauptinhalt der Tannenberg-Parade aus. Was die Kriegsschuldfrage betrifft, ist es ja längst bewiesen, daß das wilhelminische Deutschland, das zaristische Rußland, die höfisch-militärischen Cliquen der morschen österreich-ungarischen Monarchie und das Poincaré-Frankreich den gleichen Anteil an der Kriegsschuld tragen. Aber die Schuld der deutschen Kriegstreiber und Massenmörder wird dadurch nicht geringer.

Nicht die Reden, der Aufmarsch und die militärischen Feierlichkeiten haben gezeigt, wohin die Reise geht. Kapital,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270919-12/fragment/page=0013
DFG